

Jahresbericht

2006

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)

20144 Hamburg · Beim Schlump 83



Inhalt

1.	Zur Arbeit des IFSH 2006 – Vorwort des Direktors	3
2.	Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2006	5
2.1	Zukünftiger Status des Kosovo	5
2.2	EUFOR im Kongo	11
2.3	Nukleare Nichtverbreitung	16
3.	Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte	21
3.1	Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	21
3.2	Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	24
3.3	Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR)	31
4.	Übergreifende Aktivitäten	36
4.1	Arbeitsgruppe Wirkungsforschung	36
4.2	Veranstaltungen, Tagungen und Gäste	36
4.3	Forschungskolloquium 2006	38
4.4	Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	39
4.5	Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien	42
5.	Lehre und Nachwuchsförderung	44
5.1	Masterstudiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg	44
5.2	Unterstützung der OSZE-Akademie in Bischkek (Kirgisistan) durch CORE	46
5.3	Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	46
5.4	Kooperation mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wroclaw	47
5.5	Doktorandenbetreuungsprogramm	47
5.6	Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2006	48
6.	Service	50
6.1	Öffentlichkeitsarbeit	50
6.2	Verein zur Förderung des IFSH	51
6.3	Bibliothek, Dokumentation und Homepage des IFSH 2006	51
7.	Personal und Gremien	53
7.1	Kuratorium	53
7.2	Wissenschaftlicher Beirat	53
7.3.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006	54
8.	Veröffentlichungen	56
8.1	IFSH-Reihen	56
8.2	Friedensgutachten	57
8.3.	OSZE-Jahrbuch	58
8.4	Veröffentlichungen 2006 der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	59
9.	Statistischer Anhang	69



1. Zur Arbeit des IFSH 2006 – Vorwort des Direktors

2006 war kein friedliches Jahr. Das iranische Nuklearprogramm, die Zündung eines atomaren Sprengsatzes in Nordkorea, der Krieg im Libanon, terroristische Anschlagversuche in London und in Westdeutschland, die sich verschlechternde Sicherheitslage im Irak und in Afghanistan, die neuen Einsätze der Bundeswehr im Kongo und vor der Küste des Libanon dominierten die friedens- und sicherheitspolitische Diskussion. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH stellten ihre Expertise in Hintergrund- und Fachgesprächen, in Interviews, in Gutachten und in Veröffentlichungen Entscheidungsträgern und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.



Prof. Dr. Michael Brzoska

Die Statistiken im Anhang dokumentieren den erheblichen Umfang dieses Teils der Tätigkeit des IFSH. Erstmals wird in diesem Jahresbericht auch die Internet-Nutzung dokumentiert, die für die Verbreitung der Ergebnisse der Arbeit des IFSH von wachsender Bedeutung ist.

Die Reaktion auf aktuelle Ereignisse ist ein stark nachgefragter Teil der Arbeit des IFSH. Er wird insbesondere in der deutschen, zunehmend aber auch der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen. Das gilt in einigen Themenfeldern auch für die Beratung politisch Verantwortlicher in Deutschland, insbesondere zu Fragen im Umfeld der OSZE, der deutschen und Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle. Ein neues Beratungsfeld wird in Zukunft das Europäische Parlament sein. Das IFSH ist Teil eines Konsortiums, geführt vom *International Security Information Service* in Brüssel, das Ende 2006 einen Rahmenvertrag zur Beratung des Parlaments in sicherheits- und friedenspolitischen Fragen gewonnen hat.

Ausgangspunkt der Öffentlichkeitsarbeit wie der Beratungstätigkeit und Kernkompetenz des IFSH ist die wissenschaftliche Forschung. Die drei Übersichtsartikel in diesem Jahresbericht sollen einen Eindruck davon vermitteln, wie am IFSH wissenschaftliche Forschung in die Analyse von Problemen der aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik einfließt. Als wichtigster qualitativer Ausweis wissenschaftlicher Forschung gelten referierte, das heißt von unabhängigen Gutachtern beurteilte, Veröffentlichungen. 25 referierte Veröffentlichungen, darunter 13 nach doppelt anonymisierten Begutachtungsverfahren bedeuten einen starken Zuwachs gegenüber 2005.

Grundlage der Forschungstätigkeit des IFSH ist das 2002 beschlossene Forschungsprogramm „Zivilisierung des Konflikts“. In seinem Rahmen wurden am IFSH auch 2006 vor allem Dynamiken innerstaatlicher Konflikte in Europa und ihre Bearbeitung durch zivile und militärische Akteure untersucht. Der westliche Balkan, die östliche Peripherie und der Nahe und Mittlere Osten bildeten regionale Schwerpunkte, wobei insbesondere das Wirken der EU und OSZE untersucht wurde. Die Zukunft der Rüstungskontrolle war darüber hinaus wichtiger Gegenstand der interdisziplinären Forschung am IFSH. Als Beispiele für Forschungsarbeiten seien genannt:

- das Projektvorhaben *Security Governance als Herausforderung für die EU*, das sich mit den Herausforderungen und Möglichkeiten der Europäischen Union befasst, sich stärker als Akteurin im Bereich der Konfliktprävention und des Krisenmanagements zu positionieren;
- das vom Schweizer Außenministerium geförderte Projekt zu *Instrumenten des Human Rights Monitoring in der OSZE*. Ein alle Staaten umfassendes Instrument könnte helfen, die gegenwärtig vor allem von Russland und seinen Verbündeten erhobenen Vorwürfe der Einseitigkeit der OSZE zu entkräften;
- das Projekt *Regimebildung unter Druck? Die Fortentwicklung multilateraler Rüstungskontrolle*, in dem der Einfluss neuer, sogenannter nicht-integrativer Ansätze zur Kontrolle von Massenvernichtungswaffen auf Regimebildung, Regimeeffektivität und Regimewandel in der Rüstungskontrolle untersucht wird.

2006 begannen Arbeiten an einem neuen Arbeitsprogramm des IFSH. Aufbauend auf den Stärken des IFSH in der Analyse der Bearbeitung von Konflikten in Europa und an seiner Peripherie soll



die Forschung künftig auf die Reaktionen europäischer Akteure auf von ihnen perzipierte transnationale Gewalttrisiken ausgerichtet werden. Im Vordergrund der Analyse sollen dabei die Wirkungen der getroffenen Maßnahmen stehen. In Vorbereitung der Fokussierung auf Wirkungen politischer Instrumente wurde im Jahre 2006 eine Arbeitsgruppe Wirkungsforschung eingerichtet.

Für die Zusammenarbeit des IFSH mit der Universität Hamburg war 2006 ein wichtiges Jahr. In Kooperation mit Prof. Cord Jakobeit, Universität Hamburg, GIGA und dem HWWI wurde 2006 ein Antrag für eine DFG-Forschergruppe im Themenfeld „Prekäre Staatlichkeit und externe Akteure“ eingereicht. Erstmals nahm ein wissenschaftlicher Direktor seine Arbeit am IFSH auf, der durch eine gemeinsame Kommission des IFSH und der Universität Hamburg berufen wurde. Im Juli 2006 wurde das Carl-Friedrich von Weizsäcker Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung feierlich eröffnet. Das Zentrum unter der Leitung von Professor Martin Kalinowski wird von fünf Fakultäten der Universität und dem IFSH getragen. Schwerpunkt der Arbeit am Zentrum sind zunächst Technologiedynamik, Rüstungsdynamik und Verifikationsverfahren. Damit ergeben sich viele Kooperationsmöglichkeiten für das IFSH. Unter anderem wurde im Herbst 2006 mit Vorarbeiten für die Beantragung einer DFG-Forschergruppe zum Thema Verifikation und *Monitoring* internationaler Abkommen begonnen. Mit dem für Juni 2007 vorgesehenen Umzug des IFSH in ein gemeinsames Gebäude in der Nähe der Universität wird die Zusammenarbeit auch räumlich sichtbar werden.

Eine weitere Säule der Arbeit des IFSH ist die Nachwuchsförderung. Der 4. Jahrgang des gemeinsam mit der Universität Hamburg betriebenen Masterstudiengangs wurde mit der feierlichen Überreichung der Diplome verabschiedet und der 5. Jahrgang mit 24 Studierenden begonnen. Über 150 Bewerbungen wurden eingereicht und so gab es keine Schwierigkeiten, die vorhandenen Plätze zu füllen, obwohl im vergangenen Jahr die Anzahl der Stipendien für den Studiengang deutlich abgenommen hat. Die Universität Hamburg hat ihre Unterstützung zugesagt, damit auch nach dem Auslaufen der institutionellen Förderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung die Fortführung des Studiengangs gesichert werden kann. Die Attraktivität des Studiengangs ist durch die im Mai 2006 erfolgte Akkreditierung nach den Kriterien des Europäischen Hochschulraums weiter gewachsen.

Im Jahr 2006 nahmen 17 Doktorandinnen und Doktoranden am Doktorandenprogramm des IFSH teil, hinzu kamen externe Promovierende, die von Mitarbeitern des IFSH betreut werden. Drei Dissertationen wurden im Berichtszeitraum fertiggestellt und vier neue Promotionsvorhaben begonnen. Drei dieser Vorhaben sind „Sandwich“-Promotionen, bei denen sich die Studierenden zeitweise in Deutschland und zeitweise an ihren Heimatuniversitäten aufhalten.

Die Summe der im Berichtsjahr eingeworbenen Drittmittel beträgt 555.815 €. Das ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr, der vor allem darauf zurückzuführen ist, dass zwar für zahlreiche kleinere, aber nur für ein großes Vorhaben mit Volumen über 100.000 € eine neue Finanzierung eingeworben werden konnte. 2006 wurden Anstrengungen eingeleitet, durch die Beantragung größerer neuer Forschungsprojekte das Drittmittel-Volumen wieder zu erhöhen. Einschließlich in früheren Jahren bewilligter Fördermittel hat das IFSH 2006 knapp 750.000 € seiner Personal- und Sachkosten aus Zuwendungen Dritter bestreiten können. Das entspricht einem Anteil von 35 Prozent am Gesamtumsatz des IFSH.

Wir sind uns bewusst, dass ohne die von verschiedenen Seiten gewährte ideelle und materielle Förderung das IFSH und seine Arbeit gravierende Einbußen erleiden würden. Einer der Förderer der Arbeit des IFSH ist die Bundeswehr. Im August 2006 begann Oberstleutnant i.G. Armin Wagner seine Tätigkeit als militärischer Anteil des IFSH. Neben dem IFSH profitiert nur ein weiteres ziviles wissenschaftliches Institut in Deutschland von einer derartigen Abordnung, die vom Bund getragene Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Die Hauptlast der Finanzierung trägt jedoch die Stifterin, die Freie und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt unser besonderer Dank.

Hamburg, Februar 2007

Michael Brzoska



2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2006

2.1 Zukünftiger Status des Kosovo

Jens Narten

Der Kosovo vor der Entscheidung über seinen künftigen Status: Unvollständiger Friedenaufbau, ungelöste Dilemmata

Eine Regelung über den künftigen Status des Kosovo, die wahrscheinlich auf die Errichtung eines quasi-souveränen Staats unter der Aufsicht der internationalen Gemeinschaft hinausläuft, wird in der ersten Jahreshälfte 2007 erwartet. Diesbezüglich trifft die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (*UN Interim Administration Mission in Kosovo*, UNMIK) Vorbereitungen für eine reibungslose Übergabe der Macht an die lokale vorläufige Selbstverwaltung (*Provisional Institutions of Self-government*, PISG) und an andere internationale Organisationen wie die Europäische Union (EU). Nach fast acht Jahren internationaler Verwaltung des Kosovo durch die Vereinten Nationen, weist UNMIK beim Friedenaufbau eine gemischte Bilanz mit teilweise erheblichen Mängeln und Defiziten auf. Die Mission erhielt das Mandat, substantielle Autonomie und Selbstverwaltung für den Kosovo durch den Aufbau lokaler demokratischer Institutionen zu fördern, auf welche schrittweise Verwaltungsaufgaben übertragen werden sollten.¹ Hierbei wurde UNMIK teilweise zur Gefangenen ihres eigenen Mandats, insbesondere im Hinblick auf den ungeklärten politischen Status des Kosovo.



Jens Narten

Als die UNMIK im Jahr 1999 durch die Resolution 1244 eingerichtet wurde, legte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die allgemeine Strategie der Mission in einer ausführlichen Richtlinie fest.² Angesichts der Nachkriegsrealität der folgenden Jahre, stellte sich jedoch heraus, dass der Strategieentwurf in der Praxis weitgehend illusorisch war. Annans Strategie sah die Implementierung der Aufgaben der UNMIK in fünf Phasen vor: In der ersten Phase sollte UNMIK die Verwaltung und deren Strukturen einrichten und konsolidieren, lokale Beratungsgremien ins Leben rufen, sich um Kapazitätsaufbau bemühen und eine sich selbst tragende einheimische Wirtschaft fördern. In Phase zwei sollte der Schwerpunkt auf sozialstaatlichen Leistungen und Versorgungseinrichtungen, der Festigung der Rechtsstaatlichkeit, der Bildung politischer Parteien, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der innergesellschaftlichen Versöhnung liegen, wobei die Förderung von harmonischen Beziehungen zwischen allen ethnischen Gemeinschaften das übergeordnete Ziel bilden sollte.³ Gegen Ende von Phase zwei war darüber hinaus geplant, die Verwaltungshoheit in weniger heiklen Bereichen wie Gesundheit und Bildung teilweise abzugeben. In der dritten Phase sollte UNMIK freie und faire Wahlen im Kosovo durchführen, die Rede- und Versammlungsfreiheit ebenso garantieren wie Wahlkampfveranstaltungen politischer Parteien sowie gleichberechtigten Zugang zu den Medien. Gleichzeitig sollte die Wirtschaft zunächst mit internationaler Hilfe, später aber aus einheimischen Mitteln wiederbelebt werden. Darüber hinaus sollten in dieser Phase die Bemühungen, den zukünftigen Status des Kosovo festzulegen, intensiviert werden. In Phase vier sollte UNMIK die gewählten Vertreter des Kosovo unterstützen, die PISG-Strukturen etablieren und verbliebene Verwaltungsaufgaben auf diese übertragen. Schließlich sollte UNMIK nach der Entscheidung über den endgültigen politischen Status des Kosovo in der fünften und letzten

1 Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats, S/RES/1244 (1999), Abs. 11.

2 Report of the UN Secretary-General S/1999/779, Abs. 110-116.

3 Ebenda, Abs. 113.



Phase die Machtübergabe von den PISG an diejenigen Institutionen überwachen, die aufgrund der Statusregelung eingerichtet würden.

Dieser idealtypische Stufenplan für den Friedensaufbau durch die Vereinten Nationen im Kosovo war in der Gründungsphase der UNMIK im Jahr 1999 als Rahmenrichtlinie durchaus sinnvoll. Nach nunmehr fast acht Jahren UN-Verwaltung im Kosovo nimmt sich das von UNMIK beim Friedensaufbau Erreichte im Vergleich zu der ursprünglichen Blaupause jedoch weitgehend unvollständig und mangelhaft aus. Zunächst einmal hat UNMIK die Kosovo-weite Verwaltungshoheit, deren Aufbau in Phase eins stattfinden sollte, zumindest im serbisch dominierten Norden der Provinz mit seinen starken Bindungen an die Regierung in Belgrad und einem informellen System paralleler staatlicher Institutionen nie erreicht. Entgegen der Planung für Phase zwei ist die zivilgesellschaftliche Versöhnung reines Wunschdenken geblieben und harmonische Beziehungen zwischen *allen* ethnischen Gemeinschaften kamen nie wirklich zustande. Selbst nach den Wahlen blieb die wirtschaftliche Wiederbelebung unzureichend, und ein intensivierter Prozess zur Bestimmung des endgültigen Status des Kosovo (Phase drei) konnte erst beginnen, als ein Großteil der Kompetenzen von UNMIK auf die PISG übertragen worden waren, um so den Wiederaufbauprozess voranzubringen (vorgesehen in Phase vier). Darüber hinaus wird UNMIK den Kosovo wahrscheinlich bald verlassen – also noch vor der Implementierung von Phase fünf: der Überwachung der Machtübergabe von den PISG an die aufgrund der Statusregelung einzurichtenden Institutionen. Diese Aufgabe wird eine von der EU geführte Zivilbehörde (*International Civilian Office*, ICO) dann übernehmen, während UNMIK sich aus dem Kosovo zurückziehen wird.⁴

Nach den verheerenden Unruhen im März 2004, erhielt der Sonderbeauftragte der UN Kai Eide den Auftrag, UNMIKs Friedensaufbau im Kosovo zu bewerten und kam zu einer alarmierenden Einschätzung über den Zustand der Mission und ihrer Ergebnisse.⁵ Eide empfahl schließlich die Aufnahme von Statusverhandlungen zwischen der Regierung in Belgrad und der Lokalregierung des Kosovo. Diese Gespräche fanden von Februar bis September 2006 in Wien unter Vermittlung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten und UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari statt. Die serbische Delegation umfasste hierbei auch Vertreter der kosovo-serbischen Gemeinschaft, während sich die andere Delegation aus einem vorwiegend albanischen „*Unity Team*“ zusammensetzte, dem sowohl Vertreter der regierenden Parteien der Kosovoversammlung als auch der Opposition angehörten. Nach vierzehn Runden so genannter technischer Gespräche über Fragen wie Dezentralisierung und Minderheitenrechte und nur einer hochrangigen Gesprächsrunde zwischen der politischen Führung Serbiens und der PISG auf Ministerpräsidenten- und Präsidentenebene, beschloss das Ahtisaari-Team den Prozess zu unterbrechen. Fortschritte in den Statusverhandlungen zwischen Belgrad und dem *Unity-Team* wurden dadurch blockiert, dass beide Seiten auf ihren Ausgangspositionen beharrten: Belgrad hatte vorgeschlagen, dem Kosovo weitreichende Autonomie zuzubilligen, allerdings nur *innerhalb* des serbischen Staates; während das *Unity-Team* die völlige Unabhängigkeit von Serbien und einen souveränen Staat Kosovo forderte. Es machte allerdings gewisse Zugeständnisse hinsichtlich der Dezentralisierung und der Selbstverwaltung serbischer Gemeinden innerhalb eines solchen neuen Staates.⁶ Im November 2006 kündigte Ahtisaari dann an, dem UN-Sicherheitsrat einen eigenen Vorschlag zur Regelung des künftigen Status des Kosovo Anfang 2007 zu unterbreiten. Nach den Parlamentswahlen in Serbien legte er seinen Bericht im Februar 2007 vor, in dem er eine von der internationalen Gemeinschaft kontrollierte „überwachte Souveränität“ unter Federführung der EU für den Kosovo vorschlug.

4 Das ICO wird die Implementierung einer möglichen Regelung des künftigen Status des Kosovo überwachen. Es wird von einem EU-Vorbereitungsteam auf Anweisung von Javier Solana, dem Hohen Vertreter der EU für die GASP, eingerichtet. Vgl. European Union/UNMIK: *European Future: Kosovo's Long-term EU Perspective*, Prishtina, Januar 2007, S. 9, unter: <http://www.euinkosovo.org/upload/European%20future%20brochure%20ENGLISH%20FINAL%2013%20December%202006.pdf> (Zugriff am 8. Januar 2007).

5 Report on the Situation in Kosovo, report on behalf of the UN Secretary-General, submitted to the President of the UN Security Council, UN Document S/2004/932; sowie A Comprehensive Review of the Situation in Kosovo, report on behalf of the UN Secretary-General, submitted to the President of the UN Security Council, UN Document S/2005/635.

6 Vgl. ICG Europe Report No. 177: *Kosovo Status: Delay is Risky*, 10 November 2006, S. 2-7.



Und nun: alte Dilemmata in neuer Verpackung?

Vor dem Hintergrund der weitgehend mangelhaften Bilanz des Friedensaufbaus muss die Frage gestellt werden, welche Faktoren dazu beigetragen haben, eine erfolgreiche Implementierung der UNMIK-Agenda zu unterlaufen, die wahrscheinlich dieselben Auswirkungen auf den Friedensaufbau nach einer Statusregelung haben werden, wenn der Sicherheitsrat dem Kosovo nicht die volle Souveränität gewährt. Die Antwort auf diese Frage fördert vier operative Dilemmata zu Tage, die einen erfolgreichen Friedensaufbau im Kosovo auf Dauer verhindern könnten.⁷

Das Dilemma der Eigenstaatlichkeit: Ein von Anfang an bestehendes Dilemma für UNMIK ergab sich aus der widersprüchlichen Aufgabe, funktionierende „staatliche“ Strukturen aufzubauen, ohne den genauen Status der Provinz in Bezug auf seine künftige Eigenstaatlichkeit zu kennen. Demzufolge musste UNMIK den Friedensaufbau ohne eine übergreifende politische Vision beginnen und hatte deshalb auch kein klar umrissenes programmatisches Ziel, um ihre Politik des Institutionenaufbaus und der Machtübergabe an lokale Einrichtungen klar ausrichten zu können. Søren Jessen-Petersen, der ehemalige Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und Leiter der UNMIK, beschrieb das Dilemma wie folgt:

“UNMIK was not tasked with addressing the true root causes of the 1998-99 conflict [...]. Instead, UNSCR 1244 put off the question of status resolution to a later date. [...] So far the work of the international community in Kosovo has been somewhat akin to building a house from the roof downwards. [...] But in the absence of foundations – a fundamental legal basis for the continuation of these laws and institutions into the future – the work is, and will remain, incomplete.”⁸

Da ein russisches Veto gegen die volle Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien im UN-Sicherheitsrat wahrscheinlich und als Folge die unilaterale Anerkennung eines souveränen kosovarischen Staates durch die USA und einige EU-Mitglieder durchaus denkbar ist,⁹ wird sich die Lage nach Aufhebung der Resolution 1244 in Bezug auf die Eigenstaatlichkeit kaum bessern: Wenn die internationale Gemeinschaft sich nicht auf eine Resolution einigen kann, die seinen künftigen Status klar festlegt, steht die fortgesetzte UN-Verwaltung im Kosovo kurz vor dem operativen Bankrott. Sie würde vor Ort die Glaubwürdigkeit gegenüber der kosovarischen Regierung verlieren und hätte erhebliche Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit anderen Missionen im Kosovo, z.B. mit KFOR, die zu einem großen Teil von den USA gestellt wird. In einem solchen Fall würden die Kosovo-Versammlung und die PISG bzw. die entsprechenden Nachfolgeinstitutionen wahrscheinlich den fragilen „Vertrag“ zum Friedensaufbau mit den UN aufkündigen und die volle Unabhängigkeit von Serbien erklären – auch gegen den Willen der Vereinten Nationen.

Das Dilemma der Intrusivität: Trotz der anfänglichen Versuche der UNMIK, einheimische Vertreter einzubeziehen, lokale Mitverantwortung schon vor den Wahlen zuzulassen und nach den Wahlen Zuständigkeiten an die PISG zu übergeben, hat die UN-Übergangsverwaltung im Kosovo, die alle legislative, exekutive und judikative Macht innehat, eine Reihe äußerst intrusiver Maßnahmen ergriffen. Da nach dem Krieg 1998-1999 keine funktionsfähigen staatlichen Institutionen mehr bestanden, sah sich UNMIK mit ihrem Mandat, die Provinz zu verwalten und gleichzeitig stabile Bedingungen für lokale Selbstverwaltung zu schaffen sowie „staatliche“ Institutionen wieder aufzubauen – ohne dass zwischen den ehemaligen Kriegsparteien ein politischer Konsens bestanden hätte und angesichts der äußerst beschränkten lokalen Kapazitäten und Ressourcen – einem zweiten operativen Dilemma gegenüber. Die inhärente Gefahr lag darin, politisch so intrusiv vorzugehen, dass die zu schaffenden lokalen Institutionen langfristig zu schwach wären, um eigenständig Verantwortung zu übernehmen.

7 Diese Dilemmata haben großen Einfluss auf das wichtigste Erfolgskriterium beim Friedens- oder Staatsaufbau: das Kriterium der „local ownership“. S. hierzu: Jens Narten: Dilemmas of Promoting Local Ownership: State-building in Postwar Kosovo, in: Roland Paris/Timothy Sisk (Hrsg.): Statebuilding after Civil War: The Long Road to Peace, i.E. 2007.

8 Søren Jessen-Petersen: Challenges of Peacebuilding: The Example of Kosovo, in: Sicherheit und Frieden – Security and Peace (S+F) 1/2006, S. 10.

9 Einige EU-Mitgliedstaaten wie Griechenland, Spanien und Rumänien standen der Idee eines unabhängigen Kosovo eher ablehnend gegenüber.



Den UN war dieses Dilemma seit der Veröffentlichung eines von ihnen mitfinanzierten Berichts durchaus bewusst. Darin heißt es:

“the paradox of intervention: a massive and exceptional foreign presence is in place to assist in re-establishing or establishing sovereignty and national control over the machinery of governance.”¹⁰

In nahezu acht Jahren der UN-Verwaltung im Kosovo formte UNMIK das neuentstandene kosovarische Gemeinwesen durch seine hochgradig intrusive und oftmals unilaterale Politik, die vermutlich auch starke Auswirkungen auf die Gestaltung des politischen Systems des Kosovo nach der Regelung der Statusfrage haben wird. UNMIK schuf das Wahl- und Justizsystem, kommunale Strukturen und den vorläufigen Verfassungsrahmen durch einfache UNMIK-Verordnungen und ohne solche wichtigen Beschlüsse Volksentscheiden zu unterwerfen oder durch eine verfassunggebende Versammlung bestätigen zu lassen. Gleichzeitig verlieh UNMIK sich und anderen im Kosovo tätigen internationalen Organisationen volle juristische Immunität gegenüber einheimischen Gerichten.¹¹ Darüber hinaus wurden die Forderungen der PISG nach der Übertragung weiterer Kompetenzen von der UNMIK häufig unter Hinweis auf nur ungenau definierte Standards – die erfüllt sein müssten, bevor für den Status relevante Zuständigkeiten abgegeben werden könnten – zurückgewiesen.¹² Bis heute enthält UNMIK den PISG zurückgestellte Befugnisse in sensiblen Bereichen wie Polizei und Justiz vor und setzt ihr Vetorecht ein, wenn Gesetzentwürfe der Kosovo-Versammlung nicht mit der UN-Resolution 1244 in Einklang stehen. Überraschenderweise ist nicht einmal für die Zeit nach der Statusregelung und der Übergabe der UNMIK-Verwaltung an eine EU-geführte Rechtsstaatlichkeitsmission vorgesehen, die vollständige Kontrolle über diese Bereiche auf lokale Institutionen zu übertragen. Ein gewisses Maß an internationaler Aufsicht sowie ein Vetorecht gegenüber lokalen Beschlüssen werden z.B. in Bezug auf Fragen der militärischen Sicherheit und des rechtlichen Schutzes von Minderheiten auf Verfassungsgerichtsebene bestehen bleiben,¹³ so dass das gegenwärtige Dilemma der Intrusivität auch nach der Regelung der Statusfrage fortauern wird.

Das *Abhängigkeits-Dilemma*: Ein weiteres Dilemma beim Friedensaufbau mit dem UNMIK zu kämpfen hatte und das wohl auch über die Regelung der Statusfrage hinaus im Kosovo virulent bleiben wird, betrifft das Ausmaß an einheimischer Abhängigkeit von auswärtiger Hilfe sowie die Art und Weise dieser Unterstützung. Das Dilemma entsteht aus dem Widerspruch zwischen dem vorherrschenden lokalen Bedarf an langfristiger Hilfe beim Friedensaufbau und den Beschränkungen, denen externe Helfer in Bezug auf Zeit und Ressourcen von Seiten der Geberländer ausgesetzt sind, nämlich Unterstützungsprojekte in relativ kurzer Zeit abwickeln zu müssen. Dieser Widerspruch zwischen langfristigem lokalem Bedarf und kurzfristiger auswärtiger Unterstützung birgt die Gefahr, lokale Abhängigkeiten aufgrund von großer finanzieller Planungsunsicherheit und starker Personalrotation innerhalb und zwischen internationalen Friedensaufbaupmissionen noch zu verstärken. UNMIK hatte in diesem Zusammenhang seit 2001 mit einer Reduzierung von Personal und Ressourcen zu kämpfen, als sich die in Aufmerksamkeit der internationalen (Geber-)Gemeinschaft vom Kosovo und vom Balkan ab- und anderen Krisenregionen wie Afghanistan und dem Irak zugewandt hat.¹⁴ Als Folge betrug der Zeitraum für Projektplanungen im Kosovo selten mehr als ein (Haushalts-)Jahr. Darüber hinaus sind Investitionen in die Weiterbildung lokaler Ausbilder – zum Zweck einen selbsttragenden Institutionen- und Kapazitätsaufbau im Kosovo zu fördern – nach wie vor die Ausnahme. Der Bericht des *Peacebuilding Forum* 2004 beschreibt dieses Dilemma in einem ähnlichen Zusammenhang:

“[I]nternal actors are too often treated as passive victims or as the problem rather than as active agents of recovery and rebuilding their own societies. Vulnerable to being overwhelmed by external actors and their time constraints,

10 Espen Barth Eide, u.a.: Report Integrated Missions: Practical Perspectives and Recommendations. Independent Study for the Expanded UN ECHA Core Group, New York, Mai 2005.

11 UNMIK Verordnungen Nr. 1999/23, Nr. 2000/45, Nr. 2000/47 und Nr. 2001/9.

12 Zur „Standards-vor-Status-Politik“ der UNMIK siehe Jens Narten: Building Local Institutions and Parliamentarianism in Post-war Kosovo: A Review of Joint Efforts by the UN and the OSCE from 1999-2006, in: Helsinki Monitor 2/2006, S. 153-154.

13 Vgl. ICG Europe Report Nr. 177: *Kosovo Status: Delay Is Risky*, 10. November 2006, S. 7-11.

14 Vgl. Helmut Kramer/Vedran Dzihic: Die Kosovo-Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?, Wien 2005, S. 125.



[...] hasty needs assessments [...] lack crucial ownership and buy-in which confer legitimacy and give sustainability to subsequent activities. [...] Their focus is too short-term, bureaucratic, hierarchical and averse to risk [...] prizing rapid project delivery and measurable results above actual impact on the ground.”¹⁵

Nach der Statusregelung für den Kosovo ist die Übergabe thematischer Verantwortlichkeiten und zurückgestellter Kompetenzen von der UNMIK an eine EU-geführte Rechtsstaatlichkeitsmission in den Bereichen Polizei und Justiz vorgesehen. Dies wird zunächst zu weiterer Planungsunsicherheit sowie einer inhaltlichen Änderung von Aufbauprogrammen sowie zu starkem Personalwechsel führen. Wenn diese Übergabe mit einer übereilten *Exit*-Strategie der UNMIK und einem umstrittenen Mandat der EU-geführten Nachfolgemission einhergeht, werden in der Übergangsphase die lokalen Bedürfnisse der kosovarischen Gesellschaft an langfristigem und stetigem Kapazitätsaufbau weiter vernachlässigt.

Das „*Störer*“-Dilemma: Ein viertes und letztes operatives Dilemma, mit dem die UNMIK sich auseinander setzen musste und das wahrscheinlich auch nach der Statusregelung ungelöst bleiben wird, ergibt sich daraus, dass externe Friedensaufbaupmissionen stets einheimische Kooperationspartner auswählen müssen. Bei dieser Auswahl übergangene und ausgegrenzte Eliten können sich entschließen, den gesamten Friedensaufbau zu stören, indem sie öffentlichen Widerstand mobilisieren. Externe Friedensaufbaupmissionen stehen also vor der Frage, wen sie als lokale Partner auswählen und wen nicht. UNMIK hatte durchgehend mit diesem Problem zu kämpfen: Zunächst musste sie in den Jahren 1999 und 2000 die selbsternannten Verwaltungsstrukturen der vormaligen UCK auf kommunaler Ebene auflösen. Nach den Wahlen des Jahres 2001 machte UNMIK sogar solche Politiker zu Partnern, die wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in den Haag angeklagt waren.¹⁶ Außerdem hatten UNMIK und die NATO-geführte KFOR große Schwierigkeiten, die öffentliche Ordnung im Kosovo während der Unruhen im März 2004 aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen. Sowohl die Medien als auch Abgeordnete der Kosovo-Versammlung wurden beschuldigt, ethnischen Hass und Gewalt geschürt zu haben.¹⁷ Nach den Unruhen, erwiesen sich die lokalen Gerichte wegen angeblicher ethnischer Befangenheit als unfähig, die mehrheitlich kosovo-albanischen Täter zu verurteilen.¹⁸ Selbst im heutigen Kosovo sind Störaktivitäten übergangener einflussreicher Eliten und sogar vermeintlicher Kooperationspartner nur schwer zu beherrschen: Im November 2006 musste der einzige kosovo-serbische Minister, Slavisa Petkovic, aufgrund zunehmender Hinweise auf Korruption zurücktreten. Im selben Monat wurde das UNMIK-Hauptquartier von Demonstranten der Studentenbewegung „Vetevendosje“ (Selbstbestimmung) unter der Führung von Albin Kurti angegriffen. Im Dezember 2006 tauchte die so genannte Albanische Nationalarmee (ANA) – nach UNMIK-Einschätzung eine terroristische Gruppierung – wieder auf, errichtete nachts Straßensperren und lieferte sich Schusswechsel mit der Polizei. Ebenfalls im Dezember letzten Jahres wurde Naim Bazaj, der Chefberater des PISG-Arbeitsministeriums, das von der Koalitionspartei AAK geführt wird, als Verdächtiger in Zusammenhang mit der Entdeckung des größten geheimen Waffenlagers im Kosovo seit 1999 verhaftet. Außerdem kontrollierten informelle bewaffnete Einheiten wie die so genannten „Brückenwächter“ und serbische Geheimpolizei oftmals größere Teile des serbisch besiedelten Nordens des Kosovo.¹⁹ Das Dilemma für externe Friedensmissionen wird in der Beschreibung des *Peacebuilding Forum* deutlich:

15 Peacebuilding Forum Conference 2004: Building Effective Partnerships. Improving the Relationship Between Internal and External Actors in Post-conflict Countries, New York, Oktober 2004, S. 3-5.

16 Der ehemalige Ministerpräsident Ramush Haradinaj ist ein prominentes Beispiel in diesem Zusammenhang. Darüber hinaus sollen frühere kanadische UN-Mitarbeiter beim Strafgerichtshof Klage gegen den derzeitigen Ministerpräsidenten Agim Ceku in seiner Funktion als ehemaliger militärischer Befehlshaber im serbisch-kroatischen Krieg erhoben haben, vgl. Scott Taylor: INAT: Images of Serbia and the Kosovo Conflict, Ottawa 2000, S. 13-14.

17 OSCE Media Representative: The Role of the Media in the March 2004 Events in Kosovo, Report of the OSCE Representative on Freedom of the Media, Wien 2004, S. 11-12.

18 OSCE Mission in Kosovo: The Response of the Justice System to the March 2004 Riots, Report of the Legal System Monitoring Section of the Department of Human Rights and Rule of Law, Pristina, December 2005, S. 3 und 34; Human Rights Watch: Not on the Agenda. The Continuing Failure to Address Accountability in Kosovo Post-March 2004, HRW Report 4(D)/2006, S. 65.

19 Die meisten dieser Vorfälle sind auf der Website www.reliefweb.int, die von den UN unterstützt wird, als länderspezifische Fortschreibung dokumentiert.



“[E]xternal actors may experience the difficulty in identifying credible internal actors to consult and support. Prior to democratic elections [and beyond], competing claims to representation and legitimacy are not easily resolved. [...] Prominent internal actors may be spoilers, warlords, or people responsible for atrocities.”²⁰

Wenn die Statusregelung für den Kosovo in völkerrechtlicher Hinsicht kaum politische Klarheit bringen wird, so werden auch die EU-geführte Rechtsstaatlichkeitsmission und die internationale Zivilbehörde, die die Nachfolge der UNMIK antreten sollen, nicht in der Lage sein, das „Störer-Dilemma“ zu überwinden. In diesem Fall werden informelle Parallelstrukturen im Norden des Kosovo ebenso weiterhin destabilisierende Auswirkungen auf die zukünftigen Bemühungen um Friedensaufbau im Kosovo haben, wie z.B. kosovo-albanische Störer der ANA.

Insgesamt führt eine Analyse der vier Dilemmata des Friedensaufbaus im Kosovo zu folgendem Schluss: Nur wenn es der internationalen Gemeinschaft – und hier vor allem den Vetomächten im Sicherheitsrat – gelingt, sich auf eine klare und unmissverständliche Resolution über den künftigen politischen Status des Kosovo zu einigen, hat eine internationale Nachfolgemission eine Chance, die operativen Dilemmata des Friedensaufbaus im Kosovo zu überwinden. Wenn eine solche Resolution jedoch verwässert wird sowie unklar definierte Klauseln enthält, die von den jeweiligen Parteien unterschiedlich ausgelegt werden können, und wenn einzelne UN-Mitglieder unilateral die mögliche Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen, werden die vier Dilemmata auch weiterhin stark destabilisierende Auswirkungen auf die auch künftig notwendigen Bemühungen um einen Friedensaufbau im Kosovo haben.

20 Peacebuilding Forum Conference 2004. a.a.O. (Anm. 15), S. 5.



2.2. EUFOR im Kongo

Hans-Georg Ehrhart

Erfolgsstory EUFOR RD Congo? – eine vorläufige Bewertung

Die EU hat in den letzten Jahren ihre außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Ziele für den afrikanischen Kontinent in mehreren konzeptionellen Schritten näher bestimmt und in einer Reihe von Schüsseldokumenten beschlossen. Sie reichen von der Europäischen Sicherheitsstrategie über die Gemeinsame Position zur Konfliktprävention, Konfliktbearbeitung und -lösung in Afrika sowie den Aktionsplan zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit in Afrika bis zu der am 19. Dezember 2005 beschlossenen Afrika-Strategie. Zugleich strebt sie mit der UNO eine enge Zusammenarbeit in der internationalen Krisenbearbeitung an.



Dr. Hans-Georg Ehrhart

Einer der wichtigsten Schritte bei der Umsetzung der Afrika-Strategie war bislang die gemeinsame Bemühung, die prekäre Lage in der demokratischen Republik Kongo (DRC) während der Wahlen im Jahr 2006 zu stabilisieren. Diese wurden von der 2003 nach dem Abschluss eines Friedensabkommens, das den vierjährigen Krieg (1998-2002) in der DRC beendete, eingerichteten Übergangsregierung organisiert. Der Konflikt, in den acht afrikanische Staaten verwickelt waren, forderte vier Millionen Todesopfer. Die Operation EUFOR DR Congo (*EU Force in the Democratic Republic of Congo*) wurde auf Bitten der VN, die mit ca. 17.000 Blauhelmen in der DRC vertreten sind, am 27. Dezember 2005 eingerichtet, mit dem Ziel, die Weltorganisationen bei der Absicherung der ersten demokratischen Wahlen im Land seit über 40 Jahren zu unterstützen.

Die Operation EUFOR DR Congo kann als ein Schritt bei der Umsetzung der politischen Ziele der EU in Afrika angesehen werden. An der Mission waren 2.400 Soldatinnen und Soldaten aus 21 EU-Staaten und der Türkei beteiligt. Die größten Truppensteller waren Frankreich mit 1090 Soldaten, gefolgt von Deutschland mit 780, Spanien (130), Belgien (60) und Schweden (55). Deutschland leitete die Einsatzzentrale, während Frankreich für das operative Hauptquartier verantwortlich war. Dieser Einsatz war – zumindest in Deutschland – sehr umstritten.

Wie ist diese zweite militärische ESVP-Operation¹ in der Demokratischen Republik Kongo (DRC), vorläufig zu bewerten?

Begrenzte Ziele

Was die Erfüllung des Auftrags angeht, lässt sich ein positives Resümee ziehen: Die im Mandat gestellten Aufgaben wurden erfüllt und EUFOR hatte keine Opfer zu beklagen.. Dieses Ergebnis wurde durch drei Einschränkungen begünstigt.

- Das UNO-Mandat legte eine funktionale Eingrenzung fest. EUFOR sollte die UNO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) bei ihrem Stabilisierungsauftrag unterstützen, Zivilpersonen schützen, bei der Sicherung des Flughafens in Kinshasa mitwirken und in begrenztem Umfang gefährdete Einzelpersonen evakuieren. EUFOR sollte eben nicht den Kongo stabilisieren und das Land zur Demokratie führen, sondern lediglich einen begrenzten Beitrag dazu leisten.
- Der Einsatz war auf die vier Monate nach der ersten Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen befristet. Mit der Durchführung dieser Wahlen am 30. Juli 2006 stand fest, dass die Operation planmäßig am 30. November enden würde.²

1 Die erste war die Operation Artemis im Sommer 2003. Vgl. ESR, issue 19: EU operations update: past, present and future, www.isis-europe, sowie Issue, and ESR, issue 18: Operation Artemis: Mission Improbable?, unter: www.isis-europe.

2 Council Joint Action 2006/319/CFSP.



- Während das UNO-Mandat keine geographische Einschränkung vorsah, wurde die EUFOR nur im Raum Kinshasa und nicht im gefährlicheren Osten des Landes stationiert. Der Deutsche Bundestag legte fest, dass deutsche Streitkräfte *ausschließlich* im Raum Kinshasa eingesetzt werden dürfen.

EUFOR hatte in erster Linie zwei Aufgaben zu erfüllen: Die Unterstützung der MONUC bei ihrer schwierigen Aufgabe, die ersten demokratischen Wahlen in diesem kriegszerrütteten, riesigen Land durchzuführen und Störer durch Präsenz vor Ort abzuschrecken. Neben ihrer Präsenz in der DRC selbst bestand EUFOR zusätzlich aus Verstärkungskräften, die in Gabun stationiert waren; auf diese musste EUFOR mehrfach zurückgreifen.

Der gefährlichste Zwischenfall ereignete sich zwischen dem 20. und 22. August, also drei Wochen nach den Wahlen, als Anhänger von Präsident Joseph Kabila die Residenz seines Konkurrenten Jean-Pierre Bemba angriffen, in der sich gerade die Vertreter des Internationalen Komitees zur Begleitung der Transition (CIAT) aufhielten. Diese Krise konnte jedoch durch ein beherztes Eingreifen von MONUC und EUFOR beendet werden. Die Streitparteien wurden getrennt, die Botschafter mit Panzerwagen in Sicherheit gebracht und 180 Fallschirmjäger zur Verstärkung aus Gabun eingeflogen.

Im Vorfeld des zweiten Wahlgangs am 29. Oktober 2006 wurde die EUFOR gleich um 300 Soldaten verstärkt, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Dieser Wahlgang verlief ebenfalls ohne größere gewaltsame Konflikte, nicht zuletzt Dank der verstärkten Präsenz (kleinere Zwischenfälle konnten von der kongolesischen Polizei beigelegt werden). Die Konzentration auf Kinshasa hat sich als richtig erwiesen, da es in den anderen Landesteilen weitgehend ruhig blieb.

Probleme zwischen den Mitgliedstaaten

Allerdings gab es im Vorfeld und im Verlauf der Operation auch Probleme, die auf deutsch-französische Befindlichkeiten hinwiesen. So wird in Berlin immer noch der Verdacht gehegt, Deutschland sei durch geschicktes Überbandespielen zwischen Paris und New York in eine Lage manövriert worden, in der es die Führungsrolle nicht ablehnen konnte.

Zudem war die Truppengenerierung ein quälender Prozess und keinesfalls ein Beleg für europäische „Reaktionsschnelligkeit“. Ob sich die Lage anders dargestellt hätte, wenn die deutsche *Battlegroup* bereits ihre volle Einsatzbereitschaft gehabt hätte, darf angesichts der deutschen Interessenlage (erkennbare multinationale Beteiligung, Lastenteilung) wohl bezweifelt werden.

Die geographische Beschränkung für den Einsatz deutscher Truppen durch den Bundestag hätte man auch als mangelnde Solidarität mit den Partnern auslegen können, wenn es auch in anderen Teilen des Kongos zu Unruhen gekommen wäre. Sie machte ein kompliziertes Rotationssystem notwendig, das glücklicherweise nicht umgesetzt werden musste.³

Ein weiteres Problem bestand darin, dass die notwendige Unparteilichkeit aus deutscher Sicht von der französischen Seite zeitweise missachtet wurde. Konkret ging es um Tiefflüge französischer Flugzeuge über die Residenz von Jean-Pierre Bemba.

Schließlich hätten Frankreich und Belgien den Einsatz gerne um einige Wochen verlängert, um der Gefahr zu begegnen, dass während oder kurz nach dem Abzug der EUFOR neue Unruhen ausbrechen. Anlass war die Verschiebung des zweiten Wahlgangs, so dass das endgültige Wahlergebnis erst am 29. Oktober verkündet werden konnte – nur eine Woche vor dem geplanten Abzug der EUFOR. Dagegen stand das Wort von Verteidigungsminister Jung, dass die deutschen Soldaten Weihnachten zu Hause sein würden.

Eine positive Bewertung

Kabila wurde mit 58 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Wahlsieger erklärt, Bemba erhielt 42 Prozent. Während der Sieger zur Versöhnung aufrief, sprach der Herausforderer zunächst von

³ Das Rotationssystem bestand darin, deutsche Kampftruppen nach Kinshasa zu fliegen, wenn die spanischen und französischen Einheiten an anderen Orten hätten eingesetzt werden müssen.



Wahlbetrug, was befürchten ließ, dass sich der Konflikt während oder kurz nach dem Abzug von EUFOR wieder zuspitzen könnte. Doch hat sich Bemba bislang an seine Zusage gehalten, den Machtkampf nur mit rechtlichen und politischen Mitteln auszutragen.

Hat sich EUFOR DR Kongo angesichts des fortgesetzten Streits der Haupttrivalen also überhaupt gelohnt? Wäre es nicht sinnvoller gewesen, den dreistelligen Millionenbetrag, den die Operation gekostet hat, gleich in direkte Entwicklungshilfe zu investieren?⁴ Wie bedeutend war der stabilisierende Beitrag der EUFOR? Anders gefragt: Wären die Augustunruhen ohne EUFOR eskaliert und damit der ganze Friedensprozess gefährdet worden? Für eine endgültige Antwort ist es allerdings noch zu früh.

Betrachtet man den Einsatz der EUFOR aus einer übergreifenden politischen Perspektive, so können trotz aller Mängel und offener Fragen durchaus positive Aspekte vermerkt werden:

- Erstens hat sich die EU entsprechend ihrer Afrika-Strategie auch militärisch an der Krisenbewältigung auf dem Schwarzen Kontinent engagiert. Die im Jahre 2000 verabschiedeten *Millennium Development Goals* dürften nicht erreicht werden, wenn keine nachhaltige Befriedung der großen Krisen in der subsaharischen Region erfolgt.
- Zweitens haben EUFOR und MONUC insgesamt gut zusammengearbeitet.⁵ Die Mission der EUFOR entsprach dem europäischen Anliegen eines effektiven Multilateralismus, indem es die MONUC und damit die UNO in einer konkreten Situation gestärkt hat. Zudem wurde mit der Durchführung des EUFOR-Einsatzes erstmals erfolgreich das *Stand-by*-Modell praktiziert, wie es bereits zuvor von der EU und der UNO erörtert worden war. Demnach hält die EU schnelle Einsatzkräfte (*over the horizon*) für Notfälle bereit, um UNO-Kräfte zu unterstützen oder aus schwierigen Lagen zu befreien.⁶
- Drittens muss die EUFOR im Kontext des gesamten EU-Engagements im Kongo gesehen werden. Brüssel ist darüber hinaus politisch und – als größter Geber auf bilateraler und multilateraler Ebene – mit klassischer Entwicklungshilfe aktiv. Diese Aktivitäten reichen von makroökonomischer Hilfe über Infrastrukturprojekte und Gesundheitsförderung bis hin zu Maßnahmen im Bereich Institutionenaufbau. Zudem ist die EU seit 2005 mit zwei zivilen ESVP-Missionen vor Ort, die den Aufbau einer nationalen Armee (EUSEC) und einer nationalen Polizei unterstützen (EUPOL Kinshasa).
- Viertens ist die zwar begrenzte, aber doch wirksame Leistungsfähigkeit der ESVP unterstrichen worden. Die schnelle Reaktionsfähigkeit durch Nachführen von Kräften aus Gabun hat funktioniert, auf die in Frankreich verbliebene strategische Reserve brauchte nicht zurückgegriffen werden. Die Präsenz von EUPOL und EUSEC erwies sich als großer Vorteil während der Augustunruhen, weil sie über intime Kenntnisse der internen Macht- und Interessenstrukturen verfügen und eng mit EUFOR kooperierten.
- Fünftens war es auch wichtig, dass es EUFOR offenbar gelungen ist, der Bevölkerung Sinn und Zweck ihrer Präsenz zu vermitteln. Es gelang, die kongolesische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Präsenz der EUFOR ausschließlich der Unterstützung der VN diente, unbedingt unparteiisch war und außerordentlich professionell zu Werke ging.

Lehren für die Zukunft

- Die geographische Beschränkung, die aus der mangelnden politischen Bereitschaft, das Risiko einer Truppenstationierung in gefährlicheren Regionen einzugehen, resultierte, hätte sich zum

4 Die zu zahlenden „gemeinsamen Kosten“ lagen bei 16,7 Millionen Euro. Den Großteil der Kosten für Militäroperationen mussten die teilnehmenden Staaten tragen. Die Bundesregierung veranschlagte 56 Millionen Euro, Frankreichs Kosten dürften ähnlich hoch sein.

5 In einer gemeinsamen After Action Review werden Schwachstellen in den Bereichen triggering mechanisms, planning process, enabling mechanisms and logistical support festgestellt. Der offizielle EU-Bericht an den VN-Sicherheitsrat bleibt jedoch völlig unkritisch. Vgl. Operation EUFOR RD Congo – Report to the United Nations, 5139/07, 10 January 2007.

6 Das Überbrückungs- bzw. *Bridging*-Modell war ja bereits 2003 mit der Operation Artemis erfolgreich getestet worden. Vgl. Rat der Europäischen Union, Bericht des Vorsitzes zur ESVP, Brüssel, 15. Juni 2004, Anhang II.



Problem auswachsen können, wenn es über Kinshasa hinaus zu Gewaltausbrüchen gekommen wäre.

- Die Befristung war zu unflexibel, da sie keinen Spielraum für Verzögerungen im Wahlablauf ließ, und wäre ziemlich peinlich gewesen, wenn es nach der Bekanntgabe der endgültigen Wahlergebnisse zu Gewaltausbrüchen gekommen wäre – genau zu dem Zeitpunkt, an dem EUFOR die Heimreise antrat.
- Obwohl VN und EU gut zusammengearbeitet haben, ließe sich das *operational command* zwischen beiden Organisationen noch weiter verbessern. EUFOR konnte nur auf Anforderung von MONUC handeln, die wiederum zuvor in New York nachfragen musste.
- Der schwerfällige Planungs- und Truppenstellungsprozess sollte für künftige Missionen verbessert werden. Darum sollte das neue Operationszentrum der EU zu einem permanenten und voll funktionsfähigen europäischen Hauptquartier ausgebaut werden.

Nächste Schritte?

Die nachhaltige Befriedung der DRC verlangt eine Machtteilung im Rahmen der neu gewählten demokratischen Institutionen. Kurzfristig kommt es darauf an, weiterhin ein einigermaßen stabiles Umfeld zu gewährleisten. Da EUFOR den Kongo pünktlich verlassen hat, muss die MONUC die Lage alleine sichern. Auf keinen Fall sollten die UNO-Blauhelme voreilig verringert werden.⁷ Deshalb ist es eine positive Entwicklung, dass sich die VN auf eine zunächst zweimonatige Verlängerung der MONUC vom 15. Februar bis zum 15. April 2007 verständigt haben. Erste Signale aus New York deuten darauf hin, dass das Mandat dann zwar verändert wird, aber kurz- und mittelfristig keine umfassenden Reduzierungen vorgesehen sind. Jedenfalls sollten die Blauhelme ein neues Mandat erhalten, das vor allem die Probleme der Gewalt gegen Zivilisten und der „Kultur der Straflosigkeit“ aufgreift.

Mittel- und langfristig stellen sich drei Aufgaben:

- Stabilität kann es im Kongo nur geben, wenn es den Menschen besser geht. Das ist primär eine entwicklungspolitische Aufgabe. Nachhaltige Entwicklung erfordert allerdings, dass die entsprechenden institutionellen Voraussetzungen auf nationaler und lokaler Ebene existieren und gemäß einer verantwortungsvollen Regierungsführung funktionieren. Die ersten demokratischen Wahlen sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung gewesen.
- Ein weiterer Schritt ist die Sicherheitssektorreform (SSR). Armee und Polizei sind bislang immer noch eher Teil des Problems als der Lösung. Darum muss das Engagement in diesem Bereich verstärkt werden. Hier plant die EU, sich als Koordinator für alle internationalen Aktivitäten zur Reform der kongolesischen Polizei und der Armee zur Verfügung zu stellen.
- Schließlich bedarf es einer stärkeren Unterstützung des vom VN-Sicherheitsrat bereits im Jahr 2000 geforderten regionalen Ansatzes für die Region der Großen Seen.⁸ Dieser KSZE-ähnliche Konferenzprozess der Region der Großen Seen (*International Conference on the Great Lakes*, ICGL) entwickelt sich seit 2003 und wird von der EU und den meisten ihrer Mitglieder, darunter auch Deutschland, sowie den USA, Russland, China und anderen, die sich 2003 als „Friends of the Great Lake Region“ organisiert haben, gefördert. An diesem Prozess nehmen elf Staaten teil, darunter die DRC und ihre Nachbarstaaten. Im Dezember 2006 verabschiedete die ICGL einen Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung. Dieser enthält regionale Aktionsprogramme in den Bereichen Sicherheit und Frieden, Demokratie und gute Regierungsführung, wirtschaftliche Entwicklung und regionale Integration sowie humanitäre und soziale Angelegenheiten, die mit Leben erfüllt werden müssen.

Das Vorhaben erfordert neben dem politischen Willen der beteiligten afrikanischen Staaten vor allem die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses in der DRC. Dazu bedarf es aber auch eines

7 Vgl. S/RES/1711(2006).

8 Vgl. UNSC-Resolutionen 1291 und 1304.



starken Engagements der internationalen Gemeinschaft, denn komplexe Friedenssicherung ist eine langwierige Aufgabe. Wenn es stimmt, dass sich Sicherheit und Entwicklung gegenseitig bedingen, wird das Engagement der EU und der internationalen Gemeinschaft auf beiden Feldern weiterhin erforderlich sein.

Wie weiter?

Angesichts der oben angerissenen Herausforderungen stellt sich die Frage, ob die EU in der Lage ist, all ihre Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitsziele, die in ihrer Programmatik genannt sind, zu erreichen. Ist sie bereit für ein stärkeres Engagement in Afrika? Und was ergibt sich daraus für das Verhältnis der Union zu den Vereinten Nationen? In Bezug auf den „Schwarzen Kontinent“ verstärkt Brüssel bereits sein politisches Engagement in der Krisenregion am Horn von Afrika. Die zivil-militärische Mission zur Unterstützung der Afrikanischen Union (AMIS II) im Sudan ist im Januar 2007 um bis zu sechs Monate verlängert worden in der Hoffnung, dass in der Zwischenzeit eine gemischte Mission von VN und AU dort stationiert wird.⁹ Da die Zentralafrikanische Republik und der Tschad bereits Zustimmung zu einer VN-Präsenz auf ihrem Territorium signalisiert haben, um ein Überspringen des Konflikts aus dem benachbarten Darfur abzuwenden und angesichts der Überbeanspruchung der Weltorganisation durch *Peacekeeping*-Aufgaben, scheint die nächste Anfrage aus New York nach zivil-militärischer Unterstützung durch die EU nur eine Frage der Zeit zu sein. Anders ausgedrückt, die Belastungen für die ESVP werden zunehmen. Einerseits ist die heutige EU besser denn je für neue Missionen gerüstet, da seit Anfang 2007 die *EU-Battlegroups* voll einsatzfähig sind und die Fähigkeiten zum zivilen Krisenmanagement wachsen. Andererseits hat die EU noch immer mit einer Fähigkeitslücke zu kämpfen. Auf die zivile ESVP kommen in den Bereichen Polizei und Justiz im Kosovo und in Afghanistan neue Aufgaben zu. Hinsichtlich der militärischen Fähigkeiten lassen die fortgesetzte Präsenz in Bosnien und Herzegowina (EU-Operation Althea) und in Afghanistan (NATO-Operation ISAF) sowie die jeweiligen nationalen Interessen ein umfangreiches langfristiges Engagement in Afrika nicht zu. Es lässt sich also eine Reihe von Schlussfolgerungen für die entstehenden Beziehungen zwischen EU und VN und für einen effektiveren Multilateralismus ziehen: Erstens muss die EU ihre Prioritäten für ihr zivil-militärisches Engagement anhand vereinbarter Kriterien festlegen. Zweitens sollte sich die EU in Afrika nur kurzfristig und auf der Grundlage gemeinsamer Planungen mit den VN militärisch engagieren. Drittens sollten die EU ihre Bemühungen, Afrika in den Bereichen Kapazitätsaufbau bei der Sicherheitssektorreform und Unterstützung (sub)regionaler Sicherheitsorganisationen verstärken. Viertens schließlich sollten EU und VN künftig bei der Prävention gewaltsamer Konflikte vermehrt zusammenarbeiten.

Letztendlich war die EUFOR RD Congo ein erfolgreicher Test eines fragilen Ansatzes zur Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention. Die Mission hat ihre Ziele erreicht. Diese waren angesichts der im Kongo noch zu bewältigenden Aufgaben allerdings ziemlich bescheiden. Es wird sich zeigen, ob die Wahlen für die Stabilisierung des Friedensprozesses entscheidend waren oder nicht. Der Ansatz war auch deshalb problematisch, weil er die Erwartung auf mehr und umfassenderes Engagement in Afrika geweckt hat. Wenn sich herausstellt, dass ein solches Engagement angesichts der vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen der EU unrealistisch ist, wird sich die Union erneut darüber klar werden müssen wie ernst sie ihre eigene Programmatik nimmt.

9 Vgl. 27776th External Relations Council meeting, Brussels, 22. Januar 2007, unter: www.europa-eu-un/article/sk/article_6699_sk.htm.



2.3 Nukleare Nichtverbreitung

Götz Neuneck

Iran, Nordkorea und die Krise der nuklearen Nichtverbreitung

Das renommierte „Bulletin of the Atomic Scientists“ hat am 17. Januar 2007 seine symbolische „Doomsday-Uhr“, die den Grad der nuklearen Bedrohung symbolisiert, von sieben auf fünf Minuten vor zwölf vorgestellt. Der nordkoreanische Nukleartest, die iranischen Nuklearambitionen und die verstärkte Rolle der Nuklearwaffen in der US-Sicherheitspolitik sind Warnzeichen, die eine zunehmende Renuklearisierung der Weltpolitik befürchten lassen. Das Nichtverbreitungsregime ist stark unter Druck geraten und es besteht die Gefahr, dass neue Nuklearwaffenstaaten entstehen. Sind der Iran und Nordkorea nur die Vorboten für eine zweite Welle nuklear gerüsteter Staaten? Wie ist der Stand der Nuklearprogramme im Iran und in Nordkorea einzuschätzen und vor allem: Gibt es tragfähige Lösungen für das „zweite Nuklearzeitalter“? Der folgende Beitrag versucht einige Antworten auf eine von der aktuellen Dynamik beeinflusste Debatte zu geben.



Dr. Götz Neuneck

Iran und Nordkorea – nukleare Außenseiter oder neue Proliferatoren?

Am 9. Oktober 2006 führte Nordkorea einen unterirdischen Nukleartest durch. Dieser Schritt wurde weltweit kritisiert und mit Sanktionen beantwortet. Iran baut seit gut einem Jahr seine umstrittene Urananreicherungsanlage in Natanz aus. Obwohl das Land in den letzten Jahren wie kein anderes Land von Inspektoren der IAEO kontrolliert wurde, kann der Wiener *Watchdog* dem Iran bisher nicht die ausschließlich „friedliche Absicht seiner nuklearen Aktivitäten“ bescheinigen. Sanktionen gegenüber dem Land sind seit Dezember 2006 in Kraft und könnten weiter verschärft werden. Eine Eskalation bis hin zu einem Militäreinsatz seitens Israel und den USA ist möglich. Was sind die Gemeinsamkeiten, was die Unterschiede dieser beiden Konfliktfälle? Und vor allem: Was bedeuten sie für den Nichtverbreitungsvertrag (NVV)?

Nordkorea

Nordkorea produziert bereits seit 1986 Plutonium und hatte bis 1992 waffenfähiges Material für ca. zwei Nuklearsprengköpfe abgetrennt. Schon dies ist ein Bruch des NVV, dem Nordkorea als Nicht-Nuklearwaffenstaat angehörte. 1994 schlossen Nordkorea und die USA das Genfer Rahmenabkommen, das Nordkorea zur Deaktivierung seines Reaktors und die USA im Gegenzug u.a. zu Energielieferungen verpflichtet. Gleichzeitig entwickelte Nordkorea Raketen größerer Reichweite und exportierte Raketentechnologie.¹ Die Vereinigten Staaten kündigten 2002 das Genfer Abkommen, da sie glaubten, ein neues, militärisches Programm des ostasiatischen Landes entdeckt zu haben. Die damaligen Geheimdienstberichte haben sich inzwischen als übertrieben herausgestellt. Pjôngjang nahm die eingefrorene Wiederaufarbeitung wieder auf und trat am 10. Januar 2003 aus dem NVV aus. Bis Februar 2007 dürfte Nordkorea waffenfähiges Plutonium für fünf bis zwölf Nuklearsprengköpfe abgetrennt haben.

Auf Initiative Chinas begannen im August 2003 Sechsparteingespräche zwischen Nordkorea, Südkorea, den USA, Russland, Japan und China mit dem Ziel einer Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Obwohl diese 2005 gewisse Fortschritte erbrachten, testete Nordkorea im Oktober 2006 einen nuklearen Sprengsatz und führte weitergehende Nukleartests durch. Eine Analyse zeigt,

1 Götz Neuneck: Das nordkoreanische Raketenprogramm, in: *Raumfahrt Concret* 4-5/2006, S. 35-37.



dass der Nukleartest nur bedingt erfolgreich war, so dass für das isolierte Land, das im Wesentlichen vom Militär regiert und dessen Bevölkerung immer wieder von Hungersnöten heimgesucht wird, die technische Notwendigkeit weiterer Tests besteht.²

Am 13. Februar 2007 konnte bei den Sechsparteiengesprächen eine Einigung erzielt werden. Danach verpflichtete sich Nordkorea, innerhalb von zwei Monaten den Reaktor unter IAEO-Kontrolle abzuschalten und die Plutoniumproduktion einzufrieren. Im Gegenzug erhält das Land sofort 50.000 Tonnen und zu einem späteren Zeitpunkt eine Million Tonnen Rohöl. Mit den USA und Japan sollen bilaterale Gespräche aufgenommen und fünf Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Im April 2007 wollen die Teilnehmer wieder zusammenkommen. Nordkorea soll seine Nuklearanlagen notifizieren; entscheidend wird dann sein, ob Nordkorea tatsächlich auf sein bereits vorhandenes, noch nicht vollständig bekanntes Nuklearpotential verzichtet. Anders ausgedrückt: Gelingt es, dem bizarren Regime in Pjöngjang soviel Vertrauen einzuflößen, dass es sein vorhandenes Nuklearpotential aufgibt?

Iran

Der Fall des Iran ist anders gelagert. Der Anspruch des Iran, ein ziviles Nuklearprogramm zu errichten, geht auf den Schah zurück. Das Mullah-Regime betreibt den Aufbau eines vollständig, industriell betriebenen „geschlossenen Nuklearkreislaufs“ zu „friedlichen Zwecken“, von der Förderung von Uran, der Konversion, Urananreicherung und Brennstoffproduktion bis hin zur Stromgewinnung und der Endlagerung.³ Iran, der dem NVV als „Nichtnuklearwaffenstaat“ angehört, beruft sich auf das im Artikel IV NVV festgelegte „unveräußerliche Recht“, Kernenergie zu friedlichen Zwecken verwenden zu dürfen. Iran plant, neben dem Reaktor in Bushir, weitere Reaktoren zu bauen. Das erdölreiche Land pocht zudem auf „Brennstoffautonomie“, aus diesem Grund will das Land Urananreicherung selbständig entwickeln und betreiben. Die Anlage in Natanz wird zurzeit auch unterirdisch ausgebaut; 2007 könnten 3.000 oder mehr Gaszentrifugen betriebsbereit sein. Westliche Vorschläge zur Lieferung von Leichtwasserreaktoren, Brennstoffgarantien oder eine gemeinsame Urananreicherung in Russland lehnte der Iran bislang ab. Ein geheimes militärisches Nuklearprogramm konnte die IAEO bisher nicht finden, jedoch gibt es Hinweise auf kernwaffenrelevante Aktivitäten, deren Zweck und Herkunft der Iran bisher nicht vollständig aufklären konnte. Die aggressive Rhetorik von Präsident Ahmadinedschad gepaart mit einem ambitionierten militärischen Raketenprogramm hat viele Beobachter davon überzeugt, dass der islamische „Gottesstaat“ mit dem Ausbau der industriellen Urananreicherung die Option für den Bau von Nuklearwaffen erwirbt. Und in der Tat: Würden ca. 10.000 Zentrifugen zusammengeschaltet werden und einwandfrei laufen, könnte innerhalb von mehreren Wochen, also im Rahmen der dreimonatigen Kündigungsfrist des NVV, hochangereichertes Uran für den Waffenbau produziert werden. Die Folgen eines nuklear bewaffneten Iran könnten für den Mittleren Osten verheerend sein: Weitere Staaten könnten den NVV verlassen, sich eigene Nuklearprogramme zulegen oder die Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen fordern. Der ungelöste Nuklearkonflikt mit dem Iran stellt somit sowohl eine außerordentliche Herausforderung für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik als auch für die Zukunft des NVV insgesamt dar, zumal es von amerikanischer und israelischer Seite Äußerungen bezüglich einer militärischen „Lösung“ gibt.⁴ Darunter versteht man das „Ausschalten“ der Nuklearanlagen mittels eines Luftangriffs. In diesem Fall würde sich die Bush-Doktrin durchsetzen, die die präventive Abwehr einer Nuklearbedrohung durch einen Akteur vorsieht, bevor die Bedrohung akut wird. Auch die Ausweitung der US-amerikanischen Raketenabwehr mit einer Abfangstellung in Polen wird insbesondere mit der zunehmenden Raketenbedrohung durch den Iran erklärt.

-
- 2 Götz Neuneck/Martin Kalinowski/Jürgen Altmann/Wolfgang Liebert/Uwe Reichert: Folgerungen aus dem Nordkoreanischen Nukleartest, in: Physik Journal 12/2006, S. 18-19.
 - 3 Götz Neuneck Der Atomstreit mit dem Iran – Einzelfall oder Ende des Nichtverbreitungsvertrages?, in: Gerhard Beestermöller/Heinz-Gerhard Justenhoven (Hrsg.): Der Streit um die iranische Atompolitik. Beiträge zur Friedensethik Band 40, Stuttgart 2006.
 - 4 Michael Brzoska/Götz Neuneck/Oliver Meier: Die Diplomatie ist noch nicht am Ende: Gegen den Alarmismus im Atomstreit mit dem Iran, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 37/2006.



Die Erosion der nuklearen Nichtverbreitung

Im Zentrum der globalen Nonproliferationsbemühungen steht der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1968, der heute 188 Vertragsstaaten umfasst.⁵ Er unterscheidet zwischen den fünf klassischen Kernwaffenstaaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China und 182 Nichtkernwaffenstaaten. Nordkorea hat 2003 seinen Rückzug erklärt. Israel, Indien und Pakistan sind nicht Mitglieder des NVV, verfügen aber über eigene Nukleararsenale und gelten als *De-facto*-Nuklearmächte. Es ist bisher nicht gelungen, diese Länder in das NVV-Regime einzubeziehen. Der geplante „US-India Nuclear Deal“, d.h. die geplante Lieferung von „ziviler Nukleartechnik“ an Indien und die „Separierung der zivilen und militärischen Nuklearinfrastruktur“, begründen die USA zwar damit, dass Indien an das NV-Regime herangeführt werden soll. *De facto* wird das zuvor wegen seiner Nukleartests 1998 geächtete Indien jedoch als Kernwaffenstaat anerkannt, ohne dass es sein militärisches Nukleararsenal „offen legen“ oder sich zu Beschränkungen verpflichten muss.⁶ Der Nuklearwaffenbesitz wird nachträglich belohnt. Ähnliche Vorgehensweisen sind auch im Falle von Israel und Pakistan zu erwarten. Die Gründe der USA, aber auch die Frankreichs und Russlands, die die nukleare Asymmetrie der Staatenwelt vergrößern werden, sind in erster Linie geopolitischer und wirtschaftlicher Natur.

Im Rahmen des Art. VI NVV verpflichten sich die Nuklearwaffenstaaten zu nuklearer Abrüstung. Trotz einiger wichtiger Abrüstungsschritte modernisieren und verfeinern die Nuklearwaffenstaaten ihre monströsen Nuklearwaffenarsenale weiter. Die USA investieren viel Geld in ihre Raketenabwehr, entwickeln neue Nuklearsprengköpfe und bauen ihre Weltraumkomponente aus. Russland entwickelt ebenso wie Frankreich eine neue Interkontinentalrakete. In Großbritannien soll ein Nachfolger für das nuklear bestückte Trident-U-Boot gebaut werden. China baut seine Trägersysteme ebenfalls aus. Die heutigen Bestände an nuklearwaffenfähigem Material sind groß und könnten Terroristen in die Hände fallen. Insbesondere bei den russischen Nuklearlagern besteht die Sorge, dass waffenfähiges Material entwendet und für nuklearterroristische Anschläge genutzt werden könnte. Auch stellt sich die Frage nach der Sicherheit des Nuklearmaterials in Pakistan. Die unverhohlene Drohung des Einsatzes von Nuklearwaffen durch die Kernwaffenstaaten nehmen weitere Staaten zum Anlass, selbst nach nuklearer Bewaffnung zu streben.

Da es sich bei Kernenergie um eine *Dual-Use*-Technologie handelt, verpflichten sich die Nichtkernwaffenstaaten zu Sicherungs- und Überprüfungsmaßnahmen (*Safeguards*), die den Nuklearwaffenverzicht überprüfen. Dies ist die Aufgabe der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA. Dabei ist die IAEA zwei widersprüchlichen Zielen verpflichtet: einerseits der Propagierung der Kernenergie, andererseits der Überprüfung deklarerer Aktivitäten ihrer Mitgliedstaaten. Zudem werden die militärischen Arsenale und Anlagen der Nuklearwaffenstaaten nur rudimentär überprüft. Die zurzeit diskutierte „Renaissance der Kernenergie“ angesichts des Klimawandels verlangt eine weitere Propagierung der „Proliferationsresistenz“ neuer Nuklearanlagen und Materialien. Das durch die UN-Inspektionen 1991 offen gelegte nukleare Programm des Irak sowie die nicht-deklarierten Aktivitäten Nordkoreas, des Iran und Libyens legten Schwächen des NV-Überprüfungssystems offen. 1991 wurde deshalb das *Zusatzprotokoll (Additional Protocol)* entwickelt. Durch eine verbesserte Informationspflicht soll sichergestellt werden, dass in keinem Mitgliedsland undeklarierte Aktivitäten im zivilen Nuklearsektor stattfinden. Hierdurch sind umfassende Materialproben, *Ad-hoc*-Inspektionen und die Auswertung weiterer Quellen möglich. Die Umsetzung des Protokolls erfolgt langsam und nimmt noch die Staaten aus, die als besonders kritisch angesehen werden wie z.B. der Iran oder Nordkorea. Weitere Vorschläge wie ein Moratorium von Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungstechnologien konnten bisher nicht umgesetzt werden.

5 Siehe dazu ausführlich: Götz Neuneck: Proliferation und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen, in: Tobias Debiel/Dirk Messner/Franz Nuscheler (Hrsg.): Globale Trends 2007, Frankfurt/M. 2006, S.123-141.

6 Siehe dazu: Oliver Meier/Götz Neuneck: Der Atomdeal zwischen Indien und den Vereinigten Staaten: Nukleare Nichtverbreitung am Scheideweg, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 41/2006.



Der Krieg der USA gegen den Irak 2003 hat dazu geführt, dass die Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Kontrolle und Eindämmung fremder Rüstungen Aufwind bekommen hat. Im Mai 2003 kündigte Präsident Bush eine *Proliferation Security Initiative* (PSI) an, die elf Gründungsstaaten umfasst. Hier geht es um politische, nachrichtendienstliche, rechtliche und militärische Maßnahmen zur Unterbindung des See-, Luft- und Landtransports von Massenvernichtungswaffen (MVW), Trägersystemen und für deren Entwicklung und Herstellung relevanten Materialien und Technologien. Die mittlerweile 19 Mitgliedstaaten verabschiedeten sog. „Unterbindungsgrundsätze“ und hielten einige Trainingsübungen ab. Zweifel sind angebracht, ob diese Maßnahmen völkerrechtskonform und effizient gehandhabt werden. Nicht die Ächtung und Abrüstung von MVW steht hier im Vordergrund, sondern die einseitige selektive Proliferationskontrolle. Auch EU-Dokumente für eine neue Sicherheitsdoktrin schließen dabei den Einsatz militärischer Mittel „in Übereinstimmung mit der UN-Charta“ als Anti-Proliferationsmittel nicht aus, wenn „politische und diplomatische Maßnahmen gescheitert sind.“⁷ Somit konkurriert Rüstungskontrolle auch verstärkt mit anderen Ansätzen, die auf einseitigen militärischen Zwangsmitteln fußen.

Zwar wurden die NV-Instrumente in den vergangenen Jahren verbessert, dennoch spricht IAEO-Generaldirektor El Baradei noch von über 30 „virtuellen Nuklearmächten“. Hierzu gehören nicht nur die vier Schwellenstaaten und die fünf Kernwaffenstaaten, sondern auch die Staaten, die Zugriff auf die Produktion von waffenfähigem Material haben. Ein Austritt aus dem NVV ist innerhalb von drei Monaten möglich und innerhalb eines Jahres könnten diese Staaten sich Nuklearwaffen zulegen. Im Januar 2004 warnte El Baradei vor der steigenden Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes: „Noch nie war die Gefahr so groß wie heute. Ein Nuklearkrieg rückt näher, wenn wir uns nicht auf ein neues internationales Kontrollsystem besinnen.“⁸

Wege aus der Gefahr: Revitalisierung der Rüstungskontrolle

Der Versuch, das NVV-Regime nach Beendigung des Kalten Krieges entscheidend zu verbessern oder zu reformieren und den Bedingungen der Globalisierung anzupassen, war bislang nicht von Erfolg gekrönt. Auf der Überprüfungskonferenz 1995 wurde der NVV unbefristet verlängert. 1995 und 2000 gab es Schlussdokumente, die die Prinzipien, Normen und Verpflichtungen zu weiterer Abrüstung und Non-Proliferation lediglich rechtlich unverbindlich festschrieben. Im Jahr 2000 wurden „13 Schritte“ verabschiedet, die den Erhalt, die Ratifikation und die Umsetzung von nuklearen Rüstungskontrollverträgen wie z.B. START, ABM-Vertrag, CTBT etc. forderten. Keiner dieser 13 Schritte ist erfüllt worden. Verhandlungsforen wie die Genfer Abrüstungskonferenz (CD) sind blockiert. Atomkräfte könnten gegenüber Nichtnuklearwaffenstaaten sog. „negative Sicherheitsgarantien“ abgeben, indem sie politisch bindend erklären, dass sie diese Staatengruppe weder mit Nuklearwaffen bedrohen noch diese gegen sie einsetzen. Dies ist bisher nicht geschehen. Im Vorfeld der Überprüfungskonferenz 1995 hatten die anerkannten Nuklearwaffenstaaten diese Erklärungen immerhin abgegeben. China hat sich sogar für einen „Verzicht des Ersteinsatzes von Kernwaffen“ ausgesprochen. Der Forderung der ungebundenen Staaten, dies auch rechtsverbindlich zu erklären, sind die Nuklearwaffenstaaten nicht nachgekommen. Im Gegenteil, in sicherheitspolitischen Dokumenten werden immer neue Gründe für einen potenziellen Einsatz genannt. Auf der letzten Überprüfungskonferenz des NVV im Mai 2005 in New York konnte keinerlei Ergebnis erreicht werden. Die Nuklearwaffenstaaten weigerten sich schlichtweg, ihre Abrüstungsverpflichtungen wahrzunehmen. Die ungebundenen Staaten waren zu keinerlei Verbesserungen der NV-Bemühungen bereit. Es besteht nun die Befürchtung, dass weitere Staaten nach Kernwaffenbesitz streben werden, weil sie sich nur so sicher fühlen.

An Vorschlägen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle mangelt es nicht. So könnte z.B. die Produktion von waffenfähigem Nuklearmaterial beendet werden. 1993 wurde von der UN-Generalversammlung (UN Res. 48175 L) beschlossen, Verhandlungen für ein „nicht-diskriminierendes multilaterales und verifizierbares Abkommen“ zu beginnen (*Fissile Material Cut-off Treaty*). 1995 er-

7 Basic Principles for an EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction, Brüssel, 20./21. Juni 2003.

8 Der Spiegel Nr. 5/2004, S. 104-109.



hielt die Genfer Abrüstungskonferenz ein Verhandlungsmandat, das bis heute nicht in konstruktive Verhandlungen umgesetzt werden konnte. Während die Nuklearwaffenstaaten nur die zukünftige Produktion von Kernbrennstoffen „abschneiden“ wollen, möchten die blockfreien Nichtkernwaffenstaaten auch die militärischen Spaltstoffarsenale reduziert sehen. Gerade die Sorge um den Nuklearterrorismus müsste auch die Kernwaffenstaaten davon überzeugen, ihre Spaltbestände abzubauen. Das Beispiel des Iran, der auf Brennstoffautonomie pocht, müsste die internationale Gemeinschaft dazu bringen, eine international geregelte und gesicherte Versorgung mit Kernbrennstoffen für zivile Reaktoren einzuführen. Am 1. Juni 2006 hat die von der schwedischen Regierung eingesetzte Blix-Kommission „*Weapons of Mass Destruction*“ einen umfangreichen Bericht vorgestellt, der 60 Empfehlungen an die Regierungen umfasst. Die Vorschläge zur Revitalisierung von Rüstungskontrolle und Abrüstung werden im Detail ausgeführt. Schwerpunkt sind die Nuklearwaffen, aber auch biologischen und chemischen Agenzien wird je ein Kapitel gewidmet. Die Kommission spricht sich für einen multilateralen, kooperativen Ansatz aus. Im Hinblick auf das anzustrebende Ziel der Abschaffung der Nuklearwaffen sei eine Ächtung dieser Massenvernichtungsmittel notwendig. Auch warnt der Bericht vor einem Wettrüsten im Weltraum. Anfang 2007 haben die ehemaligen US-Außen- bzw. Verteidigungsminister Kissinger, Perry und Shultz nicht nur konkrete Abrüstungs- und Rüstungskontrollschritte gefordert,⁹ sondern sie sind auch für das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt eingetreten. Dieser Appell an die Regierung der USA und an alle Nuklearwaffenmächte ist ein ermutigendes Zeichen, das allerdings von der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aufgenommen werden muss.

9 Vgl. Wall Street Journal vom 8. Januar 2007.



3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte

3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung versteht sich als unabhängige, praxisorientierte Forschungseinrichtung und unterscheidet zwischen wissenschaftlichen Forschungsprojekten und Beratungsprojekten. Mit dem Abschluss dreier größerer Forschungsprojekte hat CORE seine erste, primär auf die Handlungsinstrumente internationaler Organisationen zur Krisenregulierung orientierte Projektgeneration abgeschlossen. Im Zuge der Vorbereitung einer zweiten Projektgeneration, die stärker auf Herrschaftsstrukturen, transnationale Konfliktkonstellationen und die Vertiefung von Regionalexpertise fokussiert, wurde im Berichtszeitraum ein größeres Projekt zu Zentralasien vorbereitet. Fünf Dissertationen wurden fortgeführt, drei neu begonnen. Daneben konnte 2005 die Position des Zentrums im Beratungsbereich konsolidiert werden. In regionaler Hinsicht wurde die Schwerpunktsetzung auf Zentralasien fortgeführt und durch Schritte zum Ausbau der Balkan- und Kaukasus-Expertise ergänzt. Der Umfang des in Deutschland beschäftigten Personals sank leicht ab, während sich derjenige der in den untersuchten Ländern tätigen CORE-Mitarbeiter/innen aufgrund des Wechsels zur nächsten Projektgeneration deutlich verringerte.



1. Forschungsprojekte

a. *Folgende bereits in den Vorjahren begonnene Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt bzw. abgeschlossen:*

- Das von Friederike Gräper bearbeitete Promotionsprojekt *Medienhilfe als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Motive, Ziele und Implementierungsstrategien internationaler Akteure in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo* wurde abgeschlossen.
- Das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderte Promotionsprojekt von Katrin Simhandl *Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien ‚Zigeuner‘ und ‚Roma‘: Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von ‚Antidiskriminierung‘ und sozialem Einschluss‘* wurde abgeschlossen.
- Das von Solveig Richter an der Universität Dresden in Zusammenarbeit mit CORE durchgeführte Promotionsprojekt *Zur Effektivität externer Demokratisierungsmaßnahmen in internen Transformationsprozessen: Internationale Organisationen in Südosteuropa* wurde fortgeführt.
- Das von Jens Narten bearbeitete und von der DSF geförderte Promotionsprojekt *Post-Conflict Peacebuilding and Local Ownership: International Peace Efforts in Divided Societies under UN Interim Administration between Success and Failure – A Case Study on Kosovo* wurde fortgeführt.



CORE-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter



- Das von Elena Kropatchewa bearbeitete und von der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung geförderte Promotionsprojekt *Russische Außenpolitik
gegenüber der Ukraine als Quelle von Spannungen mit dem Westen*
wurde fortgeführt.
- Das von Marietta König bearbeitete und von der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung geförderte Promotionsprojekt *Feldoperationen der
Vereinten Nationen in ethnopolitischen Konflikten: Untersuchung
der Wirksamkeit der UNOMIG-Vermittlung zwischen Georgien und
Abchasien* wurde fortgeführt.
- Das von Merle Vetterlein bearbeitete und von der Deutschen Stif-
tung Friedensforschung geförderte Promotionsprojekt *Der Einfluss
des Rahmenabkommens von Ohrid auf das politische System der Re-
publik Makedonien* wurde fortgeführt.
- Das von Delia Rahmonova-Schwarz im Rahmen der International
Graduate School in Sociology an der Universität Bielefeld in Zu-
sammenarbeit mit CORE bearbeitete Promotionsprojekt *Transna-
tionale Migration und gesellschaftlich-politischer Wandel in Zent-
ralasien: Eine vergleichende Länderstudie über Arbeitsmigration
von Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan nach Russland* wurde
fortgeführt.
- b. *Folgende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum bewilligt
und/oder begonnen:*
 - keine
- c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte
Forschungsprojekte ist noch nicht entschieden:*
 - Ein Antrag auf Förderung eines Forschungsvorhabens zum Thema
*Möglichkeiten und Grenzen sicherheitspolitischer Kooperation mit
neopatrimonialen Regimen in Zentralasien* wurde im Berichtszeit-
raum vorbereitet.
- d. *Folgende Anträge wurden vorbereitet, aber nicht bewilligt:*
 - keine

2. Beratungsprojekte

- a. *Folgende bereits in den Vorjahren begonnene Beratungsprojekte
wurden im Berichtszeitraum fortgeführt bzw. abgeschlossen:*
 - *OSCE Depository Library.* Nach einem vom OSZE-Sekretariat er-
stellten Konzept baut CORE mit Unterstützung des Auswärtigen
Amtes eine *OSCE Depository Library* auf, die den Zugang zu
KSZE/OSZE-Dokumenten und der entsprechenden Sekundärlitera-
ermöglicht. Die *Library* ist eine Präsenzbibliothek, die Öffnungs-
zeiten sind identisch mit denen der Bibliothek des IFSH.
 - *Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länder-
kunde.* Fortgeführt wurde im Berichtszeitraum die Tätigkeit im Rah-
men des Fachinformationsverbundes „Internationale Beziehungen
und Länderkunde“ (FIV). FIV ist eine wissenschaftliche Datenbank
mit rund 700.000 Einträgen. CORE hat im Fachinformationsverbund



Botschafter Dr. Dieter Boden beim
Vortrag im IFSH



die Aufgabe übernommen, OSZE-Dokumente sowie die OSZE-relevante Literatur in das System einzugeben.

- *OSCE Networking Project*. Dieses Projekt, das eine Website mit Informationen zur OSZE betreibt, wird von CORE in Kooperation mit dem *Graduate Institute of International Studies*, Genf, und dem *International Relations and Security Network (ISN)*, Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich, kontinuierlich weiterbearbeitet. Die *OSCE Networking Website* wurde 2004 von CORE völlig überarbeitet und bietet jetzt u.a. rund 3.500 *Links* in alle 56 OSZE-Staaten an.

- b. *Folgende Beratungsprojekte wurden im Berichtszeitraum bewilligt, begonnen und abgeschlossen:*
 - Das wie in den Vorjahren vom Auswärtigen Amt bewilligte *Rahmenprojekt 2006* mit dem Zentrum für OSZE-Forschung umfasste im Berichtszeitraum die Publikation des *OSZE-Jahrbuchs* in deutscher, englischer und russischer Sprache (s.a. Kap. 8.3), den weiteren Ausbau der *OSCE Depository Library* (vgl. 2a) und die Erstellung von *Policy Papers* zu den Themen *Regierungsunabhängige Organisationen und Initiativen in Belarus. Strukturen und Förderansätze im Demokratiebereich, Thematic OSCE Missions. General Considerations, Definition, Guidelines, and Options* und *Beobachten, kommentieren, evaluieren? Zur Rolle der Parlamentarischen Versammlung in der OSZE*, die im Berichtszeitraum erstellt wurden.
 - Für das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten wurde ein *Policy Paper* zum Thema *Options for a General OSCE Human Dimension Monitoring Instrument* erstellt.
 - Für das OSZE-Zentrum in Almaty (Kasachstan) wurde ein Buchprojekt begutachtet, in dem Wissenschaftlerinnen der Kasachischen Nationaluniversität in Almaty die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Republik Kasachstan behandeln.

- c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Beratungsprojekte ist noch nicht entschieden:*
 - Das Rahmenprojekt für das Zentrum für OSZE-Forschung für das Jahr 2007 wurde gegen Ende des Berichtszeitraums beim Auswärtigen Amt beantragt, das üblicherweise im Januar des fraglichen Haushaltsjahres darüber entscheidet.

Weiterführende Informationen unter:
http://www.core-hamburg.de/index_d.htm



3.2. Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

Im Zentrum für *EU*ropäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) des IFSH werden die Ziele, Strategien, Instrumente und Ergebnisse der Präventions- und Krisenbewältigungspolitik der Europäischen Union untersucht. Darüber hinaus werden Probleme zivil-militärischer Zusammenarbeit in den Missionen und Auslandseinsätzen mit deutscher Beteiligung bearbeitet und sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen an der Peripherie des europäischen Raums untersucht. Die Forschungen zur Rolle der EU als globaler Akteur sowie zur Entwicklung der inneren Führung wurden fortgesetzt. Es wurden Drittmittelanträge zur Forschungsförderung gestellt bzw. mit der Erarbeitung neuer Forschungsanträge begonnen.

Wichtigste wissenschaftliche Arbeitsergebnisse im Jahre 2006 waren der Abschlussbericht zum DFG-Projekt *Privatisierung des Sicherheitssektors in peripheren postsozialistischen Staaten* sowie ein publizierter Zwischenbericht zum Projekt *Polizeilich-Justizielle Zusammenarbeit (PJZ) in der EU als Instrument der Terrorismusbekämpfung*. Besonders hervorzuheben ist der Abschluss der Arbeiten an den Dissertationen *Normensozialisation in Russland – Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation* von Regina Heller und *Elitozid in Bosnien-Herzegowina 1992 – 1995* von Dennis Gratz.

Das von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung geförderte Projekt zur Entwicklung der transatlantischen Sicherheitspolitik musste im Berichtszeitraum leider abgebrochen werden. Das kooperierende Institut in den USA sah sich außerstande, den Verpflichtungen der Bearbeitung des Projekts nachzukommen. Die Humboldt-Stiftung hat wegen der von ZEUS unverschuldeten Beendigung des Projekts ausdrücklich empfohlen, gemeinsam mit einem anderen Partner in den USA den Antrag 2007 erneut zur Bewilligung einzureichen. Die Betreuung des Dissertationsvorhabens von Timothy Stoy über *Demokratie, Soft Power und militärische Stärke. ESVP und NATO aus der Sicht der USA* wurde im Berichtszeitraum beendet. Der Doktorand hatte sein Vorhaben aus persönlichen Gründen aufgeben müssen.

Im Bereich der wissenschaftsgestützten Service- und Transferleistungen sind vor allem der mit eingeworbenen Drittmitteln geförderte erfolgreiche Ausbau des Akademischen Netzwerks Südosteuropa und die Fortführung des Internationalen Fellowship-Programms Graf Baudissin hervorzuheben.

a. *Folgende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen oder fortgesetzt:*

- Im von Hans-Georg Ehrhart geleiteten Projektvorhaben *Das zivil-militärische Krisenmanagement der Europäischen Union: Kohärenter oder inkohärenter Politikprozess?* wird gefragt, welche Steuerungs- und Beziehungsmuster zwischen den EU-internen Akteuren beim operativen zivil-militärischen Krisenmanagement auftreten, welche Probleme hierbei entstehen können und welche Konsequenzen sich daraus im Hinblick auf die institutionelle Kohärenz und die Akteursqualität der EU ergeben. Bernhard Rinke erarbeitet dazu einen Drittmittelantrag.



- Das von Hans-Georg Ehrhart durchgeführte Projektvorhaben *Security Governance als Herausforderung für die EU* befasst sich mit der Frage, wie sich die Europäische Union als internationaler Akteur im Bereich der Konfliktprävention und des Krisenmanagements einbringt. Ausgehend von der Überlegung, dass einerseits die heutigen Konflikte von komplexer Natur sind und einer entsprechend differenzierten Bearbeitung im internationalen Kontext bedürfen und andererseits die EU über ein breitgefächertes, aber noch zu vernetzendes institutionelle und materielles Instrumentarium zur Konfliktvermeidung und Krisenbearbeitung verfügt, sollen Ziele, Rolle und Funktionsweise der Union als postmodernem Krisenmanager untersucht und das Konzept der „Security Governance“ näher bestimmt werden.
- Das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderte Promotionsvorhaben *Konfliktprävention und Krisenmanagement der Europäischen Union* nimmt eine Bestandsaufnahme dieser außen- und sicherheitspolitischen Querschnittsaufgaben der EU vor und evaluiert die Grenzen und Chancen des neuen Leitbilds in den Governance-Strukturen des europäischen Mehrebenensystems. Das von Hans-Georg Ehrhart und Hans-Joachim Gießmann betreute Vorhaben wird von Isabelle Tannous im Rahmen des Nachwuchsförderprogramms des IFSH bearbeitet. Der Abschluss der Promotion ist für 2007 vorgesehen.
- *Die EU und der Kampf gegen den Terrorismus* stehen im Mittelpunkt des von Martin Kahl begonnenen Rahmenprojekts. Untersucht wird vor allem die Wirksamkeit der Antiterrorpolitik der EU. Im Berichtszeitraum wurde vor allem an Drittmittelanträgen für die DSF und die DFG gearbeitet. Die Forschungsanträge werden 2007 eingereicht.
- Die Arbeit am Projekt *Risikoanalyse Terrorismus. Terrorismus als Bedrohung für Hafenmetropolen. Modellfälle Hamburg und Shanghai* wurde 2005 begonnen. Es untersucht spezifische Gefährdungspotenziale moderner Seehafenmetropolen durch Terroranschläge. Das Projekt versteht sich als Beitrag des IFSH bzw. ZEUS zur Städtepartnerschaft Hamburg-Shanghai. Der Abschluss des Projekts ist für 2007 vorgesehen. Es wird von Erwin Müller und Patricia Schneider durchgeführt.
- Das systematisch-empirisch angelegte Projekt *Privatisierung des Sicherheitssektors in peripheren postsozialistischen Staaten* wurde 2006 abgeschlossen. Es war bis zum 31. Oktober 2005 durch die DFG gefördert worden und wurde von Hans-Georg Ehrhart geleitet und von Stephan Hensell bearbeitet.
- Regina Heller hat die Arbeit an ihrer von der DSF geförderten Dissertation *Normensozialisation in Russland – Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation* beendet. Untersucht wurden Wirkungsmechanismen und Erfolgsbedingungen der Übertragung von Normen und Regeln im Rahmen der Menschenrechtspolitik der EU. Die Disputation ist für 2007 vorgesehen.
- Ebenfalls beendet hat Dennis Gratz die Arbeit an seinem vom DAAD geförderten Dissertationsprojekt *Elitozid in Bosnien und Herzegowina 1992 – 1995*. Untersucht wurde der spezifische Typus





physischer Gewalt gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen während der Kriegshandlungen in Bosnien und Herzegowina. Die Disputation wird 2007 durchgeführt.

- Das von der DSF bis 2004 geförderte Dissertationsvorhaben *Nationale Debatten zur gemeinsamen Außenpolitik in Polen, Rumänien und Ungarn* von Heiko Fürst analysiert Grundsatzdiskurse und Vorstellungen über europäische Außen- und Sicherheitspolitik im Vergleich. Das von Erwin Müller und Hans-Joachim Gießmann betreute Projekt wird 2007 abgeschlossen.
- Das von der Friedrich-Naumann-Stiftung geförderte Promotionsprojekt *Der Schutz nationaler Minderheiten in der Republik Kroatien als Instrument zur Prävention ethno-politischer Konflikte* von Goran Bandov wurde fortgesetzt. Behandelt werden u.a. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme der EU auf die Implementierung von Instrumenten des Menschenrechtsschutzes im Zuge der anstehenden Beitrittsverhandlungen. Der Abschluss des von Hans-Joachim Gießmann betreuten Projekts ist für 2008 vorgesehen.
- Naida Mehmedbegovic hat ihre Arbeit am von der Alfred-Toepfer-Stiftung geförderten Dissertationsprojekt *Elitenwechsel in Bosnien und Herzegowina in der Transition* fortgesetzt. Untersucht werden Tendenzen, Herausforderungen und Probleme des Elitenwechsels vor dem Hintergrund der Friedenskonsolidierung. Das von Hans-Joachim Gießmann betreute Projekt wird voraussichtlich 2008 abgeschlossen.
- Das Projekt *(Re-)Konstruktion staatlicher Institutionen in der Westbank und im Gazastreifen als Aufgabe europäischer Außen- und Sicherheitspolitik* behandelt Herausforderungen, die das palästinensische Staatsprojekt, namentlich die Herstellung eines legitimen Gewaltmonopols seitens der Palästinensischen Verwaltungsbehörde (PA), unter den Bedingungen von Besatzung und Widerstand für die Europäische Union (EU) betreffen. Die Studie analysiert die institutionelle Unterstützung der EU für den palästinensischen Staatsbildungsprozess von 1993 bis 2000 (Oslo-Prozess) und von 2003 bis März 2006 und vergleicht die beiden Perioden unter dem Gesichtspunkt „Lessons learned“. Das von Margret Johannsen durchgeführte Projekt wird voraussichtlich 2007 abgeschlossen.
- Im Projekt *Interregionale Zusammenarbeit EU - ARF - ASEAN. Fokus Ostasien* werden die Sicherheitslage in Ostasien und die hieraus erwachsenden globalen Risiken und Herausforderungen sowie die spezifischen Möglichkeiten der EU, zur Stabilität und zur Minderung von regionalen Sicherheitsrisiken beizutragen, untersucht. Schwerpunkte sind die koreanische Halbinsel und die VR China/Taiwan. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Shanghai Institute for International Studies (SIIS) durchgeführt. Das Projekt versteht sich als Beitrag des IFSH bzw. ZEUS zur Städtepartnerschaft Hamburg-Shanghai. Das von Hans-Joachim Gießmann geleitete Projekt wird von Bernt Berger bearbeitet. 2007 soll die Zusammenarbeit mit dem SIIS in eine erste gemeinsame Publikation münden, die von Bernt Berger mitherausgegeben wird.
- Im Kooperationsvorhaben der East China Normal University in Shanghai und ZEUS *Aspekte chinesisch-europäischer Sicherheitszusammenarbeit* wurde 2006 mit dem Austausch von Wissenschaftlern



Hans-Georg Ehrhart beim Vortrag im Sommer 2006 im Garten des Instituts



- begonnen. Bernt Berger war für vier Monate zu einem Forschungsaufenthalt in Shanghai und bereitete in dieser Zeit u.a. das gemeinsame Buchprojekt zur interregionalen Zusammenarbeit Asien – Europa vor. Das EU-Projekt hat eine Laufzeit bis 2009.
- Ronald Koß hat sein von Hans-Joachim Gießmann betreutes externes Dissertationsprojekt *Die Rolle der Bundeswehr bei internationalen Friedenseinsätzen* fortgesetzt. Untersucht werden die funktionalen Beiträge von Streitkräften zur Friedenskonsolidierung am Beispiel der in Afghanistan betreuten PRTs. Der Abschluss der Dissertation ist für 2008 geplant.
 - Die Arbeit am Projekt *Security Handbook* wurde 1994 begonnen. Im Berichtszeitraum wurde die fünfte Ausgabe mit dem Fokus „Sicherheitspolitische Entwicklungen in Ostasien“ vorbereitet. Der Sammelband wird 2007 erscheinen. Am Projekt sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehrerer Länder beteiligt. Die Projektleitung liegt in den Händen von Hans-Joachim Gießmann.
 - Im Projekt *Lexikon EUropäische Sicherheitspolitik* werden in kurzen Beiträgen einschlägige Begriffe aus dem Bereich der europäischen Sicherheitspolitik erläutert. Im Mittelpunkt stehen Termini aus der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der Europäischen Union. Das Projekt wird von Hans-Georg Ehrhart durchgeführt und soll 2007 abgeschlossen werden.
- b. *Folgende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum bewilligt und/oder begonnen:*
- Angesichts ihrer Bedeutung, sind die *Kosten und Nutzen militärischer und ziviler Friedensmissionen* bisher vergleichsweise wenig wissenschaftlich untersucht worden. Im Jahre 2006 wurde in Vorbereitung eines größeren Projekts zunächst eine Literaturdurchsicht vorgenommen und erste Beiträge veröffentlicht. Das Projekt wird von Michael Brzoska bearbeitet.
 - *Entwicklungspolitische Aspekte der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* werden als Teilprojekt für ein vom Bonn International Center for Conversion (BICC) für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführtes Forschungsvorhaben zum Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit zugearbeitet. Die Projektleitung liegt bei Michael Brzoska. Das Projekt wird von Hans-Georg Ehrhart und Isabelle Tannous bearbeitet.
 - In Kooperation mit dem Institut für Theologie und Frieden wird am Projekt *Befriedung von außen? Ethische Reflexionen eines strittigen politisch-militärischen Konzepts am Beispiel des Kongo* gearbeitet. Beiträge und Ergebnisse des Konferenzvorhabens unter Leitung von Hans-Georg Ehrhart und Gerhard Justenhoven (IThF) sollen 2007 veröffentlicht werden.
 - Im vom Cusanus-Werk geförderten Dissertationsprojekt *Between threat perception and enemy images: Construction of security policy on terrorism in Germany and the United States. Opportunities for the transatlantic security partnership* untersucht Sibylle Reinke de



Erwin Müller im Seminar /Mai 2006



- Buitrago die Bildung von Feinbildkonstruktionen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung kooperativer Politiken im transatlantischen Verhältnis. Der Abschluss der von Hans-Joachim Gießmann betreuten Promotion ist für 2009 vorgesehen.
- Das vom DAAD geförderte Dissertationsprojekt über den *Milosevic-Prozess* in Den Haag von Emir Suljagic aus Bosnien und Herzegowina wurde im Dezember 2006 mit einem mehrmonatigen Forschungsaufenthalt des Doktoranden am IFSH begonnen. Das Projekt wird von Hans-Joachim Gießmann betreut.
 - Neu bei ZEUS ist seit August 2006 Armin Wagner (Militärischer Anteil IFSH). Er entwickelt zunächst ein spezifisches Forschungsprofil für den Militärischen Anteil. Bis zum Sommer 2007 wird er darüber hinaus ein Forschungsprojekt über die politische Rolle von *Geheimdiensten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* abschließen.
- c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Forschungsprojekte ist noch nicht entschieden:*
- ZEUS beteiligt sich am Kooperationsverbund wissenschaftlicher Einrichtungen zum Thema „Prekäre Staatlichkeit“. Ziel des Projekts ist die Bildung einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschergruppe. Untersucht werden sollen die Wirkungen zwischen externen Interventionen und prekärer Staatlichkeit vor dem Hintergrund des Ziels, Staatlichkeit und effektives Regieren zu (re-)konstituieren. Für das IFSH ist Martin Kahl in der Steuerungsgruppe für die Antragstellung vertreten.
 - Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart haben bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) einen Antrag auf Förderung einer Sachstandsstudie zum Thema *Aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Sicherheitspolitik mit entwicklungspolitischem Bezug* gestellt. Im Projekt sollen die aktuelle Profilierung und strategische Orientierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und deren Verbindung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union untersucht werden.
 - Isabelle Tannous hat einen Projektantrag auf Post-Doc-Förderung durch die VW-Stiftung zum Thema *The Merging of Development and Security. Analysing EU-Institutions' and Member States' Approaches to Promoting Coherence between Development and Security Policies* gestellt.
 - Das Projektvorhaben *Die USA, die EU und Russland im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – Konvergenzen, Differenzen und Divergenzen bei Begründungs- und Rechtfertigungsmustern für den Einsatz neuer Mittel in der Terrorismusbekämpfung* wurde von Martin Kahl und Regina Heller als Antrag zur Drittmittelförderung vorbereitet. Die Einreichung des Antrags ist für Februar 2007 vorgesehen.
 - Patricia Schneider hat im November 2006 einen Antrag zur Bildung einer interdisziplinären Nachwuchsforschungsgruppe zum Thema *American and European Counter-Terrorism Strategies in Comparison: Efficient, Ineffective or Counterproductive?* im Rahmen des European Young Investigators Award (EURYI-Award) gestellt. Die



Forschungsgruppe soll am IFSH angesiedelt sein. Die Entscheidung wird im November 2007 erwartet.

d. Folgende Anträge wurden vorbereitet, aber nicht bewilligt

- Das Projekt *Externe Security Governance (PJZ)* sollte die Folgen der Erweiterung der EU aus dem Blickwinkel der sich hieraus ergebenden Herausforderungen, Probleme und Chancen der friedens- und sicherheitspolitischen Kooperation der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten mit an den EU-Raum angrenzenden Staaten in Osteuropa erforschen. Ein Antrag auf Förderung des Vorhabens wurde bei der DSF eingereicht und abgelehnt.

2. Wissenschaftliche Dienstleistungen/Beratung

- ZEUS koordiniert das *Akademische Netzwerk Südosteuropa*, das wichtigste Kooperationsprojekt des IFSH mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Ziele des Projekts sind vor allem eine vertiefte Auseinandersetzung junger Nachwuchseliten in den Staaten Südosteuropas mit friedenspolitisch relevanten Themen, die Förderung des wissenschaftlichen und akademischen Austauschs, die Entwicklung einer nachhaltigen wissenschaftlichen und studentischen Kooperation zwischen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern Südosteuropas bzw. in der Diaspora und zwischen akademischen Partneereinrichtungen in Südosteuropa, dem IFSH sowie den im Kooperationsverbund Friedensforschung und Sicherheitspolitik zusammenarbeitenden friedenswissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Vorgehensweisen, Programme sowie Forschungs- und Arbeitsergebnisse werden öffentlich diskutiert und publiziert, u.a. im Internet (www.akademischesnetzwerk-soe.net). Gesamtverantwortlich für das Projekt ist Hans-Joachim Gießmann. Leiterin des Netzwerkes ist Patricia Schneider. Im Berichtszeitraum wurden zwei Doktoranden und drei Studierende aus der Region betreut, Lehrbeiträge zur Sommerschule am Inter-University Centre in Dubrovnik geleistet, Workshops in Hamburg und ein mehrtägiges Seminar im Kosovo durchgeführt. Eine Dozentin aus der Vojvodina und ein Dozent aus dem Kosovo waren zu Lehr- und Forschungsaufenthalten am IFSH. Die Beiträge des IFSH wurden vor allem durch den DAAD und die Universität Hamburg gefördert.
- Im Rahmen des seit 1996 durchgeführten *Internationalen Fellowship-Programms Graf Baudissin* waren zwei Offiziere zu Gast am IFSH: Oberst Mirca Popa aus Rumänien und Oberst Michael Wlassow aus der Ukraine. Das von Hans-Georg Ehrhart und Jürgen Groß geleitete Programm gibt hohen Offizieren aus Mittel- und Osteuropa die Möglichkeit, am IFSH zu den Grundsätzen und der praktischen Umsetzung des von Wolf Graf Baudissin geprägten Konzepts der Inneren Führung zu forschen. Es wird in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr durchgeführt und von der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung finanziell unterstützt.
- Innerhalb seiner Projektaktivitäten im Bereich der Sicherheitssektore reform wurde das IFSH vom Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gebeten, an einem Handbuch zur praktischen Umsetzung von Ansät-



Oberst Mirca Popa
Baudissin-Fellow 2006



Oberst Michael Wlassow
Baudissin-Fellow 2006



zen der Sicherheitssektorreform mitzuarbeiten (*Implementation Framework Security Sector Reform*). Erarbeitet wurden Teile des Kapitels zu Militärreformen. Außerdem werden Beratungsleistungen für „InWent“ zur Entwicklung von Lehrmaterialien auf der Grundlage des Handbuchs erbracht. Die Projektverantwortung lag in den Händen von Michael Brzoska. Mitarbeiter war Hans-Georg Ehrhart.

- Ein Konsortium von neun europäischen Forschungsinstituten, darunter das IFSH, gewann einen Rahmenvertrag für die Erstellung von Arbeitspapieren und Durchführung von *Beratung des Europäischen Parlamentes zu Außen- und Sicherheitspolitischen Fragen*. Das Konsortium wird vom International Security Information Service, Brüssel, geführt. Die Beratung erfolgt fallweise auf der Grundlage konkreter Nachfragen der relevanten Ausschüsse des Europäischen Parlaments. Das Projekt wird von Michael Brzoska geleitet.
- Vom 28. August bis zum 1. September 2006 veranstaltete das IFSH zusammen mit dem Internationalen Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen die *Fifth Hanseatic Baltic Summer School* (HBSS). Hans Georg Ehrhart ist Mitglied des Beirats der HBSS. Die Veranstaltung lief unter dem Titel „Europe in the International Security Order. Concepts, Issues, and Trends“. An ihr nahmen 18 Studentinnen und Studenten aus fünf Ländern teil.

Weiterführende Informationen (Projekte, Veröffentlichungen und Kontaktdaten) unter: <http://www.ifsh.de/zeus/>



3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)

IFAR²Interdisziplinäre Forschungsgruppe
Abrüstung, Rüstungskontrolle
und Risikotechnologien

Die Analyse von Rüstungsdynamik, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie die Erarbeitung praktikabler Abrüstungsstrategien bilden seit der Gründung des Instituts kontinuierlich bearbeitete Themenfelder des IFSH. Seit mehr als zehn Jahren liegt der Schwerpunkt der „Interdisziplinären Forschungsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle und Risikotechnologien“ im konzeptionellen und im naturwissenschaftlich technischen Bereich.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verstärkte sich der Trend in der friedens- und sicherheitspolitischen Forschung hin zur Bearbeitung von primär nichtmilitärischen Ursachenkomplexen von Konflikten. Gleichwohl muss auch das Fortschreiten der Rüstungsdynamik und der Weiterverbreitung von Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen weiterhin beobachtet werden. Diese vollziehen sich zwar unter anderen politischen Rahmenbedingungen und veränderten Konstellation von Akteuren, Strukturen und Prozessen, doch ihre Wirkung auf die Weltpolitik ist ungebrochen. Beispiele sind die Krisen um Nordkorea und den Iran. In Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution und des fortschreitenden Exports von Dual-Use-Gütern entsteht derzeit eine große Zahl neuer Technologien wie z.B. globale Kommunikations- und Leitsysteme oder moderne global einsetzbare „Präzisionswaffen“, die rüstungsrelevant werden können oder es bereits sind. Die Möglichkeiten etwa der High-Tech-Kriegführung oder die Gefährdung kritischer Infrastrukturen basiert auf dieser so genannten „Revolution in Military Affairs“, in der bereits die Erforschung und Entwicklung von Technologien eine nachhaltige Wirkung auf Konfliktkonstellationen haben.

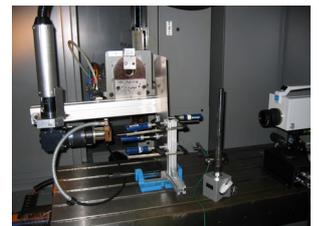
Die Forschungsgruppe beschäftigte sich im Berichtszeitraum insbesondere mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren und den Möglichkeiten der Rüstungskontrolle unter den Bedingungen einer zunehmend asymmetrischen Welt. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Arbeitsweisen mit folgenden Forschungslinien:

- Grundlagen, Möglichkeiten und Formen von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sowie die Entwicklung von anwendungsbezogenen Konzepten präventiver Rüstungskontrolle,
- dem „Monitoring“ der fortschreitenden Rüstungsdynamik und Rüstungskontrollpolitik in Europa und weltweit mit Fokus auf moderne Technologien und
- technische Möglichkeiten existierender und zukünftiger (Waffen-) Entwicklungen, vor allem im Bereich Weltraumbewaffnung, Raketenproliferation und Raketenabwehr.

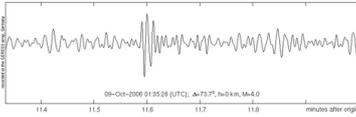
1. Forschungsprojekte

- a. *Folgende bereits laufende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt oder abgeschlossen:*

Im Schwerpunkt *Zukunft der Rüstungskontrolle* wurden folgende Projekte bearbeitet:



Lasereperimentaufbau von
Jan Stupl



Seismogramm der GERESS-Messstation im Bayerischen Wald 11,6 Minuten nach der Detonation in einer Entfernung von ca. 8200 km von dem Explosionsort.

Quelle: http://sdac.hannover.bgr.de/www/sdac/kernex/korea_061009.html

- aktuelle *Probleme von Nichtverbreitung und Abrüstung*. Hierzu gehört einerseits die Entwicklung des iranischen Nuklearprogramms und die Entwicklung in Nordkorea, zum anderen die Krise des Nichtverbreitungsvertrages. Unter Leitung von Götz Neuneck und Martin Kalinowski (ZNF) erarbeiteten Mitglieder der Atomteststoppkommission der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) eine Stellungnahme zu dem nordkoreanischen Nukleartest vom 9. Oktober 2006, die im *Physik Journal* veröffentlicht wurde.
- Michael Brzoska bearbeitet das Projekt *Rüstungsproduktion und Rüstungsexportkontrolle in der EU*.
- Oliver Meier und Götz Neuneck untersuchten von Januar bis April 2006 die *Rolle der Europäischen Union auf dem Sektor von Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung* und veröffentlichten das Ergebnis im *Friedensgutachten 2006*.
- Das von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderte Projekt *Regimebildung unter Druck? Die Fortentwicklung multilateraler Rüstungskontrolle* wurde fortgesetzt. Oliver Meier untersucht den Einfluss neuer, so genannter nicht-integrativer Ansätze zur Kontrolle von Massenvernichtungswaffen auf Regimebildung, Regimeeffektivität und Regimewandel in der Rüstungskontrolle. Projektleiter ist Götz Neuneck. Das Projekt hat eine Laufzeit von Mai 2005 bis Ende 2007; es wird in enger Zusammenarbeit mit der U.S. Arms Control Association durchgeführt und soll den transatlantischen Dialog über effektivere Rüstungskontrollvereinbarungen kritisch beleuchten.
- Im Rahmen eines seit 2002 laufenden Projekts zur Effectiveness of Arms Embargoes wird die Wirksamkeit von Waffenembargos an Hand von Fallstudien und vergleichend untersucht. Das Projekt wird von Michael Brzoska in Kooperation mit George Lopez, University of Notre Dame, USA durchgeführt. Das Projekt wird voraussichtlich 2007 abgeschlossen.

Im Forschungsschwerpunkt *Weltraumbewaffnung und Raketenabwehr* wurde folgende Projekte fortgeführt:

- Das Projekt *Die militärische Nutzung des Weltraums und Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle* wurde 2005 offiziell abgeschlossen. Im Berichtszeitraum wurde der Abschlussbericht als Band Nr. 6 der Reihe „Forschung DSF“ publiziert und weitere Beiträge aus dem Projekt veröffentlicht. Bearbeiter waren Götz Neuneck und André Rothkirch.
- Im Projekt *Implikationen und technische Möglichkeiten von Airborne Laser Systemen* werden die Funktionsprinzipien und die technische Realisierbarkeit des Airborne Lasers der USA und weiterer Hochenergielaser untersucht. Bearbeiter ist Jan Stupl, die Projektleitung liegt bei Götz Neuneck. Im Jahr 2007 werden die Untersuchungen in Zusammenarbeit mit dem ZNF fortgesetzt.
- Mit dem Fachbereich Informatik (Prof. Leonie Dreschler-Fischer) und dem Institut für Weltraumssysteme der TU Braunschweig (Dr. Carsten Wiedemann) wurde die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumsicherheit fortgesetzt. Im Zuge dieser Kooperation hat Sascha Bülow seine Diplomarbeit, die von Götz Neuneck mitbetreut wurde, zum Thema *„Konzept und Realisierung eines Systems zur Visualisierung von Weltraumschrott“* 2006 abgeschlossen.



Im Forschungsschwerpunkt *Rüstungsdynamik und Kriegführung* wurden folgende Projekte fortgeführt:

- Innerhalb eines laufenden Projekts zur *Validität quantitativer Daten zu Krieg, Rüstung und Konflikt* konzentrierten sich die Arbeiten 2006 auf Daten zu Kriegstrends. Eine Reihe von Publikationen und Manuskripten, einschließlich eines Beitrags für das SIPRI-Jahrbuch 2007, wurden vorbereitet bzw. fertiggestellt. Projektbearbeiter ist Michael Brzoska.
 - Oliver Meier führte mit Unterstützung von Götz Neuneck eine Studie zum Thema *Aerial Surveillance and BWC Compliance Monitoring* durch. Die Ergebnisse wurden zur Sechsten Überprüfungs-konferenz des Übereinkommens über das Verbot Biologischer Waffen im November 2006 fertiggestellt und als Forschungspapier für die Forschungsstelle Biologische Waffen und Rüstungskontrolle an der Universität Hamburg publiziert.
 - Im Projekt *Revolution in Military Affairs* werden die wissenschaftlich-technischen und militärpolitischen Konzepte, Komponenten und Konsequenzen im Bereich „RMA/Information Warfare“ herausgearbeitet und Möglichkeiten für eine präventive Rüstungskontrolle diskutiert. Bearbeiter sind Götz Neuneck, Christian Mölling und Christian Alwardt.
 - In dem mit Mitteln des BMBF geförderten Projekts zur *Geschichte der deutschen Pugwash-Bewegung* soll die Pugwash-Geschichte aufgearbeitet werden. Zu diesem Zweck fand am 24. Februar 2006 im Rahmen der VDW-Jahrestagung ein Workshop zur Geschichte der deutschen Pugwash-Gruppe statt. Dieser ermöglichte eine erste Bestandsaufnahme der bekannten Forschungserkenntnisse über die Arbeit und Wirkung der deutschen Pugwash-Bewegung. Ein weitere vom BMBF geförderte Veranstaltung fand am 20. November 2006 in Zusammenarbeit mit der deutschen Pugwash-Gruppe in der Landesvertretung Hamburg in Berlin statt. Die Arbeiten sollen fortgeführt werden. Im Berichtszeitraum wurde ein entsprechender Drittmittelantrag bei der Berghof-Stiftung eingereicht.
- b. Folgende Forschungsprojekte wurde im Berichtszeitraum bewilligt und/oder begonnen:
- Hat der europäische Verhaltenskodex für Waffenexporte zu quantitativ messbaren Veränderung der Waffenexporte aus europäischen Staaten in Problemländer geführt? Dieser Frage wird im Projekt *Effects of the EU Code of Conduct on Arms Exports from Europe* nachgegangen. Bearbeiter sind Michael Brzoska und Mark Bromley, SIPRI, Schweden. Das Projekt soll 2007 abgeschlossen werden.
 - Eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern des IFSH und der Universität Hamburg hat im Berichtszeitraum begonnen, die Beantragung einer DFG-Forschergruppe zum Thema *Verifikation internationaler Abkommen* vorzubereiten. Die Federführung liegt bei Martin Kalinowski (ZNF); aus dem IFSH sind Michael Brzoska und Götz Neuneck beteiligt.
 - Axel Schwanhäußer hat für die Jahre 2006 und 2007 ein Stipendium im Rahmen der „European Foreign and Security Policy Studies“ der Compagnia di San Paolo, Turin, des Riksbankens Jubiläumssfonds, Stockholm und der Volkswagen Stiftung, Hannover erhalten. Er ar-



Götz Neuneck mit Immaculate Motsi auf einer Pugwash-Konferenz in Kairo



beitet seit August 2006 am Projekt *Beyond Safeguards – Taking advantage of the early warning capabilities of the improved IAEA safeguard system in respect of nuclear programs leading to outbreak capabilities*. Er untersucht, welche Möglichkeiten die EU im Rahmen der ESVP hat, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen effektiver zu verhindern.

- Christian Mölling untersucht im Projekt *Towards a European Security and Military Strategy? Coherence and unintended consequences of the European Union's policies on armaments cooperation and arms control* die Dichotomie der europäischen Rüstungsexport- und Rüstungskontrollpolitik. Mölling hat ein Stipendium im Rahmen der „European Foreign and Security Policy Studies“ der Compagnia di San Paolo, Turin, des Riksbankens Jubiläumsfonds, Stockholm und der Volkswagen Stiftung, Hannover mit zweijähriger Laufzeit erhalten. Das Projekt wird von Götz Neuneck und Hans-Georg Ehrhart (IFAR und ZEUS/IFSH) sowie von Christopher Daase an der Ludwig-Maximilians-Universität München betreut.
- Christian Mölling erarbeitete im Rahmen eines dreimonatigen Aufenthalts von Januar bis April 2006 am Institute for Security Studies der EU (ISS-EU) in Paris eine Studie mit dem Titel *Prospects and Challenges for an intra-European transfer regime for Defence Equipment*.
- Ein Folgeantrag zum Projekt *„Implikationen und technische Möglichkeiten von Airborne Laser Systemen“* (Jan Stupl, Götz Neuneck) wurde von der Berghof-Stiftung positiv beschieden. Das Projekt kann somit 2007 zusammen mit dem Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) fortgesetzt werden.
- c. Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Forschungsprojekte ist noch nicht entschieden:
 - Bei der Berghof-Stiftung wurde im September 2006 ein Antrag zur Nuclear Awareness Phase I gestellt. Unter „Nuclear Awareness“ versteht man die Bereitstellung von Informationen, um auf die Gefahren der Wirkung von Nuklearwaffen aufmerksam zu machen. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt und umfasst sowohl die Vorbereitung und Organisation von zwei Workshops als auch die Erstellung von Unterrichtsmaterialien in Zusammenarbeit mit dem Tübinger Institut für Friedenspädagogik.



IFAR-Mitglieder im Garten des IFSH

3. Wissenschaftliche Dienstleistungen/Beratung

- Die Mitglieder von IFAR nahmen an zahlreichen Tagungen und Konferenzen zum iranischen und zum nordkoreanischen Nuklearprogramm sowie zu weiteren rüstungskontrollpolitischen Fragen teil und stellten den Medien ihre Expertise zur Verfügung.
- Der Dialog und die Zusammenarbeit zu Fragen der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle mit der Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes und dem Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr wurden kontinuierlich und bei vielen Treffen fortgesetzt.
- IFSH/IFAR organisierte am 14. Juni 2006 gemeinsam mit dem Bonn International Center for Conversion (BICC) in Berlin eine Konferenz



zum Thema: „Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse – Optionen, Barrieren und Chancen für eine Verhandlungslösung“.

- IFSH/IFAR veranstaltete in Zusammenarbeit mit der deutschen Pugwash-Gruppe am 20. November 2006 in der Landesvertretung Hamburg in Berlin ein Seminar zum Thema *Security, Disarmament and Arms Control after the Northkorean Nuclear Test*. Ziel der Veranstaltung war es, die Arbeit und die Wirkung der Pugwash-Bewegung vorzustellen und den internationalen Rüstungskontrolldialog mit dem Berliner Fachpublikum und dem Auswärtigen Amt fortzusetzen.

Weitere Informationen unter: http://www.ifsh.de/IFAR/index.htm



4. Übergreifende Aktivitäten

4.1. Arbeitsgruppe Wirkungsforschung

Die Untersuchung der Wirksamkeit internationaler Institutionen und Organisationen stellt einen wichtigen Aspekt der Forschungsagenda des IFSH dar. Dabei geht es um so unterschiedliche Fragestellungen wie die Wirkung von OSZE- und UN-Feldoperationen bei der Krisenregulierung, die Wirksamkeit von Demokratisierungspolitiken der EU oder die Wirkung internationaler Waffenembargos. Zur Analyse dieser Fragen werden eine Reihe methodischer Ansätze vor allem aus der Regimeanalyse und der Evaluierungsforschung genutzt. Um diese unterschiedlichen Ansätze systematisch auf ihre Brauchbarkeit zu untersuchen und ggf. weiterzuentwickeln, wurde auf Initiative des Direktors des IFSH, Michael Brzoska, die von etwa zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragene AG Wirkungsforschung eingerichtet, die sich seit Mitte 2006 mit dem Thema befasst. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Regina Heller, Martin Kahl, Marietta König, Jens Narten, Solveig Richter, Merle Vetterlein und Wolfgang Zellner, der die Gruppe koordiniert.

4.2 Veranstaltungen, Tagungen und Gäste

Ausführliche Informationen zu den Veranstaltungen 2006 finden sich in den Ausgaben 60-64 von IFSH-aktuell unter: www.ifsh.de/IFSH/publikationen/ifshakt.htm.



Merle Vetterlein und Friederike Gräper, Organisatorinnen der Veranstaltung „Hafensicherheit und Terrorismus“

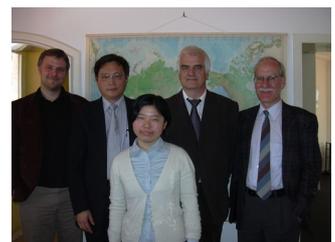
- Am 6. Februar besuchte Botschafter Friedrich Gröning, Beauftragter der Bundesregierung für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung des IFSH und informierte sich über die Rüstungskontrollarbeiten von IFAR. Anschließend referierte er im Forschungskolloquium über „Stand und Perspektiven der Rüstungskontrolle“.
- Dr. Geoffrey Forden vom Program in Science, Technology, and Society am MIT/ Boston, mit dem eine kontinuierliche Zusammenarbeit besteht, besuchte im März 2006 das IFSH/IFAR, um die Arbeitsfortschritte der Promotion von Jan Stupl und Möglichkeiten für eine multilaterale Brennstoffproduktion unter europäischer Beteiligung zu diskutieren.
- Frühjahrsakademie „Transformationsländer im Umbruch: Der Kaukasus und Zentralasien“, von CORE und der Friedrich-Naumann-Stiftung, 2.-7. April 2006 in der Theodor-Heuss-Akademie Gummersbach, mit Exkursion nach Brüssel.
- Seminar „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ in Zusammenarbeit mit dem Streitkräfteamt, 23.-28. April 2006, mit Exkursionen nach Bonn und Brüssel.
- Am 3. Mai besuchte der Leiter des Referats EU-Erweiterung und -Außenbeziehungen im Auswärtigen Amt, Herr VLR I Peter Rondorf, das IFSH und CORE und referierte im Forschungskolloquium des IFSH zum Thema „Ist die Tür schon zu? Zur Erweiterungsfähigkeit der EU“.
- Gemeinsame Veranstaltung der Universität Hamburg, des IFSH und Women in International Security Deutschland e.V. zum Thema „Terrorismus und Hafensicherheit“ am 3. Mai 2006 in der Universität Hamburg.
- Steve Watts, ehemaliger Foreign Affairs Officer des US State Department und derzeit Fellow an der Brookings Institution, besuchte



- am 16. Mai 2006 das IFSH und hielt einen Vortrag zum Thema „Political-military and Multilateral Strategies for Post-conflict reconstruction“.
- Eine Gruppe von 35 Volontären der Journalistenschule Axel Springer besuchte am 23. Mai das IFSH zu Gesprächen mit Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart über die Lage im Iran und im Irak sowie über den Bundeswehreinsatz im Kongo.
 - IFSH/BICC-Konferenz „Iran: Wege aus der Sackgasse“ am 14. Juni 2006 in Berlin.
 - Antrittsvorlesung von Michael Brzoska in der Universität Hamburg zum Thema „Friedensexport? Erfolge und Grenzen internationaler Interventionen zur Konflikteinhegung und Nachkriegskonsolidierung“ am 15. Juni 2006.
 - Paul Walker vom Green Cross aus Washington D. C. besuchte Anfang Juli das IFSH, um mit IFAR-Mitgliedern über die Fortschritte bei der Vernichtung chemischer Waffen zu diskutieren.
 - Hanseatic Baltic Summer School (HBSS) „Europe in the International Security Order: Concepts, Issues, and Trends“, IFSH und Haus Rissen, 28. August bis 1. September 2006.
 - Prof. Dr. Tang Shaocheng von Institute of International Relations, Taipeh besuchte am 15. September das IFSH zu Gesprächen über deutsche Außenpolitik.
 - Vorstellung des von CORE für das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten erarbeiteten Papiers „Options for a General OSCE Human Dimension Monitoring Instrument“ durch Jens Narten und Wolfgang Zellner im Rahmen eines *Side Event* am Rande des jährlichen *Human Dimension Implementation Meeting* der OSZE in Warschau am 12. Oktober 2006.
 - Am 18. Oktober empfing CORE die Ständige Vertreterin Norwegens bei der OSZE, Botschafterin Mette Kongshem, zu Gesprächen über die aktuelle Entwicklung der OSZE und die Rolle der OSZE in Zentralasien.
 - Festakt anlässlich der Verleihung der M.P.S.-Diplome, Festvortrag von Frau Karin Kortmann, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zum Thema „Kohärenz in den außenorientierten Politiken – Das Konzept der Menschlichen Sicherheit“ am 19. Oktober in der Universität Hamburg.
 - Vom 16.-21. Oktober hatte das IFSH zwei Mitarbeiter des nordkoreanischen Außenministeriums zu Gast. Herr Ri Tong Il und Herr Kim Won Myong hielten sich im Rahmen eines von Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen organisierten Fellowship-Programms in Hamburg auf. Sie führten Gespräche mit Mitarbeitern des Instituts und referierten über regionale Sicherheit aus Sicht der nordkoreanischen Regierung.
 - Am 25. Oktober 2006 besuchte der Schulpfarrer-Lehrgang der evangelischen Militärseelsorge das IFSH und informierte sich über die Arbeit des Instituts sowie über den aktuellen EU-Militäreinsatz im Kongo.



Dr. Jürgen Lütjhe, vormaliger Präsident der Universität Hamburg, und Michael Brzoska bei dessen Antrittsvorlesung am 15. Juni 2006



Prof. Dr. Tang Shaocheng mit Mitarbeitern des IFSH bei seinem Besuch am 15. September



- Im Zuge der Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw) in Geilenkirchen besuchte eine Delegation des ZVBw das Institut. Die Oberstleutnants W. Schmid, R. Kokel und O. Ludwig diskutierten mit IFAR-Mitgliedern und IFSH-Referenten über die aktuelle Rüstungskontrollkrise und vereinbarten eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem IFSH.

4.3 Forschungskolloquium 2006

Das IFSH veranstaltet regelmäßig Forschungskolloquien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die M.P.S.-Studierenden und ausgewählte Gäste. Leitung und Organisation liegen bei Hans-Georg Ehrhart.



Dr. Nexhmedin Spahiu, Universität Tirana, beim Vortrag im Forschungskolloquium

Feindbildkonstruktion in den USA und Deutschland und ihr Einfluss auf die Politik, *Sybille Reinke de Buitrago*, IFSH/ZEUS (11. Januar 2006).

Laser als Waffensysteme, Jan Stupl, IFSH/IFAR (18. Januar 2006).

Stand und Perspektiven der Rüstungskontrolle, *Botschafter Friedrich Gröning*, Beauftragter der Bundesregierung für Rüstungskontrolle (6. Februar 2006).

Geopolitische Leitbilder im 21. Jahrhundert, *Prof. Dr. Paul Reuber*, Universität Münster (8. Februar 2006).

Wasser als Konfliktgegenstand, *OTL Jörg Barandat*, Führungsakademie der Bundeswehr (22. Februar 2006).

Russische Außen- und Innenpolitik: Auf dem Weg in die autoritäre Sackgasse?, *Dr. Christian Wipperfürth*, Berlin (1. März 2006).

Bericht, DFG-Projekt „Privatisierung des Sicherheitssektors in peripheren postsozialistischen Staaten“, *Stephan Hensell*, IFSH/ZEUS (8. März 2006).

Vorstellung des Zentrums für Naturwissenschaften und Friedensforschung, *Prof. Dr. Martin B. Kalinowski*, Carl-Friedrich-Weizsäcker-Professor für Naturwissenschaften und Friedensforschung (15. März 2006).

Euro-Atlantic Relations: From Crisis to Cooperation, *Stanley R. Sloan, PhD*, Director Atlantic Community Initiative (17. März 2006).

Auf der Suche nach der grundgesetzlichen Friedensnorm beim Streitkräfteeinsatz, *Dr. Sabine Jaberg*, Führungsakademie der Bundeswehr (29. März 2006).

Die Rüstungsexportpolitik der rot-grünen Koalition, *Moritz Koch*, Süddeutsche Zeitung (12. April 2006).

Challenge Freedom&Security Project, *Dr. Peter Lock*, Hamburg (26. April 2006).

Ist die Tür schon zu? Zur Erweiterungsfähigkeit der EU – Neue Strategien und Positionen, *VLR I Peter Rondorf*, Referatsleiter in der Europaabteilung des Auswärtigen Amts (3. Mai 2006).

Stereotype – Vorurteile – Feindbilder. Die Eskalation von Sprache und Bildern als „mentale Bewaffnung“, *Paul Steffen*, Hamburg (10. Mai 2006).

Der Staat in der Weltgesellschaft, *Prof. Dr. Klaus Schlichte*, Humboldt-Universität, Berlin (17. Mai 2006).

The Joy of Conflict – Neue Formen der Konfliktbearbeitung in Kanada, *Prof. Dr. Christina Hantel-Fraser*, Victoria University, B.C. (22. Mai 2006).

Der Konflikt mit dem Iran als friedenspolitische Herausforderung, *Dr. Götz Neuneck*, IFSH/IFAR (31. Mai 2006).

The Human Dimension of the Oslo Talks: Storytelling and the Norwegian channel, *Hanan Ohana*, MPS/ZEUS (7. Juni 2006).

DemoS-Projekt „Demokratie, Macht, Frieden“, *Dr. Jürgen Groß*, IFSH/ ZEUS (14. Juni 2006).

Chinas neues Sicherheitskonzept und dessen Einfluss auf die chinesisch-indischen Beziehungen, *Zhixian Xu*, MPS/ZEUS (21. Juni 2006).

Was soll die EU im Kongo? Pro und Contra, *Oberst i.G. Roland Kaestner*, Führungsakademie der Bundeswehr/Hans-Georg Ehrhart, IFSH/ZEUS (27. Juni 2006).



Seestreitkräfte und Terrorismusabwehr. Zur Prisenrechtlichen Behandlung von Handelsschiffen in „Out-of-area“-Einsätzen, *Peter Heimstaedt*, Rickmers Reederei (5. Juli 2006).

Security Governance als Alternative zum Staat in Westafrika, *Dr. Andreas Mehler*, IGA/Institut für Afrikakunde (12. Juli 2006).

Zur aktuellen Libanonkrise, *Dr. Margret Johannsen*, IFSH/ZEUS (19. Juli 2006).

EUFOR DR Kongo – Herausforderungen und Perspektiven, *Alexandre de Bordelius*, EU Militärstab, Brüssel (30. August 2006).

The Institution Building Process in the Post-War Bosnia and Herzegovina and the Role of the International Community, *Ivan Barbalic*, President of the Alumni Association of the Centre for Interdisciplinary Postgraduate Studies, Sarajevo (27. September 2006).

The prospects for nuclear power in Europe, *Robert van der Zwaan*, Energy Research Center, Amsterdam (4. Oktober 2006).

Kosova and Europe: realities and prospects, *Dr. Nexhmedin Spahiu*, Universität Tirana, Tetova, Pristina (25. Oktober 2006).

Das neue Weißbuch – was lange währt, wird endlich gut?, *OTL Jürgen Schrödl*, Führungsakademie der Bundeswehr (1. November 2006).

Wirkung von Sicherheitsregimen – Möglichkeiten und Grenzen eines evaluationstheoretischen Analysemodells, *Melanie Schmoll*, Universität Hamburg (8. November 2006).

Democratisation as a challenge for development cooperation, *Dr. Augustine T. Magolowondo*, Malawi-Forum/GTZ (22. November 2006).

Peacekeeping in Darfur: Zur Rolle der AU, *OTL Manfred Ertl*, Führungsakademie der Bundeswehr (29. November 2006).

Medienhilfe als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik, *Friederike Gräper*, IFSH/CORE (6. Dezember 2006).

Dilemmas of Local Ownership in Peace Building Processes, *Jens Narten*, IFSH/CORE (13. Dezember 2006).

4.4 Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Auswahl)

Bernt Berger

- The use of a Peace-Building Commission, East China Normal University, China Institute for International Studies, FES, UN Reform and Global Governance: The Perspectives of Asia and Europe, Shanghai, China, 24.-25. April 2006.
- Society-Security Relations: Best Practice and Lessons Learned, Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, PASSIA Strategy and Security Workshop, Ramallah, Palästina, 20. September 2006.
- Future agenda of a strategic triangle: Opportunities for cooperation in shaping globalization, Chinese Institute for Contemporary International Relations, Atlantic Council, European Policy Centre, KAS, The new strategic triangle: China Europe and the United States in a changing international system, Beijing, China, 2.-3. November 2006.

Michael Brzoska

- Friedensexport? Erfolge und Grenzen internationaler Interventionen zur Konflikteinhegung und Nachkriegskonsolidierung, Antrittsvorlesung Universität Hamburg, 14. Juni 2006.
- Global RD, International Seminar on Defence Finance and Economics, Delhi, Indien, 14. November 2006.
- Weltweite Wirkungsketten der Unsicherheit und ihre Auswirkungen auf unsere Sicherheit, 3. Sicherheitsforum NRW, Essen, 31. August 2006

Hans-Georg Ehrhart

- Fähigkeiten der EU zum globalen Krisenmanagement, Vortrag im Rahmen des jährlichen Seminars für Sicherheitspolitik der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, 25. September 2006.
- Das Fallbeispiel der EUFOR RD Congo, Referat auf der Expertentagung „Die ESVP in den Vereinten Nationen: Konzepte und Verbesserungsmöglichkeiten“, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen/Universität Kiel, Berlin, 28. September 2006.



Oliver Meier, Alexander Nikitin, Götz Neuneck, Jonathan Tucker und Botschafter Lüdeking auf dem Panel zur Nichtverbreitungspolitik in der Landesvertretung Hamburg. (Foto: Jan Stupl)



- Vom umfassenden Sicherheitsbegriff zu nachhaltiger Sicherheitspolitik? Plädoyer für eine Security-Governance-Forschung, Vortrag auf dem Zweiten Europäischen Sicherheitskongress, Innsbruck, 29. September – 1. Oktober 2006.

Frank Evers

- Reforming the OSCE, Außenministeriums der Republik Armenien, Eriwan, 14.-15. November 2006.

Hans-Joachim Gießmann

- The Concept of a European Security Community, Lemhannas (Indonesian National Resilience Institute) Jakarta, 22. Juni 2006.
- Strategische Konsequenzen „neuer Mächte“ für die internationale Ordnung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Peking, 27. Juni 2006.
- Emerging Powers: A global Role for the EU?, 23rd Taiwan-European Conference, Institute of International Relations, Chengchi-University, Taipeh, 19. Dezember 2006.

Regina Heller

- Norm Socialization in Russia – Opportunities and Limits for EU Human Rights Policy vis-à-vis the Russian Federation. Workshop „Are European Preferences Shared by Others? The Fate of European Norms in a Globalized World“, Science Po Paris, 6. Oktober 2006.
- Menschenrechte in Russland: Ein uneingelöstes Versprechen? Vortrag bei der Brücke e.V. Bad Homburg, 15. September 2006.



Elena Kropatcheva beim Vortrag an der Universität Toronto (2.v.r.)

Margret Johannsen

- Die Einwanderung nach Palästina und der jüdisch-arabische Konflikt. Vortrag im Seminar „Einwanderung als Heimkehr? Die Aliyah in Vergangenheit und Gegenwart“ der Jakob-Kaiser-Stiftung Köln e.V. und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Bonn, Königswinter, 29. Januar 2006.
- Neue Regierungen – neue Chancen? Israel/Palästina 2006. Vortrag bei der Tagung Friedensgutachten 2006: Islamismus mit Atomwaffen? Der Mittlere Osten als friedenspolitische Herausforderung, Evangelische Akademie Arnoldshain, 4. Juli 2006.
- Sommerkriege 2006. Asymmetrische Kriege und Zuteilung von Legitimität in der Staatengemeinschaft, 13. Internationaler Jahreskongress der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO), Hamburg, 1. Dezember 2006.

Martin Kahl

- Der Beitrag des Gesellschaftswissenschaften für die Sicherheitsforschung, BMBF-Workshop zum Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung, Bonn, 11. Mai 2006.

Marietta König

- Aspects of UN Mediation in the Georgian-Abkhaz Conflict, Humboldt-Universität, Berlin, 14. Februar 2006.
- Capabilities of UNOMIG Mediation Efforts in the Georgian-Abkhazian Conflict, Frühjahrsakademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, „Transformation Processes in Caucasus and Central Asia“, Gummersbach und Brüssel, 2.-7. April 2006.

Anna Kreikemeyer

- Comprehensive Security for Civilizations, OSCE Tolerance Implementation Meeting zum Thema „Promoting Inter-Cultural, Inter-Religious and Inter-Ethnic Understanding“, Almaty, Kasachstan, 10.-14. Juni 2006.
- Sicherheit durch Demokratisierung? – Der Beitrag der OSZE, Symposium der Volkswagenstiftung „Zwischen Europa und Orient – Zentralasien/Kaukasus im Fokus der Wissenschaft“ 29. November bis 2. Dezember 2006.

Elena Kropatcheva

- Ukraine in search of a balance: the (in-)compatibility of its Western aspirations with close relations with Russia, International Graduate Student Symposium „New Perspectives on Contemporary Ukraine: Politics, History and Culture,“ CERES, Toronto University, 17.-19. März 2006.
- Ukraine as a Source of Competition between Russia and the West, ECPR 1st Graduate Student Conference on Contentious Politics, Essex University, 7.-9. September 2006.
- Russian Foreign Policy towards Ukraine: a Case of New Imperialism?, Annual International Young Researchers Conference „Eurasian Empire: Literature, Historical, and Political Responses to Russian Rule in the Twentieth Century“, Havighurst Center for Russian and Post-Soviet Studies, Miami University, 26.-28. Oktober 2006.

*Oliver Meier*

- Der Atomdeal: Rückschlag für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle, Vortrag im Rahmen des Fachgesprächs über das geplante Atomabkommen zwischen den USA und Indien, Deutscher Bundestag, Berlin, 24. April 2006.
- The European Union's policy on nonproliferation of weapons of mass destruction, Vortrag auf der internationalen Tagung „Europe, a Quiet Power? Looking for a European Identity“, Brüssel, 5. Mai 2005.
- Die Auswirkungen der Iran-Krise auf den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, Podiumsdiskussion „Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse – Optionen, Barrieren und Chancen für eine Verhandlungslösung“, Berlin, 14. Juni 2006.

Christian Mölling

- Where can we go now? The EU Battle Groups in 2007, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies, Whitehall Roundtable, London, 27. Oktober 2006.
- The EU and European Security and Defence Policy – Progress in Institutions, Capabilities and Operations, Slovak National Academy of Defence – NATO Summer School for Young Professionals, Liptovský Mikuláš, Slovakia, 2.-8. Juli 2006.

Reinhard Mutz

- Hegemonialmacht mit Nuklearambitionen – Zur außenpolitischen Rolle Irans, Evangelische Akademie Arnoldshain, 3. Juli 2006.
- Die Bundeswehr als internationaler Akteur, Berlin, Deutscher Bundestag, Fraktion Die Linke, 25. November 2006.
- Jenseits der Bündnisfalle – Aus Gemeinsamer Sicherheit lernen, Evangelische Akademie Loccum, 15. Dezember 2006.

Jens Narten

- Options For a General OSCE Human Dimension Monitoring Instrument, OSCE Human Dimension Implementation Meeting, Warschau, 12. Oktober 2006.
- Dilemmas of Promoting Local Ownership: State-building in Postwar Kosovo, Research Partnership on Postwar Statebuilding, Boulder/USA, 6.-7. Juli 2006.
- Perspektiven der Friedensentwicklung auf dem Balkan, Arbeitsgruppe Internationale Politik der SPD-Hamburg, Hamburg, 18. Mai 2006.

Götz Neuneck

- New Technologies and Future Military Doctrines, OSZE-Militärdoktrin-Seminar, Wien, 13.-14. Februar 2006.
- Revolution in Military Affairs and Preventive Arms Control, University of Urbana-Champaign, 18. Mai 2006.
- Weltraumbewaffnung, Raketenabwehr und Rüstungskontrolle – Neuere Entwicklungen und Perspektiven, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Arbeitsgruppe Nichtverbreitung, Berlin, 27. Oktober 2006.

Patricia Schneider

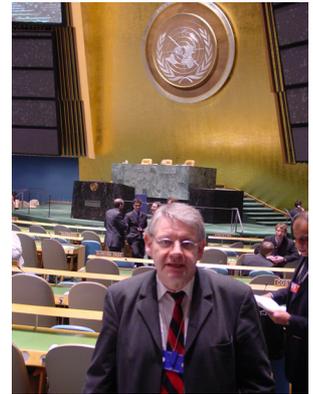
- Der Demokratische Frieden – Trägt Demokratie tatsächlich zu einer friedfertigeren Welt bei?, Bremer Gesprächskreis Sicherheitspolitik, Bremen, 7. November 2006.
- The International Criminal Court as a mirror of the relations between the EU and the US, Internationales Institut für Politik und Wissenschaft, 5. Hanseatic Baltic Summer School, “Europe in the International Security Order: Concepts, Issues, and Trends”, Hamburg, 28. August – 1. September 2006.
- War Crimes, Genocide and Memories, Inter University Center und Art Radionica Lazareti, “The USA and International Criminal Prosecution Institutions”, Dubrovnik, Kroatien, 8.-13. Mai 2006.

Axel Schwanhäuser

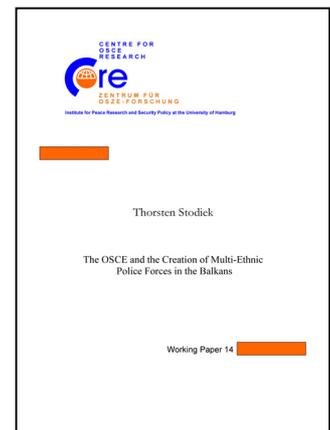
- Atomwaffen für den Iran: Popanz oder reale Bedrohung?, Ringvorlesung: *Global Security* alte und neue Herausforderungen für Frieden und Sicherheit, Universität Kiel, 21. November 2006.

Thorsten Stodiek

- Der Aufbau multi-ethnischer Polizeien auf dem westlichen Balkan; 9. Europäischer Polizeikongress, Berlin, 14.-15. Februar 2006.
- The Creation of Multi-Ethnic Police Services in War-Torn Societies as an Instrument of International Peace Consolidation Activities”; Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP)/Österreichische Verteidigungsakademie, Seminar „New Chal-



Götz Neuneck bei der UNO in New York





lenges and Crisis Management: Demobilisation, Disarmament, Rehabilitation, Disasters and Disruption – EU and OSCE responses”, Wien, 17. November 2006.

Jan Stupl



Jan Stupl vor Hochenergie-
laser

- Experimentelle Untersuchungen zu Hochenergielasern, 70. Jahrestagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Arbeitskreis Physik und Abrüstung, München, 20.-24. März 2006.
- Assessment of High Energy Laser weapons, 18th International Summer Symposium on Science and World Affairs, UNESCO/IAEA, Abdus Salam, 18. August 2006.
- Untersuchungen zu Hochenergielasern, Jahrestagung des Forschungsverbunds Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), Berlin, 1. Dezember 2006.

Merle Vetterlein

- The Influence of the Ohrid Framework Agreement on the Educational Policy of the Republic of Macedonia, 8th Annual Kokkalis Graduate Student Workshop, Universität Harvard, 3. Februar 2006.

Armin Wagner

- Überwachung der GSSD-Standorte in der DDR durch den Bundesnachrichtendienst, Tagung „Neue Forschungen zu den Nachrichtendiensten in Deutschland“, Akademie für Politische Bildung Tutzing, 8. April 2006.
- BND-Operationen gegen die russischen Streitkräfte in der DDR und die MfS-Spionageabwehr, Tagung „Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte?“, Suhl, 10. November 2006.

Wolfgang Zellner

- Addressing the Cross-Dimensional Challenge of Transnational Threats and Risks, Konferenz „The OSCE: Security through Dialogue and Co-operation“ anlässlich des Beginns des belgischen OSZE-Vorsitzes, Brüssel, 31. Januar 2006.
- The Role of the OSCE in the Conflict Management Cycle: Possible New Orientations,” 7th International Security Forum “The Challenge of Securing State and Society”, Zürich, 27. Oktober 2006.
- Konfliktkonstellationen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Trends und Herausforderungen, Konferenz „Globale Zukunft“, organisiert von der Universität Bayreuth und dem Bayreuther Forum Kirche und Universität, Bayreuth und Thurnau, 10./11. November 2006.

4.5 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien

Michael Brzoska

- Mitglied Stiftungsrat Deutsche Stiftung Friedensforschung
- Mitglied Beirat Hamburger Stiftung zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts
- Mitglied Governing Board, International Security Information Service, Brüssel
- Mitglied Beirat Pôle Bernheim, Université Libre de Bruxelles
- Mitglied des Direktoriums des Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Universität Hamburg
- Member, International Programme Council, Small Arms Survey, Geneva
- Mitglied, Fachgruppe Rüstungsexport, Gemeinsame Kommission der Kirchen für Entwicklungspolitik
- Mitherausgeber der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden (S+F)“
- Associate Editor, Journal of Peace Research
- Associate Editor, Economics of Peace and Security Journal
- Member Editorial Advisory Board, International Studies Perspectives

Hans-Georg Ehrhart

- Mitglied des Beirats der Hanseatic Baltic Summer School (HBSS)
- Mitherausgeber der Lehrbuchreihe „Elemente der Politik“

Hans-Joachim Gießmann

- Herausgeber und Schriftleiter Sicherheit und Frieden/Security and Peace (S+F)
- Herausgeber der Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden
- Mitherausgeber „Athena Papers“



- Mitherausgeber „Communications“
- Mitglied des Executive Committee des Europäischen Studiengangs „Human Rights and Democratisation“ (E.MA) in Venedig
- Mitglied des Council of Directors des Europäischen Studiengangs „Human Rights and Democratisation“ (E.MA) in Venedig
- Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der „Hamburger Erklärung“ e.V.

Stephan Hensell

- Koordinator der DVPW-Ad-hoc-Gruppe „Ordnungen der Gewalt“

Erwin Müller

- Mitherausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden (S+F)“

Götz Neuneck

- Stellv. Vorsitzender des Forschungsverbundes Naturwissenschaft, Abrüstung und Internationale Sicherheit (FONAS)
- Mitglied des Council der „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
- Mitglied des Beirates der IPPNW
- Pugwash-Beauftragter der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)

Oliver Meier

- Internationaler Repräsentant und Korrespondent, U.S. Arms Control Association

Patricia Schneider

- Redakteurin der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden (S+F)“
- Leiterin eines disziplinenübergreifenden Doktorandenkolloquiums im Rahmen des Vereins „THESIS e.V. – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte“

Wolfgang Zellner

- Mitglied des Herausgeberkreises des „Helsinki Monitor“





5. Lehre und Nachwuchsförderung

Der vom IFSH seit 2002 mitverantwortlich durchgeführte Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg bildet das Zentrum der Nachwuchsförderung des IFSH. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind in die Lehre und Betreuung im Rahmen des Studiengangs eingebunden. Die Leistung des IFSH bei der Konzipierung und Durchführung des Studiengangs wurde im Berichtszeitraum in zwei externen Evaluationen (Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), Agentur für Qualitätssicherung – AQAS) ausdrücklich gewürdigt. Im Ergebnis der Evaluierung durch AQAS wurde der Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ offiziell akkreditiert. Über den Studiengang hinausgehend unterhält das IFSH ein umfangreiches Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei wird der Frauenförderung durch das IFSH besonderer Stellenwert beigemessen. Zu den Bestandteilen des Nachwuchsförderprogramms gehören traditionell die Mitarbeit examinierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an drittmittelgeförderten Forschungs- und Beratungsprojekten, die Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in die wissenschaftliche und akademische Arbeit des Instituts sowie die Ausbildung von studentischen Praktikanten und Praktikantinnen. Das IFSH wirkt mitverantwortlich unter anderem am Europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig), an der OSZE-Akademie in Bischkek und an der Lehre im Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wroclaw mit.

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH neben ihren Lehrveranstaltungen (zu den Lehrveranstaltungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts im Einzelnen s. Kap. 5.6 und Statistischer Anhang) zahlreiche Erst- und Zweitgutachten für Diplom- und Magisterarbeiten verfasst, ferner Diplom- und Magisterprüfungsverfahren durchgeführt sowie an Promotionsverfahren teilgenommen. Hans-Georg Ehrhart ist für Organisation und Durchführung des wöchentlichen Forschungskolloquiums des Instituts verantwortlich. Erwin Müller leitet das Doktorandenkolloquium.

Im Jahr 2006 schloss bereits der vierte Jahrgang des Postgraduiertenstudiengangs Master of Peace and Security Studies (M.P.S.) sein Studium ab. Für den Studiengang hat das IFSH umfangreiche Fördermittel bei der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) und beim Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) eingeworben.



Frau Karin Kortmann, MdB,
Parlamentarische
Staatssekretärin im BMZ beim
Festvortrag

5.1. Masterstudiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2006 begann das fünfte Akademische Jahr des M.P.S.-Studiengangs mit der Orientierungseinheit. Zum gleichen Zeitpunkt wurde bei einer gemeinsamen Festveranstaltung der vierte Absolventenjahrgang feierlich verabschiedet. Den Festvortrag anlässlich dieses Ereignisses hielt die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Karin Kortmann, MdB.

Für das Akademische Jahr 2006-2007 wurden 24 Studierende aus zehn Ländern immatrikuliert (Aserbaidschan, China, Deutschland, Irland, Italien, Kasachstan, Russland, Schweiz, Serbien, USA). Der Frauenanteil an der Studierendengruppe beträgt 58 Prozent. Der Studiengang 2006-2007



wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH sowie 15 weiteren Forschungs- und akademischen Lehreinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S. durchgeführt. Das Institut für Politikwissenschaft der Helmut-Schmidt-Universität verstärkt den Kooperationsverbund seit Oktober 2006.

Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter im Berichtszeitraum war Hans J. Gießmann, Akademische Koordinatorin Patricia Schneider. Dem Gemeinsamen Ausschuss für den Studiengang gehörten 2006 als Mitglieder für das IFSH neben Hans J. Gießmann (Vorsitz, verantwortlich für Modul I und Modul VI) Götz Neuneck (verantwortlich für Modul III) sowie Wolfgang Zellner an. Dem Zulassungs- und Prüfungsausschuss für den Studiengang gehören neben Hans J. Gießmann (Vorsitz) für das IFSH Götz Neuneck und Patricia Schneider an. Seit seiner Berufung als Wissenschaftlicher Direktor des IFSH nimmt Michael Brzoska als Gast an den Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses teil.

Institutionelle Mitglieder des Kooperationsverbunds Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS)

sind neben der Universität Hamburg und dem IFSH

- Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg;
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum;
- Internationales Konversionszentrum Bonn;
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin;
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main;
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg;
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg;
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg;
- Zentrum für OSZE-Forschung, Hamburg;
- German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg;
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen;
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen;
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze;
- Institut für Politikwissenschaft der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, und der
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.

Der Kooperationsverbund wurde im Berichtszeitraum durch Dr. Rudolf Hamann (Führungsakademie der Bundeswehr) im Gemeinsamen Ausschuss vertreten. Dr. Hamann wurde vom Kooperationsverbund auch für das Studienjahr 2006-2007 in dieses Amt gewählt.

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierten Absolventinnen und Absolventen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität/Hochschule sowie akademisch ausgebildeten Praktikern auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner,



MPS-Seminar



MPS-Studierende 2006-2007, mit Patricia Schneider und Hans-Joachim Gießmann (vorn)

Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. friedens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzubereiten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch.

Das erste Semester umfasst ein modulares Lehrprogramm, bestehend aus sechs Modulen: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik, Friedenssicherungs- und Konfliktvölkerrecht, Naturwissenschaften und Frieden, Friedensethik, Wirtschaftliche Globalisierung und Konflikte und Querschnittsmodul. Das zweite Semester besteht aus lehr- und praxisorientierten Modulen. Die Studierenden belegen hier spezifische Lehrveranstaltungen, die auf die jeweils bearbeiteten Forschungsthemenfelder der Masterarbeit vorbereiten. Die im Kooperationsverbund zusammengeschlossenen Institute und Einrichtungen fungieren entsprechend ihres jeweiligen Forschungsprofils im zweiten Semester als Residenzinstitute für die Studierenden und bilden zugleich das Scharnier zwischen dem Studium und den angestrebten Berufs- und Tätigkeitsfeldern nach dessen erfolgreichem Abschluss.

Der Studiengang wird bis 2007 durch verschiedene Stipendienprogramme unterstützt. Besonders hervorzuheben sind die Förderungen durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Die vom DAAD bereitgestellten Fördermittel umfassen neben den Stipendien auch die Weiterentwicklung des „Akademischen Netzwerks Südosteuropa“ (www.akademisches-netzwerk-soe.net) zur Unterstützung des Aufbaus einer friedlich-demokratisch orientierten Wissenschaftslandschaft in Südosteuropa sowie zur Stärkung der wissenschaftlichen und akademischen Kooperation zwischen dem IFSH und dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław in Polen.

5.2 Unterstützung der OSZE-Akademie in Bischkek (Kirgisistan) durch CORE

CORE beteiligt sich seit 2002 am Aufbau der OSZE-Akademie in Bischkek (Kirgisistan) und ist mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes eines der vier internationalen wissenschaftlichen Partnerinstitutionen der Akademie.

Im Berichtszeitraum betreute Anna Kreikemeyer zwei Master-Arbeiten über „Die Rolle (neo-)patrimonialer Strukturen in Kasachstan“ (Serik Beimenbetov) und „Politische Führung in Tadschikistan 1999-2005: Die Präsidentschaft als Quelle impliziter Macht“ (Vladimir Kedrov).

5.3 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Im Berichtszeitraum trat die Universität Hamburg dem „Inner Circle“ dieses von 39 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengangs bei und verleiht, gemeinsam fünf weiteren Trägeruniversitäten, das „Joint Diploma“ für diesen Studiengang. Bereits seit 2001 nimmt das IFSH für die Universität Hamburg Lehr-, Betreu-



Die OSZE-Akademie in Bischkek (Kirgisistan)



ungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs wahr. Dazu zählen Lehrveranstaltungen in Venedig im Wintersemester sowie Lehr- und Betreuungsaufgaben in der Funktion als Residenzinstitut für Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Studiengangs im Verlauf des zweiten Semesters. Im Berichtszeitraum wurde eine Studentin aus Ungarn – Dalma Fabian – am IFSH betreut.

Lehrveranstaltungen im Berichtszeitraum wurden von Kurt Tudyka (am IFSH) und Jens Narten (in Venedig) durchgeführt. Hans-Joachim Gießmann ist seit 2002 Mitglied des *Council of Directors* des Studiengangs und vertritt seit 2004 den Präsidenten bzw. seit 2006 die Präsidentin der Universität Hamburg in der „*Assembly*“ der Trägereinrichtung *European Inter-University Centre* (EUIC). Im November 2005 wurde Hans-Joachim Gießmann für zwei Jahre in das Exekutivkomitee des „*Council of Directors*“ gewählt.

5.4 Kooperation mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wroclaw

Gefördert vom DAAD unterhält das IFSH seit 2002 ein umfassendes Kooperationsprogramm mit dem Willy-Brandt-Zentrum (WBZ). Bestandteil des Programms ist die Willy-Brandt-Vorlesungsreihe, die von Hans-Joachim Gießmann als Gastprofessor durchgeführt wird. Darüber hinaus wurden gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen von Studierenden des IFSH und des WBZ zu einer guten Tradition. Im Dezember 2006 fand bereits der dritte gemeinsame Workshop statt, an dem fünf M.P.S.-Studierende teilnehmen konnten. Hans-Joachim Gießmann und Regina Heller unterrichteten ferner Erasmus-Mundus-Studierende des WBZ in einem einwöchigen Kurs „Europa in der Welt“ im Dezember 2006. Die externe Evaluation der akademischen Kooperation mit dem WBZ wurde 2006 positiv beurteilt. Nach fünf Jahren Anschubförderung werden die Fördermittel für die Kooperation ab 2007 auslaufen. Die Zusammenarbeit soll jedoch im Rahmen der gebotenen Möglichkeiten auch darüber hinaus fortgesetzt werden.

5.5 Doktorandenbetreuungsprogramm

Im Jahr 2002 stellte die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) dem IFSH für die Durchführung von betreuten Promotionsprojekten umfangreiche Fördermittel zur Verfügung. Die Unterstützung durch die DSF nahm das Institut zum Anlass, ein Programm strukturierter Doktorandenbetreuung zu entwickeln und umzusetzen, in das neben den Stipendiaten der DSF auch die anderen Doktorandinnen und Doktoranden des IFSH eingebunden sind. Ziel der Förderung ist es, die Promovierenden durch eine intensive Betreuung zum erfolgreichen Abschluss der Dissertation zu führen und ihnen gleichzeitig Gelegenheit zu geben, Schlüsselqualifikationen für Berufstätigkeiten innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen zu erwerben. Zugangsvoraussetzungen sind u.a. ein überdurchschnittlicher geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Programmleiter war im Berichtszeitraum Erwin Müller.

Alle Doktorandinnen und Doktoranden werden individuell betreut. Sie sind themenabhängig jeweils in eines der beiden Zentren bzw. in IFAR



Sitz des E.MA-Studiengangs in Venedig



Vortrag von Gregor Gysi im Rahmen der Willy-Brandt-Vorlesungsreihe in Wroclaw/Breslau.

IFSH-Doktorandinnen und
-Doktoranden

integriert und nehmen so aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Auf diese Weise können sie sowohl akademische als auch berufs- und praxisrelevante Qualifikationen erwerben. Im Zentrum der strukturierten Förderung stehen das regelmäßige Doktorandenseminar und das wöchentliche Forschungskolloquium. Besonderes Augenmerk wird hier der Vertiefung von Theoriekenntnissen und der Methodenschulung beigemessen. Darüber hinaus bieten Seminar und Kolloquium zwei Plattformen für die Präsentation und Diskussion von Erkenntnisfortschritten und Arbeitsergebnissen der Doktorandinnen und Doktoranden untereinander sowie im erweiterten Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des IFSH.

5.6. Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2006

Wintersemester 2005/2006

- East China Normal University, Masters of International Relations, School of Advanced International and Area Studies, Seminar: *Foreign and Security Policy of the Asia Pacific* (Bernt Berger).
- Universität Hamburg/IFSH, M.P.S., Seminar, Probleme militärischer Macht (Jürgen Groß)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung, Einführung in die Friedensforschung (Orientierungseinheit) (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S./FB Sozialwissenschaft, Vorlesung, Einführung in die internationale Sicherheitspolitik (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Wroclaw/WBZ, Seminar zur Willy-Brandt-Vorlesung (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar, Europäische Sicherheit im Wandel: Theorien, Konzepte, Akteure, Handlungsfelder (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Forschungskolloquium (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Osteuropa-Studiengang, Seminar „Sicherheit und Stabilität in und mit Zentralasien“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Übung „Wissenschaftliches Schreiben“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Workshop „Meinen Beruf finden. Jobsuche in den Bereichen Friedensforschung, Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen“ (Anna Kreikemeyer)
- European Master's Degree in Human Rights and Democratisation (E.MA), Venedig, Vorlesung „The Role of the OSCE in Eurasian Security“ und Seminar „The OSCE's Crisis and Reform Debate“ (Wolfgang Zellner)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik/OSZE“ (Wolfgang Zellner)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung: Naturwissenschaftliche Beiträge zur friedenswissenschaftlichen Forschung (Götz Neuneck zusammen mit Jan van Aken, Leonie Dreschler-Fischer, Iris Hunger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar: „Rüstungskontrolle, Verifikation, Verhandlungen“ (Götz Neuneck zusammen mit Jan van Aken, Leonie Dreschler-Fischer, Iris Hunger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar: „Frieden durch Recht“ (Erwin Müller/ Patricia Schneider)
- European Academy of Bozen/Bolzano (Italy), Vorlesung „Economic participation of national minorities: approaches and efforts of the OSCE“ (Frank Evers)
- TU Hamburg Harburg, Blockseminar „Ethics for Engineers Science and Society“ (Oliver Meier zusammen mit Iris Hunger)
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Institut für Politikwissenschaft, Proseminar „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Bernhard Rinke)

Dr. Patricia Schneider und
Prof. Kurt Tudyka im
Seminar

Sommersemester 2006

- Universität Hamburg/Department Sozialwissenschaften, Hauptseminar „Konzeption von Sicherheit in der Internationalen Politik“ (Michael Brzoska)



- Universität Hamburg/M.P.S., Forschungskolloquium (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Wrocław/WBZ, Vorlesung und Seminar „Deutschland/Polen/Europa“ (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Osteuropastudiengang, Seminar „Stabilität und Sicherheit in und mit Zentralasien“ (Anna Kreikemeyer)
- TU Hamburg Harburg, Blockseminar “Ethics for Engineers Science and Society (Oliver Meier zusammen mit Iris Hunger)
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Institut für Politikwissenschaft, Proseminar „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Bernhard Rinke)
- Universität Hamburg/M.P.S. (in Kooperation mit dem Streitkräfteamt), RI-Seminar „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland vor neuen Herausforderungen“ (Patricia Schneider)
- Helmut-Schmidt-Universität – Universität der Bundeswehr, Seminar „Sicherheit versus Freiheit? Der Kampf gegen den Terrorismus“, Frühjahrstrimester 2006 (Patricia Schneider)

Wintersemester 2006/2007

- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Political Economy of Conflicts, War and Arms“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung, Die EU als friedens- und sicherheitspolitischer Akteur (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar/Workshop „Deutschland, Polen, Europa“ (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Wrocław, Seminar Erasmus Mundus „Europa in der Welt“ (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Probleme militärischer Macht“ (Jürgen Groß)
- Universität Wrocław, Erasmus Mundus Seminar/DAAD Workshop “Europe and European Security” (Regina Heller)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Osteuropastudiengang, Seminar „Neo-patrimoniale Regime in Zentralasien“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Russische Außenpolitik im Bezug auf Konfliktregionen im GUS“ (Elena Kropatcheva)
- European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation, Vorlesung und Workshop “Peacebuilding and Local Ownership. The Case of Kosovo” (Jens Narten)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung: Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung (Götz Neuneck zusammen mit Prof. Martin Kalinowski, Jan Stupl, Axel Schwanhäuser)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar: Unendliche Weiten: Rüstungskontrolle im Weltraum und Verifikation (Götz Neuneck)
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Institut für Politikwissenschaft, Proseminar „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Bernhard Rinke)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit, (Hans-Joachim Gießmann, Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung, Teil 1 “Politics of the Balkan Countries“ (Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S. (in Kooperation mit der Univ. Prishtina), Blocklehrveranstaltung, Teil 2: “Minority Rights Protection and Human Rights in Kosovo“ (Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik/ OSZE“ (Wolfgang Zellner)

Gastvorlesungen

- Hanseatic Baltic Summer School, Vorlesung “What model fore CFSP?” (Hans-Georg Ehrhart)



MPS-Studierende am IFSH



6. Service

6.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag soll sich das Institut neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne, der „laufenden Bestandsaufnahme und Orientierung ... in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und durch die Publizierung in eigenen Schriftenreihen“ widmen (quantitative Aufstellungen zu den entsprechenden Aktivitäten im Einzelnen finden sich im Statistischen Anhang).

Auch 2006 wurde wiederum eine große Anzahl von Anfragen an das Institut gerichtet. Der Kreis der Anfragenden ist außerordentlich breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Insbesondere die Medien haben naturgemäß einen hohen Anteil an Anfragen um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge. Im Berichtszeitraum war die Medienpräsenz des IFSH relativ hoch (s. auch Statistischer Anhang). Den größten Anteil machten Rundfunksender – öffentlich-rechtliche wie private – aus; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts waren aber ebenfalls Gäste in Fernsehsendungen und standen Printmedien und deren Online-Diensten als Interviewpartner zur Verfügung.

Im Berichtszeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste folgender Fernsehsender bzw. Sendungen: ARD (Panorama, Nacht-, Morgen- und Mittagmagazin), ZDF (Auslandsjournal, Info), NDR (Hamburger Journal), Phönix, RTL, ntv, DW-TV und Hamburg 1.

Die Rundfunksparten von NDR, WDR, HR, BR, SWR, ODR, MDR, RBB gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten Rundfunksendern und Agenturen.

Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Parteien und ihre Jugendorganisationen, Schulen, kirchliche Gruppen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten und Materialien an das Institut.

Thematisch lagen die Schwerpunkte der Anfragen vor allem auf dem aktuellen Konfliktgeschehen. Im Jahr 2006 konzentrierte sich das Interesse auf Themen wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das iranische und das nordkoreanische Atomprogramm, die Rolle der Bundeswehr in internationalen Friedenseinsätzen, der internationale Terrorismus, der Libanon- und Palästina-Konflikt, die Lage in Afghanistan, die Rolle der EU als internationaler Akteur, die Zukunft der OSZE sowie spezifische Rüstungskontroll- und -exportpolitische Probleme.

Um dem großen Interesse der Öffentlichkeit an aktuellen sicherheitspolitischen Fragen gerecht zu werden, hat das Institut im Berichtszeitraum fünf Ausgaben der „Hamburger Informationen“ veröffentlicht, die sich mit dem Bundeswehreininsatz im Kongo, dem Atomdeal zwischen den USA und Indien, dem Libanonkonflikt und dem Atomstreit mit dem Iran befassen. Der Rundbrief IFSH-aktuell erscheint seit 2006 auch in englischer Sprache; er enthält vermehrt kurze Stellungnahmen zu aktuellen





Entwicklungen und wird – wie inzwischen auch die anderen IFSH-Reihen – elektronisch verbreitet.

Seit Anfang 2006 ist das Institut als „Principle Partner“ im International Relations and Security Network (ISN) des Center for Security Studies an der ETH Zürich vertreten. Wechselnde IFSH-Publikationen erscheinen somit als „Featured Publications“ auf der Titelseite dieser in Fachkreisen geschätzten Netzwerkeinrichtung.

6.2 Verein zur Förderung des IFSH

Am 28. Januar 1997 wurde auf Initiative von Staatsrat a.D. Dr. Heinz Liebrecht und des damaligen Bürgerschaftsabgeordneten der STATT-Partei, Georg Berg, der „Verein zur Förderung des Instituts für Friedensforschung e.V.“ (VFIF) gegründet.

Der Verein will die Arbeit des Instituts durch die Vermittlung der Arbeitsergebnisse in Politik und Öffentlichkeit sowie die Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel fördern. VFIF lädt zu Vortrags- und Diskussionsrunden ein und unterstützt das Institut bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Die Mitglieder werden zu den Veranstaltungen des IFSH und des Fördervereins eingeladen und erhalten den Rundbrief „ifsh-aktuell“.

Dem Vorstand von VFIF gehören an:

Liane Bayreuther-Lutz (Vorsitzende)
Andrea Wist (Stellvertretende Vorsitzende)
Prof. Dr. Herbert Wulf (Schriftführer)
Dr. Reinhard Mutz (Schatzmeister)
Prof. Dr. Michael Brzoska (Wissenschaftlicher Direktor des IFSH)

Ansprechpartnerin für den Förderverein im IFSH ist
Heinke Peters
Tel. 040-866 077 10, Fax:
040-866 36 15
E-Mail: peters@ifsh.de

6.3 Bibliothek, Dokumentation und Homepage

Die *Bibliothek* des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftler und Doktoranden, sowie die Studierenden des Studiengangs MPS mit Literatur, steht jedoch auch den Studenten der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen.

Der Bestand der Bibliothek umfasst 28.316 Bände und 144 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2006). Der Zugang betrug 535 Bände, davon wurden 31 aus Drittmitteln erworben und 359 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 130 Bände und 19 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft.

Die Bibliothek des IFSH umfasst auch eine *OSCE Depository Library*, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Sie erstellt außerdem die Bibliographie für das OSZE-Jahrbuch sowie die OSZE-Online-Bibliographie auf der CORE-Homepage.

Seit August 2004 ist die Bibliothek an den Campus-Katalog der Universität Hamburg angeschlossen. Im Jahr 2006 wurde die Konvertierung der Altdaten abgeschlossen, so dass nun der Bibliotheksbestand



Die Bibliothek des IFSH



ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden kann.

Von November bis Dezember 2006 nahm die IFSH-Bibliothek an einer Erhebung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg zur Erfassung der durch Säurefraß gefährdeten Bestände Hamburger Bibliotheken teil. Hierzu wurden 500 Monographien und Zeitschriftenbände der Jahrgänge 1840-1990 getestet und der Grad der Schädigung dokumentiert.

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten, die ein gemeinsames Informationsnetzwerk bilden. Neben frei zugänglichen Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der *IFSH-Dokumentation* dar.

Die Dokumentation betreut die gemeinsam mit dem Graduate Institute of International Relations (Genf) aufgebaute Informations-Website OSCE Networking. <http://www.isn.ethz.ch/osce/>



Startseite der IFSH-Homepage

Das IFSH ist seit 2003 an Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheitspolitik beteiligt, der im Rahmen des DFG geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde.

Dokumentation und Bibliothek des IFSH übernehmen institutsintern die Bündelung, Endkontrolle und Freischaltung der bearbeiteten Internet-Links und fungieren als Ansprechpartner des IFSH für die am pp-guide teilnehmenden Institute. Die Links können unter: <http://www.vifapol.de/systematik/pea/> eingesehen werden.

Die *Homepage* des Instituts erfreut sich zunehmender Beliebtheit und wird inzwischen stark frequentiert. Im Berichtszeitraum haben sich 436.667 Besucher auf diesem Weg über die Arbeit des Instituts informiert und dabei 995.022 Seiten aufgerufen. Besonders häufig wurden die Startseite des Instituts, die Startseite von CORE, die Seite des Studiengangs M.P.S. sowie die Informationen über das IFSH-Personal und die Neuigkeiten aufgesucht. Aber auch Dokumente und Veröffentlichungen wurden häufig eingesehen.

Ein Großteil der Besucher kommt aus Deutschland, genaue Angaben hierzu lassen sich allerdings nicht machen, da nicht ersichtlich ist, aus welchen Ländern die Besucher mit z.B. .com-, .net- oder .org-Domains stammen. Die Institutsseiten werden jedoch auch von Besuchern aus aller Welt genutzt; 2006 griffen Interessierte mit 99 unterschiedlichen Länderkennungen auf die IFSH- und die CORE-Websites zu.



7. Personal und Gremien

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium und Wissenschaftlicher Beirat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

7.1 Kuratorium

Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzte sich 2006 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Staatsrat *Dr. Roland Salchow*, Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzender)
- *Dr. Jürgen Lüthje*, Präsident der Universität Hamburg (bis Oktober 2006)
- *Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz*, Präsidentin der Universität Hamburg (seit November 2006)
- *PD Dr. Stephan Albrecht*, Forschungsschwerpunkt BIOGUM
- *Niels Annen*, MdB (seit Dezember 2006)
- *Hartmut Delmas*, Department Sprache, Literatur, Medien I, Institut für Germanistik II (bis September 2006)
- *Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer*, FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
- *Gernot Erler*, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt (bis Oktober 2006)
- *Antje Möller*, MdHBü
- *Prof. Dr. Rolf von Lüde*, Department Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie
- *Berndt Röder*, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft
- *Michael Schaaf*, Studierendenvertreter
- *Prof. Dr. Rainer Tetzlaff*, Department Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft.



Staatsrat der BWF
Dr. Roland Salchow



Prof. Dr.-Ing. habil.
Monika Auweter-Kurtz

7.2 Wissenschaftlicher Beirat

- Der **Wissenschaftliche Beirat** trat im Berichtszeitraum nicht zusammen. Nach Inkrafttreten der neuen Satzung des IFSH wird das Gremium im Jahr 2007 neu besetzt.



7.3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2006:

Institutsleitung:

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska (seit Februar 2006)

Geschäftsführender Direktor (kommissarisch): PD Dr. Reinhard Mutz (bis Januar 2006)

Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Dr. Erwin Müller

Dr. Götz Neuneck

Ursel Schlichting, M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Dr. Frank Evers

Dr. Martin Kahl

Dr. Anna Kreikemeyer

Dr. Oliver Meier

Dr. Patricia Schneider

Dr. Axel Schwanhäüßer, M.P.S.

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordneter der Streitkräfte:

Oberstleutnant i.G. Dr. Jürgen Groß (bis Juli 2006)

Oberstleutnant i.G. Dr. Armin Wagner (seit August 2006)

Senior Research Fellows:

Dr. Margret Johannsen

PD Dr. Reinhard Mutz (ab Februar)

Dr. Arne C. Seifert

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Fellows:

Dr. David Aphrasidze

Bernt Berger, M.Ph.

Stephan Hensell, Dipl.-Pol.

Christian Mölling, Dipl.-SozWiss.

Dr. Bernhard Rinke

Dr. Thorsten Stodiek

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:

Dr. Janja Bec-Neumann (DAAD-Dozentin)

Ri Tong Il (Nordkorea)

Prof. Dr. Cheng Jian (VR China)

Kim Won Myong (Nordkorea)

John Myraunet (Norwegen)

Mircea Popa (Rumänien)

Dr. Nexhmedin Spahiu (Gastdozent M.P.S.)

Dr. Michael Wlassow (Ukraine)

Dr. Zhang Yinghong (VR China)

Oberst Zhongqin Zhao (VR China)



Dr. Zhang Yinghong, IFSH-Gastwissenschaftlerin 2006



Doktorandinnen/Doktoranden:

Goran Bandov, Dipl. jur., M.P.S.
Heiko Fürst, M.A.
Friederike Gräper, M.A.
Dennis Gratz, M.A.
Regina Heller, Dipl.-Pol.
Marietta König, M.A.
Elena Kropatcheva, M.A., M.P.S.
Naida Mehmedbegovic, M.A., M.P.S.
Jens Narten, Dipl.-Sozialwiss.
Delia Rahmonova-Schwarz, M.A.
Sybille Reinke de Buitrago, M.A.
Solveig, Richter, M.A.
Katrín Simhandl, M.A.
Jan Stupl, Dipl. Phys.
Emir Suljagic
Isabelle Tannous, M.A.
Merle Vetterlein, Dipl.-Pol..

Studentische Hilfskräfte:

Nisha Arumugarajah
Burkhard Conrad
Fabian Giglmaier
Mirko Guth
Mayeul Hieramente
Barbara Kauffmann
Niels Kreller
Volker Laas
Jörn Lange
Jochen Rasch
Michael Schaaf
Fausta Šimaityte
Alexandra Stertz
Veronica Trespalacios
Carsten Walter

Sekretärinnen:

Gunda Meier
Heinke Peters

Redaktion/Übersetzungen:

Graeme Currie, M.A.
Daria Filippov
Elizabeth Hormann (extern)

Bibliothek:

Ute Runge, Dipl. Bibl.

Dokumentation:

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

Verwaltung:

Heidmarie Bruns
Jutta Stropahl



Das Institutsgebäude am Falkenstein

Weiterführende Informationen (Projekte,
Veröffentlichungen, Kontaktdaten) unter:
<http://www.ifsh.de/IFSH/personal/ma.htm>



8. Veröffentlichungen



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 2006 insgesamt 10 Bücher veröffentlicht und mit 169 Beiträgen, darunter 25 in referierten Zeitschriften und Büchern (12 nach Blind- und 13 nach anderen Peer-Review-Verfahren), an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen.

Das Institut ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher, englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Redaktion der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden (S+F)“ der Nomos-Verlagsgesellschaft liegt bei Erwin Müller, Patricia Schneider, Bernhard Rinke und Susanne Bund. Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Hans-Joachim Gießmann herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

8.1 IFSH-Reihen

Das IFSH selbst gibt drei Reihen heraus: Die „Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die „Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht. Ergänzt werden diese beiden Reihen durch den Rundbrief „IFSH-aktuell“. IFSH-aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form durch aktuelle Stellungnahmen sowie über neue Projekte, Veranstaltungen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Seit 2006 gibt es eine englische Kurzfassung von IFSH-aktuell, die IFSH-News, die ausschließlich elektronisch verbreitet wird. Für die „Hamburger Beiträge“ ist Armin Wagner verantwortlich und IFSH aktuell wird von Anna Kreikemeyer zusammengestellt.

Alle IFSH-Reihen finden sich auf der Homepage des Instituts und können eingesehen und heruntergeladen werden (<http://www.ifsh.de/>). In begrenztem Umfang sind sie in gedruckter Form kostenlos erhältlich. Die „Pädagogischen Informationen“ und die „Hamburger Vorträge“ wurden im Berichtszeitraum als eigenständige Reihen eingestellt.

Das Zentrum für OSZE-Forschung publiziert drei Reihen: *CORE Working Papers*, *CORE News* und den *CORE Annual Report*. Diese werden an einen begrenzten Verteiler in Papier- und einen breiteren in elektronischer Form kostenlos abgegeben. Sie sind auch über die *CORE-Website* (www.core-hamburg.de) erhältlich.

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und neue Technologien (IFAR) verbreitet die *IFAR Working Papers* in elektronischer Form; sie können unter www.ifsh.de/IFAR/serv_bp.htm eingesehen und heruntergeladen werden.

Finanzielle Förderung erfahren die Publikationen des Instituts durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

Wolfgang Zellner ist Mitherausgeber des „Helsinki Monitor“ und Hans-Joachim Gießmann Mitglied im Editorial Board der Zeitschriften „Connections – The Quarterly Journal“ und der „Athena Papers“ des akademi-





schen *Partnership-for-Peace*-Konsortiums. Götz Neuneck gehört dem Herausgeberkreis des INESAP-Bulletins an. Michael Brzoska ist Mitherausgeber des „Journal of Peace Research“ und des „Economics of Peace and Security Journal“.

8.2 Friedensgutachten

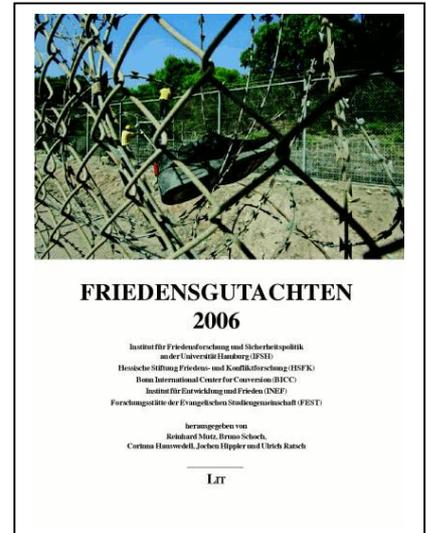
Seit 1987 ist das IFSH Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens. Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland: des IFSH in Hamburg, des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M. und des International Center for Conversion (BICC) in Bonn. Internationale Konflikte und aktuelle Friedensgefährdungen werden kontinuierlich beobachtet und untersucht. Auf diese Einzelanalysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeber. Sie bündelt und gewichtet die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die friedens- und sicherheitspolitische Praxis mit besonderem Blick auf Handlungsoptionen der europäischen und der deutschen Politik. Über die Bilanzierung konfliktpolitischer Entwicklungen hinaus will das Friedensgutachten Ursachen- und Wirkungszusammenhänge verdeutlichen, Lösungsansätze aufzeigen und zur eigenständigen Urteilsbildung ermutigen.

Friedensgutachten 2006

Am 1. Juni 2006 stellten die fünf Forschungsinstitute vor der Bundespressekonferenz in Berlin ihr zwanzigstes Friedensgutachten vor. Es entstand unter Federführung des IFSH. Die Zahl paralleler Präsentationen im Deutschen Bundestag illustriert die wachsende öffentliche Resonanz. Diskussionspartner waren u.a. die Vizepräsidentin Susanne Kasten (SPD), die Vorsitzenden der Ausschüsse für Auswärtige Politik, für Verteidigung sowie für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ruprecht Polenz (CDU), Ulrike Merten (SPD) und Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen). Mehrere Tagungen politischer Akademien haben sich mit Forschungsfragen und Ergebnissen des Gutachtens befasst.

Vier zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit stehen im Mittelpunkt des Friedensgutachtens 2006: Machtasymmetrien im internationalen System, ökonomische und soziale Ungerechtigkeit, Zerfallsprozesse in Staaten und Gesellschaften sowie die internationale Waffen- und Rüstungskonkurrenz. In den meisten Gewaltkonflikten wirken mehrere dieser Faktoren zusammen. Mit veränderten Erklärungs- und Handlungsmustern reagieren Wissenschaft und Politik. Was leisten die Konzepte, was leisten sie nicht? Wichtige friedenspolitische Reformprojekte haben ihre Erwartungen verfehlt. Die Erneuerung der Vereinten Nationen ist im Ansatz stecken geblieben, die ehrgeizigen Millenniumsziele harren ihrer Verwirklichung, die internationale Rüstungskontrolle tritt auf der Stelle und die europäische Integration stagniert. Unverändert beherrschen die Gefahr terroristischer Gewalt und der Griff suspekter Regierungen nach Massenvernichtungsmitteln die Sicherheitssorgen westlicher Gesellschaften. Die EU bemüht sich, die ganze Palette nötiger Gegenstrategien und -instrumente vorzuhalten. Sind es die richtigen? Zeigen sie Wirkung?

Nach Auffassung der herausgebenden Institute sollten die europäische und die deutsche Politik erstens sich im Mittleren Osten jeder gewaltsamen Lösung des Atomstreits mit Iran widersetzen und den Dialog mit der



Reinhard Mutz bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Friedensgutachtens 2006 in Berlin



neuen palästinensischen Regierung aufnehmen, zweitens ihr friedens- und entwicklungspolitisches Engagement – insbesondere in Afrika – ausbauen und sich auf die Instrumente ziviler Krisenprävention konzentrieren, drittens die Bundeswehr ausschließlich zur Verteidigung und Friedenssicherung einsetzen, das Mitwirkungsrecht des Parlaments an Auslandseinsätzen der Streitkräfte nicht beschneiden und das Grundgesetz unangetastet lassen.

Neun der 26 Einzelanalysen des Friedensgutachtens 2006 stammen aus dem IFSH. Sie wurden verfasst von Jan van Aken, Michael Brzoska, Aron Buzogány, Hans-Joachim Gießmann, Iris Hunger, Margret Johannsen, Martin Kahl, Oliver Meier, Reinhard Mutz, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner. Reinhard Mutz ist der Mitherausgeber des IFSH, Susanne Bund hat die Gesamtedaktion besorgt.

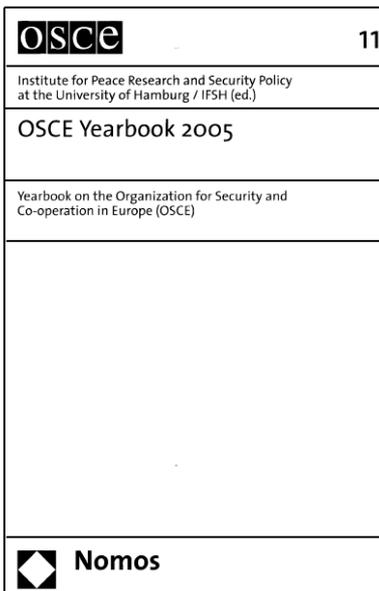
8.3 OSZE-Jahrbuch

Das OSZE-Jahrbuch erscheint seit 1995 in deutscher, englischer und russischer Sprache. Herausgeber der Jahrbücher ist das IFSH in Kooperation mit Botschafter a.D. Jonathan Dean, Dr. Pál Dunay, Prof. Dr. Victor-Yves Ghebali, Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld und Dr. Andrei Zagorski. Die Redaktion hat ihren Sitz am IFSH. Chefredakteurin ist Ursel Schlichting, redaktionelle Aufgaben und Übersetzertätigkeiten werden außerdem von Susanne Bund, Graeme Currie, Daria Filippow, Elizabeth Hormann und Elena Kropatcheva wahrgenommen. Die deutsche und die englische Ausgabe erscheinen im NOMOS-Verlag, Baden-Baden, die russische Ausgabe wird im Verlag „Prawa Tschelowjeka“ in Moskau veröffentlicht.

Das Jahrbuch, das keine offizielle OSZE-Publikation ist, erfährt vielfältige ideelle Unterstützung, insbesondere vom Generalsekretär der OSZE in Wien, von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE sowie von den verschiedenen Einrichtungen der OSZE. Das Auswärtige Amt finanziert den Druck des Jahrbuchs und übernimmt einen Teil der Personalkosten. Es unterstützt darüber hinaus die Verteilung von Freiemplaren u.a. an Außenministerien und OSZE-Einrichtungen sowie an Universitäten und Bibliotheken. Das OSZE-Jahrbuch dient u.a. an der OSZE-Akademie in Bischkek und am Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) als Lehrbuch.

OSZE-Jahrbuch 2006

Der erste Abschnitt, in dessen Mittelpunkt die „Entwicklungen und Perspektiven der OSZE“ stehen, enthält neben dem Rückblick auf den slowenischen OSZE-Vorsitz des Jahres 2005 eine vergleichende Analyse der jüngsten Initiativen zur Reform der OSZE, dem zurzeit in der OSZE wohl am heftigsten diskutierten Thema. Der Abschnitt über die Interessen und das Engagement einzelner OSZE-Teilnehmerstaaten hat in diesem Jahr einen regionalen Schwerpunkt: die Schwarzmeerregion. Fünf Beiträge befassen sich mit den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine, den „eingefrorenen“ Konflikten in Georgien, die die Gefahr in sich bergen jederzeit erneut zu eskalieren, der Rolle Bulgariens in der OSZE, beleuchten wirtschaftliche Aspekte der Konflikte in der Region und gehen der Frage nach der Relevanz eines subregionalen Sicherheitssystems nach.





Der zweite Teil des Jahrbuchs ist den Aufgaben der OSZE in ihren drei Dimensionen – der politisch-militärischen, der Wirtschafts- und Umweltdimension sowie der menschlichen Dimension – gewidmet und beschreibt zunächst ihre Instrumente, Mechanismen und Verfahren. Das Kapitel „Konfliktprävention und Streitschlichtung“ behandelt in erster Linie die Langzeitmissionen und andere Feldoperationen der OSZE. Ein ausführlicher Beitrag widmet sich dem Stand der Verhandlungen im Konflikt um Berg-Karabach, ein weiterer diskutiert die schwierige Rolle der OSZE in Zentralasien. Das folgende Kapitel setzt sich mit der Fülle der wichtigen und häufig auch heiklen Fragen der menschlichen Dimension und der demokratischen Entwicklung im OSZE-Gebiet auseinander. Es enthält u.a. Beiträge zur Situation im Gefangenenlager Guantanamo Bay, zur Todesstrafe, zum Thema Islam, Islamismus und Terrorismus im Nordkaukasus und in Zentralasien sowie zu Fragen der Migration. Der Abschnitt „Aufbau kooperativer Sicherheit“ befasst sich mit dem OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition sowie mit den Anforderungen an die Arbeit der Polizei in multiethnischen Gesellschaften. Ein Aufsatz über den Beitrag der OSZE zum globalen Kampf gegen den Terrorismus beschließt den zweiten Teil des Bandes.

Der dritte Teil ist wie üblich der Arbeitsweise, den Strukturen und den Organen der OSZE sowie den Beziehungen zu Kooperationspartnern und anderen internationalen oder nichtstaatlichen Organisationen gewidmet. Die aktuelle Ausgabe enthält u.a. Beiträge über die Parlamentarische Versammlung der OSZE, die Arbeit des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Fördermaßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter in der Organisation selbst sowie über die jüngsten Entwicklungen des ASEAN-Regionalforums.

Im Anhang des Jahrbuchs finden sich wichtige Daten und Fakten zu den 56 Teilnehmerstaaten, eine kurze Chronologie sowie eine umfassende Literaturlauswahl zur OSZE.

Wie stets gewährleisten die internationale Zusammensetzung des Kreises der Herausgeber und Autoren sowie deren unterschiedlicher politischer, diplomatischer und wissenschaftlicher Hintergrund ein breites, repräsentatives Meinungs- und Wissensspektrum, das einen offenen und auch kritischen Diskurs über die OSZE ermöglicht.

8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2006*

IFSH

- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2005. Yearbook on the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), Baden-Baden 2006.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2006. Yearbook on the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), Baden-Baden 2006/2007.
- IFSH-Jahresbericht 2005, Hamburg 2006, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/JB2005.pdf>.
- IFSH Annual report 2005, Hamburg 2006, unter: http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/AnnualReport_2005.pdf.
- IFSH-aktuell 60/2006. März 2006. Englische Fassung: IFSH News unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell60en.pdf>

* Referierte Beiträge nach anonymem Begutachtungsverfahren sind mit * gekennzeichnet, nach nicht anonymem Fachbegutachtung mit **.





- IFSH-aktuell 61/2006. April 2006. Englische Fassung: IFSH News unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell61en.pdf>
- IFSH-aktuell 62/2006. Juni 2006. Englische Fassung: IFSH News unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell62en.pdf>
- IFSH-aktuell 63/2006. September 2006. Englische Fassung: IFSH News unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell63en.pdf>
- IFSH-aktuell 64/2006. November 2006. Englische Fassung: IFSH News unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell64en.pdf>

Goran Bandov

- Die Implementierung der nationalen Gesetzgebung und der internationalen Instrumente zum Schutz nationaler Minderheiten im Bildungsbereich der Republik Kroatien, in: Hans J. Gießmann/Patricia Schneider (Hrsg.), Formen zur Friedenskonsolidierung. Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2004/2005, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 144, Hamburg 2006, S. 10-30.

Andrea Berg

- Zentralasien, quo vadis? Zur fragilen Sicherheitslage in Kirgisistan und Usbekistan, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 179-193.
- All Eyes on Central Asia: Disintegration in Uzbekistan and Kyrgyzstan, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2005, Baden-Baden 2006, S. 163-176.

Bernt Berger

- From strategic triangle to tripartite stakeholdership, in: Konrad Adenauer Stiftung, The new Strategic Triangle – China, Europe and the United States in a changing international system, 2006, unter: http://www.kas.de/proj/home/pub/37/2/year-2006/dokument_id-9537/index.html.
- China's Africa Policy – Can the EU sit back?, in: South African Journal for International Affairs 1/2006, S. 115-127.

Michael Brzoska

- Security Sector Reform in Peace Support Operations, A Special Issue of International Peacekeeping (London) 1/2006 (Hrsg. zusammen mit David Law).*
- Criteria for Evaluating Post-Conflict Reconstruction and Security Sector Reform in Peace Support Operations, in: International Peacekeeping 1/2006, S. 1-13. *
- Conflict Suppression instead of Conflict Resolution?, in: Die Friedens-Warte 2/2006, S. 25-31. *
- Externe wirtschaftliche Akteure in Bürgerkriegsökonomien, Osnabrück 2006 (Forschung Deutsche Stiftung Friedensforschung, 7) (zusammen mit Wolf-Christian Paes). **
- Sanktionen als Instrument der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 246-255. **
- The Nordic attitude to and role in EU-linked defence industrial collaboration, in: Alyson J.K. Bailes/Gunilla Herolf/Bengt Sundelius (eds.), The Nordic Countries and the European Security and Defence Policy, Oxford u.a. 2006, S. 185-192.
- Die Diplomatie ist noch nicht am Ende: Gegen den Alarmismus im Atomstreit mit dem Iran., in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 37/2006, Hamburg 2006; engl. Fassung: Diplomatic Means Have not been Exhausted: Against Alarmism in the Conflict over Iran's Nuclear Programme; überarbeitete Fassung vom Juni 2006 unter dem Titel: Nur Diplomatie kann den Nuklearkonflikt mit dem Iran lösen: Neue Vorschläge und das amerikanische Gesprächsangebot (mit Oliver Meier und Götz Neuneck).
- Verhandlungen und andere Optionen im Atomstreit mit dem Iran, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2006, S. 11-27 (mit Götz Neuneck). **
- Friedensexport oder Feuerwehreinätze? Für künftige Friedensmissionen müssen neue Konzepte erarbeitet werden, in: Internationale Politik 11/2006, S. 58-67.
- Analysis of and recommendations for covering security relevant expenditures within and outside of official development assistance (ODA), BICC Paper 53, Bonn 2006.
- Iran: Verhandlungslösungen sind noch immer denkbar, in: Eins Entwicklungspolitik 15-16/2006, S. 24.





- Wie werden wir die nächsten hundert Jahre überleben?, in: Die Zeit, 17.08.2006, <http://www.zeit.de/online/2006/34/bildergalerie-ueberleben?6>.
- Feuerwehr in Olivgrün, in: Rheinischer Merkur 43/2006 vom 26.10.2006.
- Rüstungsexport, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch der Deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2006.
- Trends in Global Military and Civilian Research and Development and their Changing Interface, in: Proceedings of the International Seminar on Defence Finance and Economics, 13-15 November 2006, New Delhi, India 2006, S. 289-302.
- Europe between arms control and new armament, in: Stephan Albrecht et al (Hrsg.) Einstein weiterdenken. Thinking beyond Einstein. Frankfurt/Main u.a. 2006, S. 273-284.

Hans-Georg Ehrhart

- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 9. Aufl., Baden-Baden 2006, S. 314-320.
- Die EU und die OSZE, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2005/2006, Baden-Baden 2006, S. 53-60.
- Instrument der Abschreckung oder der Kriegsführung? Die Rolle der französischen Atomwaffen, in: Streitkräfte und Strategien (ndr info) vom 28.1.2006, unter: www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-2248128_.pdf.
- Chiracs nukleares Vermächtnis, in Europäische Sicherheit 4/2006, S. 20-22.
- Fußball und Völkerverständigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 19/2006, S. 18-25.
- Politikicker: Fußball zwischen Gewaltkonflikt und Völkerverständigung, in: Yousee 2/2006, S. 28-30.
- Demokratische Legitimität der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH, unter: www.ifsh.de/IFSH/profil/milit_eusi_pos.htm.
- EU Kongo-Einsatz: Zwischen Aktionismus und Symbolik, in: Streitkräfte und Strategien (ndr info) vom 6.5.2006, unter: www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-2574576_.pdf.
- Was soll die EU im Kongo? Die europäische Afrikastrategie zwischen Symbolik, Realpolitik und kosmopolitischem Engagement, in: Internationale Politik 6/2006, S. 84-89.
- In schwieriger Mission: Der EU-Militäreinsatz im Kongo, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 38/2006, Hamburg 2006.
- The EU as a civil-military crisis manager: Coping with internal security governance, in: International Journal 2/2006, S. 433-450. *
- Sicherheit und Entwicklung = Frieden? Zur Rolle der Entwicklungspolitik in der zivilen ESVP, Studie für das BMZ, 2006.
- Mehr als eine symbolische Mission? Eine vorläufige Bilanz des EUFOR-Einsatzes im Kongo, in: Streitkräfte und Strategien (ndr info) vom 2.12.2006, unter: www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-3414940_.pdf.
- Nichts wie weg? Zum Ende des EU-Militäreinsatzes im Kongo, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 41/2006, Hamburg 2006.

Frank Evers

- Zagorskij, A.V., Khelsinkskij protsess. Peregovory v ramkakh Soveshchaniya po bezopasnosti i sotrudnichestvu v Evrope 1972 – 1991, Moskva 2005 [The Helsinki Process: Negotiations in the framework of the Conference on Security and Cooperation in Europe 1972 – 1991], besprochen in: Helsinki Monitor 1/2006, S. 94-96.
- The Asian Regional Forum and Fields for Co-operation with the OSCE, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2006/2007, S. 411-433.

Heiko Fürst

- Die Krise Frunda: Das Dilemma der ungarischen Rumänen, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2006, S.143-148. *

Hans-Joachim Gießmann

- Der Human Security Report: Neue Fakten, neue Mythen?, in: Die Friedens-Warte 2/2006, S. 39-48. *
- Transatlantische Friktionen: Europa und die USA im Streit um Entmachtung oder Zählung der iranischen Mullahs, in: Gerhard Beestermöller/Heinz-Gerhard Justenhoven, Der Streit um die iranische Atompolitik, Stuttgart 2006, S. 75-87.





- Die Donquichotterie der Bekämpfung von Terror mit militärischen Mitteln, in: Erwin Müller/Patricia Schneider, Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden 2006, S. 180-197.
- Die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der Fall Iran, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Krisenbewältigung im Nahen und Mittleren Osten, Peking 2006.
- Geostrategische Rivalitäten in Ostasien: Das Mächteviereck China – Japan – Russland – USA, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 35-43. **
- China's role in the emerging world order – (Dialogue on globalization: briefing papers, 13 – FES Beijing) (New powers for global change) Electronic ed., Berlin 2006.
- Formen zur Friedenskonsolidierung. Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2004/2005, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 144, Hamburg 2006 (Hrsg. mit Patricia Schneider).
- Nordostasien: Ratlosigkeit im Schatten der Atomkrise, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 4/2006, S. 171-178.
- New Powers for Global Change. China's Role in the Emerging World Order. Dialogue on Globalization. FES Beijing Briefing Paper. Beijing 2006.
- Vorwort der Herausgeber, in: Hans J. Gießmann/Patricia Schneider (Hrsg.), Formen zur Friedenskonsolidierung. Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2004/2005, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 144, Hamburg 2006, S. 5-9 (mit Patricia Schneider).

Jürgen Groß

- Demokratische Legitimität der ESVP, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2006 S.161-162 (Mitverf.).

Regina Heller

- 'Exporting' values: Tracing the EU's human rights policy towards Russia, in: Brosig, Malte (Hrsg.): European Human Rights in Europe – A fragmented regime?, Frankfurt/Main 2006, S. 208-224.

Stephan Hensell

- Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart (Demokratie, Sicherheit, Frieden, 181), Baden-Baden 2006 (Hrsg. mit Jutta Bakonyi und Jens Siegelberg).
- Rebellen, Warlords und Milizen. Kritik der Kriegsforschung und Ansätze zu ihrer Neuorientierung, in: Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg (Hrsg.), Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 9-37 (mit Jens Siegelberg).
- Banden und Gangs in Albanien, in: Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg (Hrsg.), Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 179-190.
- Polizei in Albanien. Öffentliche Verwaltung zwischen Klientelismus und illegaler Aneignung, in: Südosteuropa 1/2006, S. 83-106.

Margret Johannsen

- Der Nahost-Konflikt, Wiesbaden 2006.
- Israel im Konflikt. Zur Friedensfähigkeit einer tief gespaltenen Gesellschaft, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 142, Februar 2006.
- Nahost, in: Südwestrundfunk/Schulfernsehen (Hrsg.), Warum?... Internationale Krisen. CD-ROM, September 2006.
- Waffenruhe im Libanon: Ruhe vor dem nächsten Sturm?, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 39/2006, Hamburg 2006.
- "Pragmatic Crusade"? Die Nahostpolitik der USA unter George W. Bush, in: Jochen Hils/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier 2006, S. 393-423.
- Lehren aus „Oslo“: Der israelisch-palästinensische Friedensprozess, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.), Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 189-207.
- In der Befreiung liegt die Macht. Palästinensische Milizen in der Al-Aqsa-Intifada, in: Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg (Hrsg.), Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden 2006, S. 215-234.
- Die Vereinten Nationen und der Nahost-Konflikt, in: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.), UN Basis Informationen Nr. 34, Mai 2006 (mit Sascha Koos).





- Frieden durch Diktat? Der lange Abschied von einer Verhandlungslösung im Palästina-Konflikt, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch. (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 55-64. **
- Israel im Konflikt: Kann diese zerrissene Gesellschaft Frieden schließen?, in: Christiane Fröhlich/Tanja Rother (Hrsg.), Zum Verhältnis von Religion und Politik im Nahostkonflikt, Heidelberg 2006, S. 73-109.
- Sprachlos hinter Mauern. Israel und Palästina nach der Wahlentscheidung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2006, S. 567-576.
- Unterwegs zum Bürgerkrieg, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung (Berlin) vom 13. Oktober 2006.
- Frontstaat par excellence, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung (Berlin) vom 11. August 2006.
- Damaskus braucht positive Anreize, in: tageszeitung (Berlin) vom 2. August 2006.
- Hamas ante portas, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung (Berlin) vom 20. Januar 2006.

Martin Kahl

- Die EU und der Kampf gegen den Terrorismus – die schwierige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2006, S. 123-128.
- National Security State? Terror, Sicherheitsfixierung und die Entwicklung der amerikanischen Demokratie, in: Jochen Hils/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier 2006, S. 141-188 (mit Reinhard Wolf).
- Die Anti-Terrorismus-Politik der EU und der Schutz der Außengrenzen, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus, Sicherheit vs. Freiheit? Baden-Baden 2006, S. 285-305.
- Nach Madrid und London – Die EU und der Kampf gegen den Terrorismus, in: Reinhard Mutz/BrunoSchoch/CorinnaHauswedell/JochenHippler/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 237-245. **

Marietta König

- Nakonec-to led tronulcja? Process uregulirovanija konfliktov v Gruzii posle revolucii roz, in: Azerbajdzhan v Mire 3/2006, unter: www.realazer.com/mag/_m5/m6.htm.
- Not Frozen but Red Hot: Conflict Resolution in Georgia Following the Change of Government, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2006/2007, S. 85-96.
- Georgien (Südossetien), in: Wolfgang Schreiber (Hrsg.), Das Kriegsgeschehen 2005. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Wiesbaden 2006.

Anna Kreikemeyer

- Neue Herausforderungen für die russische Zentralasienpolitik, in: Russlandanalysen, 95/2006, unter: <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen95.pdf> (mit Elena Kropatcheva).

Elena Kropatcheva

- Neue Herausforderungen für die russische Zentralasienpolitik, in: Russlandanalysen, 95/2006, unter: <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen95.pdf> (mit Anna Kreikemeyer).
- Ukraine after Parliamentary Elections in March 2006: quo vadis?, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2006/2007, S. 71-83.
- Bruno Coppieters (Hrsg.), Europeanization and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery, besprochen in: The Journal of Common Market Studies 3/2006, S. 646.

Oliver Meier

- Aerial Surveillance and BWC Compliance Monitoring, Forschungsstelle Biologische Waffen und Rüstungskontrolle, Universität Hamburg, Occasional Paper No. 2, Hamburg 2006.
- The Growing Nuclear Fuel-Cycle Debate, in: Arms Control Today 9/2006, S. 40-44.
- Bioweapons Treaty Progress Predicted, in: Arms Control Today 9/2006, S. 36-38.
- Nach dem nordkoreanischen Atomtest – Politik der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen gescheitert?“, in: Streitkräfte und Strategien (nдр-info) vom 21. Oktober 2006, unter: http://www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-3253548_.pdf.
- The US-India Nuclear Deal: The End of Universal Non-Proliferation Efforts?, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2006, S. 28-43. **

IFSH aktuell
 Aktivitäten • Forschungsprojekte • Publikationen • Personalien
 Institut für Friederforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg • Fallnummer 1 • 22587 Hamburg
 IFSH aktuell 62 / 18. September 2006

Libanon: Ruhe vor dem nächsten Sturm?

USA und Iran, die sich im zweiten Libanon-Krieg auf die Lektüre von "Warren und diplomatisch-Schillerbilie beschränkt haben. Zu Rechte verlagte der Stabschef mehr als 100000 Soldaten, aber keine wesentliche Herbeiführung ei wesentlichen geschützten israelischen Friedenstruppen haben "Oscar" sei.

In Ausgabe 39/2006 der Jahrbuch Informationen zu Friederforschung und Sicher heitspolitik" geht Margot Johansen der Frage nach, ob die Einmischung eines solchen Her den nach. Der Text stellt ei nen Überblick über die bilanz ieren Bedingungen des Nahost Konflikts, gefolgt von eine Auswertung der mit die Defizite im Konfliktmanage ment, wie allein in den letzten sechs Jahren, in denen nach veränderte wurde. Abschließend werden die wesentlichen Elemente einer politischen Lösung zur Diskussion gestellt. Dabei wird auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft miteinbezieht die USA und die EU kritisch betrachtet. Sie ha ben mehr oder weniger wenig angeregt, wie sich nach dem profitorientierten arabischen Kriegende schen Krieg zusammenbrachte. Der pa rtische Gewicht wird besiegelt, dass es nicht zum letzten kommen.

Die Broschüre kann von Institut an geliehen werden und steht außerdem auf der IFSH-Webseite unter <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifa/ifa62.pdf> zur Verfügung.

Autoren: Dr. Margot Johansen, Johansen@ifsh.de



- Der Atomdeal zwischen Indien und den Vereinigten Staaten: Nukleare Nichtverbreitung am Scheideweg, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 40/2006, Hamburg 2006 (mit Götz Neuneck).
- Vereinbarung ohne Zukunft? Atomteststopp-Vertrag 10 Jahre nach Unterzeichnung noch immer nicht in Kraft, in: Streitkräfte und Strategien (ndr-info) vom 23. September 2006, unter: http://www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-3133376_.pdf.
- Die Auswirkungen der Iran-Krise auf den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, in: Bonn International Center for Conversion (BICC)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse. BICC Paper 52, Bonn/Hamburg 2006, S. 34-41.
- An End to U.S. Tactical Nuclear Weapons in Europe?, in: Arms Control Today 6/2006, S. 37-40.
- Die grundsätzliche Entscheidung Pekings steht aus. Der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wird wichtiger, in: Das Parlament 30-31/2006 vom 24./31. Juli 2006, S. 14.
- Europas Politik zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 198-207 (mit Götz Neuneck). **
- EU Approves Nonproliferation Framework, in: Arms Control Today 5/2006, S. 37.
- Folgenreiche Atomkooperation, in: friZ. Zeitschrift für Friedenspolitik 1/ 2006, S. 14-15.
- Globale Sicherheit: Rüstungsdynamik und Kontrollblockaden, in: Helmut Hubel/Karl Kaiser/Hanns W. Maull/Eberhard Sandschneider/Klaus-Werner Schatz/Steffen Angenendt (Hrsg.), Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004, München 2006, S. 99-108. **
- Die Diplomatie ist noch nicht am Ende: Gegen den Alarmismus im Atomstreit mit dem Iran, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 37/2006, Hamburg 2006, engl. Fassung: Diplomatic Means Have not been Exhausted: Against Alarmism in the Conflict over Iran's Nuclear Programme; überarbeitete Fassung vom Juni 2006 unter dem Titel: Nur Diplomatie kann den Nuklearkonflikt mit dem Iran lösen: Neue Vorschläge und das amerikanische Gesprächsangebot (mit Michael Brzoska und Götz Neuneck).
- Tehran's Point Man: An Interview with Ambassador Ali Asghar Soltanieh, in: Arms Control Today 2/2006, S. 9-10.
- Chirac Outlines Expanded Nuclear Doctrine, in: Arms Control Today 2/2006, S. 43-44.
- Unter Freunden, in: Financial Times Deutschland vom 28. Februar 2006, S. 26 (mit Daryl Kimball).
- Doppelte Moral? USA helfen beim Ausbau des indischen Atomprogramms, in: Streitkräfte und Strategien (ndr-info) vom 25. Februar 2006 unter: http://www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-2335040_.pdf.
- Tied in nuclear knots, in: The Bulletin of the Atomic Scientists 1/2006, S. 14-16.
- Iran and Foreign Enrichment: A Troubled Model, in: Arms Control Today 1/2006, S. 26-27.

Christian Mölling

- EU Battle Groups 2007 – where next? in: European Security Review 31/2006.

Erwin Müller

- Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit (Demokratie, Sicherheit, Frieden Bd. 180) (Frieden durch Recht VIII), Baden-Baden 2006 (Hrsg. mit Patricia Schneider).
- Einführung, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit, Baden-Baden 2006, S. 9-27 (mit Patricia Schneider).
- Dokumentation, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit, Baden-Baden 2006, S. 349-375 (mit Patricia Schneider).
- Auswahlbibliographie, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit, Baden-Baden 2006, S. 376-381 (mit Patricia Schneider).
- Guantanamo: Es gibt keine rechtsfreien Räume. Ob staatliche Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger zu mehr Sicherheit führen, muss sich erst noch herausstellen, in: Handelsblatt (Der politische Gastkommentar) vom 17. Juli 2006 (mit Patricia Schneider).



- Libanonkonflikt: Die Früchte des Zorns. Ziel eines Krieges darf nur die Durchsetzung des eigenen Willens durch Niederringen der gegnerischen Streitkräfte sein, in: Handelsblatt (Der politische Gastkommentar) vom 22. August 2006 (mit Patricia Schneider).

Reinhard Mutz

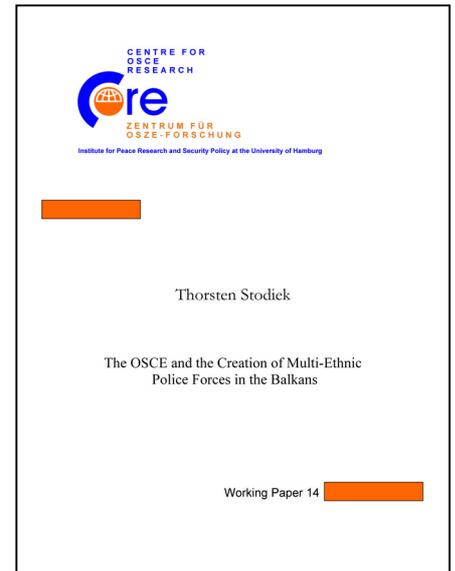
- Nur bedingt wandlungsfähig? Die Allianz vor NATO-Gipfel in Riga, in: Streitkräfte und Strategien (ndr-info) vom 18. November 2006, unter: http://www.ndrinfo.de/container/ndr_style_file_default/t_cid-3366008_.pdf.
- Friedensgutachten 2006, Berlin 2006 (Hrsg. mit Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Jochen Hippler und Ulrich Ratsch).
- Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch. (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 3-21.
- In der Bündnisfalle – Verschiebt sich die militärisch zivile Balance deutscher Außenpolitik?, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/ Ulrich Ratsch. (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 266-274. **

Jens Narten

- Building local institutions and parliamentarianism in post-war Kosovo – A review of joint efforts by the UN and the OSCE from 1999 to 2006, in: Helsinki Monitor 2/2005, S. 144-159. *
- The Human Dimension: The OSCE's Approach to Human Rights, in: Brosig, Malte (ed.), Human Rights in Europe – A Fragmented Regime? Frankfurt/Main u.a. 2006, S. 102-119.
- Demokratieförderung durch internationale Wahlbeobachtung: die Wahlbeobachtungsmission des BDIMR in Albanien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 259-270 (mit Juliane Markard).
- Promoting Democracy by Means of International Election Observation: The ODIHR Election Observation Mission to Albania, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2005, Baden-Baden 2006, S. 231-242 (mit Juliane Markard).
- Options for a General OSCE Human Dimension Monitoring Instrument. Hamburg 2006, 44 S. (CORE Policy Paper im Auftrag des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten).

Götz Neuneck

- Nukleare und andere Altlasten im Nordmeer, in: J. L. Lozán/H. Graßl/H.-W. Hubberten/P. Hupfer/L. Karbe/D. Piepenburg, Warnsignale aus der Polarregion: Natur-Klimawandel-Ressourcen-Umweltschutz, Wissenschaftliche Auswertungen, Hamburg 2006. S. 298-304 (mit Ulrike Kronfeld-Goharani).
- Die Diplomatie ist noch nicht am Ende: Gegen den Alarmismus im Atomstreit mit dem Iran, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 37/2006, Hamburg 2006, engl. Fassung: Diplomatic Means Have not been Exhausted: Against Alarmism in the Conflict over Iran's Nuclear Programme; überarbeitete Fassung vom Juni 2006 unter dem Titel: Nur Diplomatie kann den Nuklearkonflikt mit dem Iran lösen: Neue Vorschläge und das amerikanische Gesprächsangebot (mit Michael Brzoska und Oliver Meier).
- Nuklearterrorismus: Medienwirksamer Hype oder baldige Realität? (Editorial), in: Physik in unserer Zeit 2/2006, S. 55.
- Reiner Braun/Dieter Krieger (Hrsg.), Einstein – Peace Now!, Berlin 2005, besprochen in: Physik Journal, April 2006, S. 53-54.
- Weltraumbewaffnung und Optionen für präventive Rüstungskontrolle, Endbericht, Osnabrück/Hamburg 2006 (mit André Rothkirch). **
- Europas Politik zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Berlin 2006, S. 198-207 (mit Oliver Meier). **
- Die drohende Bewaffnung des Weltraums und Möglichkeiten ihrer Begrenzung; in: S. Albrecht, R. Braun, T. Held (Hrsg): Albert Einstein weiterdenken. Verantwortung des Wissenschaftlers und Frieden im 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2006; S. 261-242.
- Verhandlungen und andere Optionen im Atomstreit mit dem Iran, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2006, S. 11-27 (mit Michael Brzoska). **
- Der Atomdeal zwischen Indien und den Vereinigten Staaten: Nukleare Nichtverbreitung am Scheideweg, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 40/2006, Hamburg 2006 (mit Oliver Meier).





Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Nachrichten · Kurztitel · Analysen · Forschungsberichte · Pressemitteilungen · Materialien · Diskussions-



Issue 37/2006

Hamburg, March 2006

Michael Brandts, Günter Neumann and Oliver Meier

Diplomatic Means Have not been Exhausted: Against Alarmism in the Conflict over Iran's Nuclear Programme

Alarmist announcements have set the tone of the dispute over Iran's nuclear programme. The UN Security Council has presented Iran with a 30-day ultimatum. In Iran, the number of people calling for the destruction of Iran's known nuclear facilities is growing. The Iranian government is threatening to break off relations with the International Atomic Energy Agency (IAEA). In France, the United Kingdom and Germany, discussions are being held as to whether military measures against Iran should be ruled out or left on the table as a potential threat to increase the pressure on Tehran.

Despite these reports, however, there is little material cause for hurried decision-making and rash action. The current crisis has been precipitated by the collapse – at least for the time being – of European-led negotiations and the likely collapse of Russia's parallel efforts. The next constructive step on the road to a peaceful resolution would be to engage negotiations – in terms of both participants and agenda. This is the only way to sound out options for resolving the conflict that would improve regional security while avoiding a potentially dangerous escalation of Iran.

Iran's Nuclear Arsenal

In August 2002, an Iranian opposition group exposed the existence of previously unknown Iranian uranium enrichment and heavy water production facilities. In the course of the subsequent IAEA investigations, suspicions grew that Iran had undertaken nuclear-weaponry relevant activities outside the IAEA's safeguards. The government in Tehran admitted that the rules had been violated and promised both to provide further information and to fully comply with its international obligations. However, while confirming the extent and aims of Iran's nuclear activities, the IAEA continued to discover new facts, leading the Director General of the IAEA, Mohamed El Baradei to speak in his reports of a "policy of deception" on the part of the Iranian leadership. This concerned, above all, enrichment activities, the extent of which the IAEA still cannot determine. What also remains unclear is the extent of Iran's nuclear arsenal.

Michael Brandts is the Director of the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH). Günter Neumann is the Head of the International Policy Research Group on Disarmament, Arms Control and Risk Technology at the IFSH. Oliver Meier is a researcher at the IFSH and an international representative of the Arms Control Association.

INSTITUT FÜR FRIEDENSFORSCHUNG UND SICHERHEITSPOLITIK
an der Universität Hamburg (IFSH) 22587 Hamburg • Falkenstein 1

- Proliferation und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen, in: Tobias Debiel/Dirk Messner/Franz Nuscheler (Hrsg.), Globale Trends 2007, Frankfurt/Main 2005, S. 123-141.
- The Possible Weaponization of Space and Options for Preventive Arms Control, in: ZLW German Journal of Air and Space Law 4/2006, S. 501-516 (mit André Rothkirch).
- Technical capabilities of commercial satellite imagery and overflights, in: Oliver Meier: Aerial Surveillance and BWC Compliance Monitoring, Occasional Paper No. 2, Research Group for Biological Arms Control, November 2006, S. 6-12.
- Folgerungen aus dem Nordkoreanischen Nukleartest, in: Physik Journal 12/2006, S. 18-19 (mit Martin Kalinowski, Jürgen Altmann, Wolfgang Liebert und Uwe Reichert).
- Nukleare Sicherheit und die Gefahr terroristischer Anschläge, in: Wissenschaft und Frieden Dossier 51, Februar 2006, S. 16-19.
- Zum Stand des iranischen Nuklearprogramms und zur Kontrolle der Urananreicherung, in: Bonn International Center for Conversion (BICC)/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse. BICC Paper 52, Bonn/Hamburg 2006, S. 15-22.
- Theodore A. Postols Kritik an den US-Programmen zur strategischen Raketenabwehr, in: Dieter Deiseroth/Annegret Falter (Hrsg.): Whistleblower in Gentechnik und Rüstungsforschung, Preisverleihung 2005, Berlin 2006, S. S.31-38, englische Fassung unter: Theodore A. Postols Criticism of the American Missile Defense Program (GMD), in: ebenda, S.39-44.

Rahmonova-Schwarz, Delia

- Destination Russia: Migration Policy Reforms and Their Realities, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2006/2007, S. 289-299.

Sybille Reinke de Buitrago

- Arnold v. Bartetzky, Marina Dmitrieva und Stefan Troebst (Hrsg.), Neue Staaten – Neue Bilder? Visuelle Kultur im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918, Köln 2005, besprochen in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2006, S. 110-112.

Bernhard Rinke

- Die beiden großen Volksparteien und das „Friedensprojekt Europa“: Weltmacht, Zivilmacht, Friedensmacht? (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 177), Baden-Baden 2006.

Ute Runge

- OSCE Selected Bibliography 2004/2005, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE yearbook 2005, Baden-Baden 2006, S. 557-568.
- Literatúrauswahl zur OSZE 2004/2005, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 595-606.

Ursel Schlichting

- Foreword, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2005, Baden-Baden 2006, S. 13-18.
- Vorwort, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 13-18.
- Foreword, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2006/2007, S. 15-18.

Patricia Schneider

- Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit (Demokratie, Sicherheit, Frieden Bd. 180) (Frieden durch Recht VIII), Baden-Baden 2006 (Hrsg. mit Erwin Müller).
- Einführung, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit, Baden-Baden 2006, S. 9-27 (mit Erwin Müller).
- Dokumentation, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit, Baden-Baden 2006, S. 349-375 (mit Erwin Müller).



- Auswahlbibliographie, in: Erwin Müller/Patricia Schneider (Hrsg.), Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit, Baden-Baden 2006, S. 376-381 (mit Erwin Müller).
- Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, Heidelberg 2006 (Mitherausgeberin).
- Promovieren – ja oder nein? Abschnitt 1-5, in: Steffen Stock/ Patricia Schneider/ Elisabeth Peper/Eva Molitor (Hrsg.), Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, Heidelberg 2006, S. 1-20. *
- Rahmenbedingungen, Abschnitt 3: Formale Voraussetzungen in: Steffen Stock/ Patricia Schneider/ Elisabeth Peper/Eva Molitor (Hrsg.), Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, Heidelberg 2006, S. 32-34. *
- Abschnitt 7: Finanzierungsformen in: Steffen Stock/ Patricia Schneider/ Elisabeth Peper/Eva Molitor (Hrsg.), Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, Heidelberg 2006, S. 47-72. *
- Abschnitt 9: Wissenschaftliche Laufbahnplanung, in: Steffen Stock/ Patricia Schneider/ Elisabeth Peper/Eva Molitor (Hrsg.), Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, Heidelberg 2006, S. 62-66. *
- Erfahrungsbericht: Politikwissenschaften, in: Steffen Stock/ Patricia Schneider/ Elisabeth Peper/Eva Molitor (Hrsg.), Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, Heidelberg 2006, S. 234-235. *
- Guantanamo: Es gibt keine rechtsfreien Räume. Ob staatliche Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger zu mehr Sicherheit führen, muss sich erst noch herausstellen, in: Handelsblatt (Der politische Gastkommentar) vom 17. Juli 2006 (mit Erwin Müller).
- Libanonkonflikt: Die Früchte des Zorns. Ziel eines Krieges darf nur die Durchsetzung des eigenen Willens durch Niederringen der gegnerischen Streitkräfte sein, in: Handelsblatt (Der politische Gastkommentar) vom 22. August 2006 (mit Erwin Müller).
- Democratic Peace, in: European Cultural Centre of Delphi (Hrsg.): The Periclean Democracy in the 21st century, I. Sideris Publishing House, July 2006, S. 161-169 (auf griechisch).
- Reformen zur Friedenskonsolidierung Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2004/2005, November 2006 (Hrsg. mit Hans-Joachim Gießmann).
- Vorwort der Herausgeber, in: Hans J. Gießmann/Patricia Schneider (Hrsg.), Formen zur Friedenskonsolidierung. Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2004/2005, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 144, Hamburg 2006, S. 5-9 (mit Hans-Joachim Gießmann).

Arne Seifert

- Europe, Central Asia and Islam, in: Observer Research Foundation (Hrsg.), New Challenges for Stability Policies, Europe and Asia, Perspectives on the Emerging International Order, New Delhi 2006, S.194-202.
- Pjnatdzat let, kotoryje izmenili Zentralnuju Aziju (1991-2006), Meshdunarodnaja Obhtchestvenaja Organzastija Zentr Strategicheskich i Politicheskich Isskedovanii, Moskva, 2006 (Koautor).
- Koexistenz Europas mit dem islamischen Raum? Neue Sicherheitsrisiken und Erfahrungen der friedlichen Koexistenz in Europa, in: Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath/Gerd R. Stephan (Hrsg.), Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Potsdam 2006 (Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg), S. 51-56.

Katrin Simhandl

- Western Gypsies and Travellers' – 'Eastern Roma': The Creation of Political Objects by the Institutions of the European Union, in: Nations and Nationalism 1/2006, S. 97-115. *
- Antidiskriminierungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z – Taschenbuch der Europäischen Integration, Baden-Baden 2006, S. 59-62 (mit Isabelle Tannous).

Thorsten Stodiek

- The OSCE and the Creation of Multi-Ethnic Police Forces in the Balkans, CORE Working Paper 14, Hamburg 2006.
- Der Aufbau multiethnischer demokratischer Polizeien auf dem südwestlichen Balkan, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der Polizei, Frankfurt /M. 2006, S. 221-234.

Isabelle Tannous

- Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2006, S. 251-254.

Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Nachrichtlich-kurzweilige Analysen, Forschungsberichte, Pressemitteilungen, Interviews, Dokumente



Angabe 38/2006

Hamburg, Juni 2006

Hans-Georg Ehrhart

In schwieriger Mission: Der EU-Militäreinsatz in Kongo

Die Mitgliedsstaaten der EU haben nach langem Hin und Her beschlossen, im Juli eine auf vier Monate befristete militärische Operation zur Unterstützung der UNOMIR in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) durchzuführen. Deutschland stellt das operative Hauptquartier und 750 der insgesamt ca. 2000 Einsatzkräfte, Frankreich das Hauptquartier vor Ort und 850 Soldaten und Soldatinnen. Die weiteren gut 300 Einsatzkräfte kommen aus 16 anderen Staaten, einschließlich der Türkei.

Die Debatte um die Rolle Deutschlands bei dieser Militäroperation hat bereits zwei positive Effekte. Sie rückt den „vergessenen Kontinent“ in den Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit und trägt dazu bei, intensiver über die Rolle der EU bei der globalen Krisenbewältigung nachzudenken. Dabei gibt es wenig weiterführende Argumente und solche, die bedenkenswert sind. Zur ersten Kategorie zählen beispielsweise Einlassungen wie die Operation sei gefährlich, die Bundeswehr sei ausgelastet und das Ganze solle man Frankreich überlassen. Bedenkenswert sind Einwände, die ein klares Mandat, die Beschaffung einer vernünftigen Ziel-/Mittel-Relation oder eine stringente Interessensanalyse erfordern.

Deutsche Afrikapolitik ist zunehmend Ent-

wicklungs- und erweiterte Sicherheitspolitik zugleich. Sie wird vor allem in einem multilateralen Kontext verfolgt, wobei die EU den wichtigsten politischen Rahmen darstellt. Deutschland hat ein nationales Interesse an einer handlungsfähigen Union und an einer glaubwürdigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)/europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), weil sie die Anker und Kraftveranker für die Bewältigung der globalen ordnungspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert wirkt.

Antrag UNO-Resolution S/RES1671 (2006)
"Es besteht, dass die Darfur R.D.C.ungesetzlich ist, im Rahmen ihrer Mittel und Fähigkeiten alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit den zwischen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen zu schließenden Abkommen, die verbindlichen Aufgaben beschreiben, ist die MONUC bei der Sicherung einer Situation zu unterstützen, die sich der UN-ICJ, deren Schlichtungsstelle bei der Erfüllung des Mandats in Kongo über verbindliche Maßnahmen gebührende, in ihrem Einvernehmen und unter der Aufsicht der Verantwortung der Demokratischen Republik Kongo zum Schutz von Zivilpersonen bezieht, deren unmittelbare physische Gewalt durch (1) zum Schutz der Flüchtlinge in Kambala beizugehen; zum Schutz des Flüchtlings in Kambala beizugehen; zum Schutz der Flüchtlinge in Kambala beizugehen."

INSTITUT FÜR FRIEDENSFORSCHUNG UND SICHERHEITSPOLITIK
an der Universität Hamburg (IFSH) 22587 Hamburg • Falkenstein 1



- Antidiskriminierungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Baden-Baden 2006, S. 59-62 (mit Katrin Simhandl).
- Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Baden-Baden 2006, S. 116-119.
- Menschenrechtspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Baden-Baden 2006, S. 311-314.

Kurt P. Tudyka

- The Slovenian Chairmanship Has Steered the OSCE into Calm Waters – Is Land now in Sight?, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2006/2007, S. 23-34.
- Der bulgarische Vorsitz zwischen den Krisen, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2005, Baden-Baden 2006, S. 319-334.
- The Bulgarian Chairmanship between Crisis, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2005, Baden-Baden 2006, S. 287-301.

Armin Wagner

- Politiker und Generale in der Kubakrise. Rezension zu Dimitrij N. Filippovych/Matthias Uhl (Hrsg.): Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, München 2005, in: Deutschland Archiv 39/2006 S. 156f.

Wolfgang Zellner

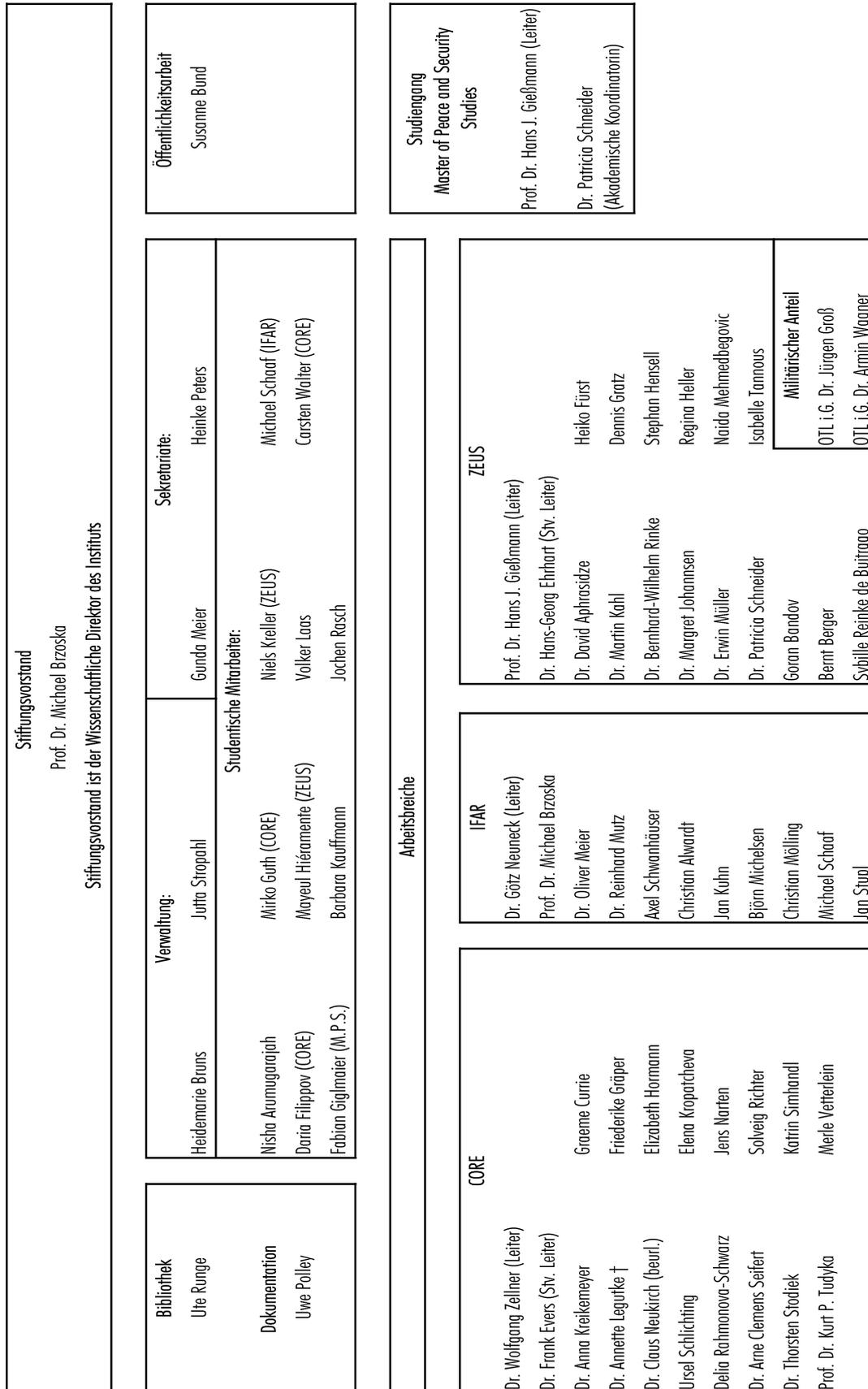
- The Reform of the OSCE: Problems, Challenges and Risks, in: Victor-Yves Ghebali/Daniel Warner (Hrsg.), The Reform of the OSCE 15 Years After the Charter of Paris for a New Europe: Problems, Challenges and Risks, Geneva 2006 (PSIO Occasional Paper 2/2006), S. 73-95.
- Die OSZE zwischen Anpassungskrise und Reformdebatte, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/Jochen Hippler/Ulrich Ratsch (Hrsg.), Friedensgutachten 2006, Münster 2006, S. 54-62. **
- The Role of the OSCE in the Conflict Management Cycle: Possible New Orientations, in: Daniel Warner (Hrsg.), Consolidating the OSCE, Geneva 2006 (PSIO Occasional Paper No. 4/2006), S. 23-44.



Statistischer Anhang
Statistical Annex



Organigramm / Organization Chart





**Vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
in den Jahren 2004 bis 2009 eingeworbene Drittmittel und Drittmittelgeber (in Euro)**

Arbeitsbereiche	Geber	Drittmittel in Euro						Summe
		2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Zentrum für Euro-	DFG	-	23.863 ¹	-				
päische Friedens-	Bund	87.692 ²	85.039 ³	71.609 ⁴				
und Sicherheits-	Land/Länder	16.500	5.000 ⁵	-				
studien (ZEUS, i.A.)	EU	-	-	-				
	Wirtschaft	-	-	1.160 ⁶				
	Stiftungen	20.000	32.000 ⁷	3.525 ⁸				
	Sonstige	5.932 ⁹	7.500 ¹⁰	52.058 ¹¹				
Summe ZEUS		130.124	153.402	128.352				
Zentrum für OSZE-	DFG	-	-	-				
Forschung (CORE)	Bund	205.000	198.000	199.000				
	Land/Länder	-	-	-				
	EU	-	-	-				
	Wirtschaft	-	-	-				
	Stiftungen	9.720 ¹²	19.440 ¹³	34.440 ¹⁴				
	Sonstige	31.595 ¹⁵	52.769 ¹⁶	28.623 ¹⁷				
Summe CORE		246.315	270.209	262.063				
Interdisziplinäre	DFG	-	-	-				
Arbeitsgruppe	Bund	-	10.150 ¹⁸	-				
Rüstungskontrolle,	Land/Länder	-	-	-				
Abrüstung und	EU	-	-	-				
Risikotechnologien	Wirtschaft	-	-	-				
	Stiftungen	2.000	140.000 ¹⁹	59.600 ²⁰				
	Sonstige	-	20.300 ²¹	-				
Summe		2.000	170.450	59.600				
IFSH übergreifend	DFG	-	-	-				
	Bund	157.379 ²²	70.000 ²³	70.000 ²⁴				
	Land/Länder	-	-	-				
	EU	-	-	-				
	Wirtschaft	-	-	-				
	Stiftungen	2.596	-	-				
	Sonstige	-	-	35.800 ²⁵				
Summe IFSH ü.		159.975	70.000	105.800				
IFSH Gesamt	DFG	-	23.863	-				
	Bund	450.071	363.189	340.609				
	Land/Länder	16.500	5.000	-				
	EU	-	-	-				
	Wirtschaft	-	-	1.160				
	Stiftungen	32.316	191.440	97.565				
	Sonstige	35.264	80.569	116.681				
Summe IFSH		538.414	664.061	555.815				

- 1 Verlängerung Projekt Hensell um 6 Monate
2 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum: 28.395, DAAD-Konferenz 2/2005: 59.297.
3 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum: 27.379, 57.660 Akademisches Netzwerk SOE (Stipendien, Workshops, Gastlektorin)
4 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum 24.075, Akademisches Netzwerk SOE 47.534
5 BWG, Seminare Balkan-Netzwerk
6 Nordbank
7 Humboldt Stiftung, TransCoop-Programm mit Pfaltzgraff
8 Cusanuswerk Promotionsstipendium
9 NATO, Tagungsmittel
10 EMA Master
11 US-Botschaft 1.564; UNDP 2.646; EMA 6.000; BICC 2.850; OECD 6.000; BICC 28.300; BICC 4.698
12 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendium Kropatcheva
13 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva
14 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva 19.440; Thyssen Stiftung Workshop 15.000
15 Gruppe von 16 OSZE-Teilnehmerstaaten, koordiniert von Finnland
16 Finnland, Evaluating the OSCE and Its Future Role
17 Eidgenöss. Departement für Auswärtige Angelegenheiten 12.673; OSZE-Zentrum Almaty 15.950
18 BMBF, Workshop Pugwash
19 Projekt Meier, Thyssen-Stiftung
20 Volkswagen Stiftung, Projekt Schwanhäuser
21 Fraunhofer Institut Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen
22 70.000,- für den vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier, 87.379,- vom DAAD für MPS
23 70.000,- für den vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier.
24 Vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier
25 Nachwuchsförderung durch Förderverein des IFSH



Third party funds raised by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) in the years 2004 to 2009 (in Euro)

Work Area	Donor	Third Party Funds in Euros						Total
		2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Center for European Peace and Security Studies (ZEUS, by proxy)	DFG	-	23,863 ²⁶	-	-	-	-	-
	Federal gov.	87,692 ²⁷	85,039 ²⁸	71,609 ²⁹	-	-	-	-
	State gov.(s)	16,500	5,000 ³⁰	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	1,160 ³¹	-	-	-	-
	Foundations	20,000	32,000 ³²	3,525 ³³	-	-	-	-
	Other	5,932 ³⁴	7,500 ³⁵	52,058 ³⁶	-	-	-	-
Total ZEUS		130,124	153,402	128,352				
Center for OSCE-Research (CORE)	DFG	-	-	-	-	-	-	-
	Federal gov.	205,000	198,000	199,000	-	-	-	-
	State gov.(s)	-	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	-	-	-	-	-
	Foundations	9,720 ³⁷	19,440 ³⁸	34,440 ³⁹	-	-	-	-
	Other	31,595 ⁴⁰	52,769 ⁴¹	28,623 ⁴²	-	-	-	-
Total CORE		246,315	270,209	262,063				
Interdisciplinary Working group	DFG	-	-	-	-	-	-	-
	Federal gov.	-	10,150 ⁴³	-	-	-	-	-
	State gov.(s)	-	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	-	-	-	-	-
	Foundations	2,000	140,000 ⁴⁴	59,600 ⁴⁵	-	-	-	-
	Other	-	20,300 ⁴⁶	-	-	-	-	-
Total		2,000	170,450	59,600				
IFSH overall	DFG	-	-	-	-	-	-	-
	Federal gov.	157,379 ⁴⁷	70,000 ⁴⁸	70,000 ⁴⁹	-	-	-	-
	State gov.(s)	-	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	-	-	-	-	-
	Foundations	2,596	-	-	-	-	-	-
	Other	-	-	35,800 ⁵⁰	-	-	-	-
Total IFSH		159,975	70,000	105,800				
IFSH Total	DFG	-	23,863	-	-	-	-	-
	Federal gov.	450,071	363,189	340,609	-	-	-	-
	State gov.(s)	16,500	5,000	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	1,160	-	-	-	-
	Foundations	32,316	191,440	97,565	-	-	-	-
	Other	35,264	80,569	116,681	-	-	-	-
Total IFSH		538,414	664,061	555,815				

26 Extension Project Hensell for 6 months
27 DAAD: Willy-Brandt-Centre: 28.395, DAAD-Conference 2/2005: 59.297.
28 DAAD: Willy-Brandt-Centre: 27.379, 57.660 Academic Network SOE (Stipends, Workshops, Guest lecturers)
29 DAAD: Willy-Brandt-Centre 24.075, Academic Network SOE 47.534
30 BWG, Seminars Balkan-Network
31 Nordbank
32 Humboldt Foundation, TransCoop-Programm with Pfaltzgraff
33 Cusanuswerk Doctoral stipend
34 NATO, Conference funds
35 EMA Master
36 US-Embassy 1.564; UNDP 2.646; EMA 6.000; BICC 2.850; OECD 6.000; BICC 28.300; BICC 4.698
37 Friedrich Naumann Foundation, Doctoral stipend Kropatcheva
38 Friedrich Naumann Foundation, Doctoral stipends König and Kropatcheva
39 Friedrich Naumann Foundation, Doctoral stipends König and Kropatcheva 19.440; Thyssen Foundation Workshop 15.000
40 Group of 16 OSCE-Member States coordinated by Finland
41 Finland, Evaluating the OSCE and Its Future Role
42 Confederation Department for Foreign Affairs 12.673; OSCE-Centre Almaty 15.950
43 BMBF, Workshop Pugwash
44 Project Meier, Thyssen-Foundation
45 Volkswagen Foundation, Project Schwanhäuser
46 Fraunhofer Institut Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen [Institute for the Analysis of Natural Science-Technical Trends]
47 70.000,- for the officer seconded to IFSH from the Federal Ministry of Defense, 87.379,- from DAAD for MPS
48 70.000,- for the officer seconded to IFSH from the Federal Ministry of Defense.
49 For the officer seconded to IFSH from the Federal Ministry of Defense
50 Peace Research Sponsoring Association (Promotion of junior researcher).



Öffentlichkeitsarbeit / Conference and Media Activities

Themen/Topic	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews	Gesamt/ Total
Aktuelle sicherheits- politische Fragen (hier auch Terroris- mus)/Current security policy questions (also terrorism)	46	17	41	92	196
Abrüstung/KRST Disarmament/Arms control	12	4	19	54	89
Europ. Sicherheit/ European security	11	2	6	24	43
OSZE/OSCE	3	-	9	-	12
Regionale Konflikte/ Regional conflicts	16	2	14	159	191
Friedensforschung (auch IFSH)/Peace research (also IFSH)	9	3	6	15	33
Friedenspädagogik/ Peace education	5	-	1	-	6
Sonstiges/Others	11	-	7	7	25
Gesamt/Total	113	28	103	351	595

Veröffentlichungen / Publications

	2006	Anonymes Begutachtungsverfahren/ Peer reviewed (blind)	Begutachtungsverfahren/ Peer review
Sammelbände /Anthologies	8	1	
Monographien /Monographs	2		
Broschüren/Graue Literatur / Booklets/Gray literature	23		2
Buchbeiträge/ Articles in books	71	5	8
Zeitschriftenaufsätze /Articles in journals	35	7	2
Zeitungsbeiträge / Newspapers articles	10		
Rezensionen / Book reviews	5		
Online-Veröffentlichungen / Online publications	14		
Sonstiges / others	1		
Gesamt / Total	169	13	12



Lehrveranstaltungen / Courses 2006

	Lehrende /Tutors	Semesterwochenstunden / Number of semester hours	davon an der Universität Hamburg / im M.P.S./ Of these at the University of Hamburg/ in the M.P.S.
WS 2005/2006	13	34	23
SS 2006	7	15	8
WS 2006/2007	12	31	24
Gesamt / Total	17*	80	55

* Ein Teil der Lehrenden bietet in allen drei Semestern Lehrveranstaltungen an.
Some instructors offered courses in all three semesters.

Betreuung von Studierenden/Praktikanten/Supervision of Students/Interns

2006	Promotionen / PhD Thesis	Diplom-/Magisterarbeiten Diploma / Master's Thesis	Masterarbeiten / Master's Projects	Praktikanten / Interns
CORE	6	-	6	7
ZEUS	14	3	13	22
IFAR	4	1	2	3
Gesamt/Total	24	4	21	32

Projekte / Projects

Projekte/Projects	begonnen/ started	fortgeführt/ continued	abgeschlossen/ completed	bewilligt/ approved	vorbereitet/ beantragt prepared/ submitted	abgelehnt/ not approved
Forschungsprojekt Research Project	9	30	6	2	7	1
Beratungsprojekt Consultancy Project	-	6	7	-	1	-
Gesamt / Total	9	36	13	2	6	1